

Die polnische Heimatarmee (Armia Krajowa) war im Zweiten Weltkrieg die zentrale Trägerin des bewaffneten Widerstandes im polnischen Untergrundstaat. Sie wurde von der polnischen Exilregierung in London geführt und 1944 von der Roten Armee gewaltsam aufgelöst. Der Sammelband bietet eine umfassende Darstellung der polnischen Heimatarmee seit 1939 und des schwierigen Umganges mit ihrer Geschichte. Vor dem Hintergrund der komplizierten ethnischen und territorialen Gemengelage in der Region werden neben dem internationalen Forschungsstand auch aktuelle Diskussionen in Polen, Deutschland und den Nachfolgestaaten der UdSSR transparent.

Die Herausgeber:

Bernhard Chiari, Dr. phil., geb. 1965,
wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Potsdam

Jerzy Kochanowski, Dr. habil., geb. 1960,
wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Deutschen Historischen Institut Warschau

Oldenbourg

DIE POLNISCHE HEIMATARMEE

Die polnische Heimatarmee

Beiträge zur Militärgeschichte

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Band 57

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Die polnische Heimatarmee

Geschichte und Mythos
der Armia Krajowa seit
dem Zweiten Weltkrieg

Im Auftrag des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
herausgegeben von

Bernhard Chiari

unter Mitarbeit von
Jerzy Kochanowski

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Herausgeber:

Bernhard Chiari, Dr. phil., geb. 1965, wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Militärhistorischen Forschungsamt, Zeppelinstr. 127/128, 14471 Potsdam
E-mail: bernhardchiari@bundeswehr.org.

Koordinierung des Projektes in Polen:

Jerzy Kochanowski, Dr. habil., geb. 1960, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen
Historischen Institut Warschau, Aleje Ujazdowskie 39, PL 00-540 Warszawa
E-mail: kochanowski@dhi.waw.pl.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Str. 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages un-
zulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikro-
verfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigen Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Militärhistorisches Forschungsamt, Potsdam

Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

Bildmotiv vordere Umschlagseite: Kampfpause bei der Kompanie »Koszta«, Ort unbekannt
(Zentrum KARTA, Warschau; Bestand Lokajski, 17).

Karte auf Umschlag und Vorsatzblatt vorn: Krieg Deutschlands gegen Polen

(1. - 5. September 1939), in: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum
22. Juni 1941. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhart Hass, Köln 1974
(= Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd 1).

Karte auf Umschlag und Vorsatzblatt hinten: Weißrussische Angriffsoperation. Die
Befreiung Ostpolens. 23. Juni bis 14. September 1944, in: Velikaja Otečestvennaja vojna
Sovetskogo Sojuza 1941 - 1945 gg.: Kratkaja istorija, Moskva 1984

Falls nicht alle Rechteinhaber ermittelt wurden, bitten wir gegebenenfalls um Mitteilung.

ISBN 3-486-56715-2

Inhalt

Vorwort.....	IX
Danksagung und redaktionelle Hinweise	XI

Bernhard Chiari

Die Heimatarmee als Spiegelbild polnischer nationaler Identität.....	1
--	---

I. Die Heimatarmee und ihr historisch-militärisches Umfeld

Bernd Martin

Barrieren – Brücken – Barrikaden. Historische Perspektiven deutsch-polnischer Nachbarschaft im 19. und 20. Jahrhundert	29
---	----

Hans-Jürgen Bömelburg

Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 bis 1945.....	51
--	----

Wanda Krystyna Roman

Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941	87
--	----

Grzegorz Mazur

Der »Bund für den bewaffneten Kampf – Heimatarmee« und seine Gliederung	111
--	-----

Marek Ney-Krwawicz

Die Führung der Republik Polen im Exil.....	151
---	-----

Andrzej Pepłoński

Die Aufklärung der Heimatarmee.....	169
-------------------------------------	-----

Piotr Kołakowski

Die Unterwanderung des polnischen Untergrundes durch den Nachrichtendienst und Sicherheitsapparat der UdSSR 1939 bis 1945.....	187
--	-----

Włodzimierz Borodziej

Der Warschauer Aufstand.....	217
------------------------------	-----

Grzegorz Mazur

Die Aktion »Burza«	255
--------------------------	-----

Harald Moldenhauer

Der sowjetische NKVD und die Heimatarmee im »Lubliner Polen« 1944/45.....	275
--	-----

II. Kriegsalltag

Piotr Majewski	
Konzept und Organisation des »zivilen Kampfes«.....	303
Janusz Marszalec	
Leben unter dem Terror der Besatzer und das Randverhalten von Soldaten der Armia Krajowa	325
Martin Dean	
Polen in der einheimischen Hilfspolizei. Ein Aspekt der Besatzungsrealität in den deutsch besetzten ostpolnischen Gebieten.....	355
Jerzy Myszor	
Die katholische Kirche und die Heimatarmee.....	369
Katja Höger	
Frauen als Kombattanten.....	387
Waldemar Bednarski	
Das Gesicht des Krieges in der Gemeinde Kotlice (Kreis Zamość) 1939 bis 1945.....	411
Lars Jockheck	
»Banditen« – »Terroristen« – »Agenten« – »Opfer«. Der polnische Widerstand und die Heimatarmee in der Presse-Propaganda des »Generalgouvernements«.....	431
Anke Stephan	
»Banditen« oder »Helden«? Der Warschauer Aufstand in der Wahrnehmung deutscher Mannschaftssoldaten.....	473
Bernhard Chiari	
Kriegslist oder Bündnis mit dem Feind? Deutsch-polnische Kontakte 1943/44	497

III. Regionen, Minderheiten und nationale Deutungen außerhalb Polens

Grzegorz Motyka	
Der polnisch-ukrainische Gegensatz in Wolhynien und Ostgalizien	531
Timothy Snyder	
Die Heimatarmee aus ukrainischer Perspektive	549
Kazimierz Krajewski	
Der Bezirk Nowogródek der Heimatarmee. Nationalitätenkonflikte und politische Verhältnisse 1939 bis 1945	563
Ivan P. Kren'	
Der Einsatz der Armia Krajowa auf dem Territorium Weißrußlands aus weißrussischer Sicht. Versuch einer Ortsbestimmung.....	585

Sigizmund P. Borodin	
Die weißrussische Geschichtsschreibung und Publizistik und die Heimatarmee in den nordöstlichen Gebieten der Republik Polen 1939 bis 1945	599
Piotr Niwiński	
Die nationale Frage im Wilnagebiet.....	617
Frank Golczewski	
Die Heimatarmee und die Juden.....	635

IV. Geschichtsbilder von der Heimatarmee in der polnischen Nachkriegszeit

Krzysztof Komorowski	
Facetten des polnischen militärischen Widerstandes und seine Aktualität. Versuch einer Einordnung.....	679
Andrzej Czesław Żak	
Militärische Traditionspflege in den polnischen Streitkräften	691
Krzysztof Lesiakowski	
Die Veteranen der Armia Krajowa und die »Partisanen« von Mieczysław Moczar in den sechziger Jahren.....	721
Rafał Habielski	
Die Soldaten der Heimatarmee in der Emigration.....	739
Tomasz Markiewicz	
Der Kampf um die Erinnerung. Denkmäler der Heimatarmee in Warschau seit 1945	753
Rafał Wnuk	
Die »Kolumbus-Generation«. Überlegungen zu einer kollektiven Biographie	777
Edmund Dmitrów unter Mitarbeit von Jerzy Kułak	
Der polnische »Historikerstreit« zur Armia Krajowa	807
Barbara Szacka	
Die Legende von der Armia Krajowa im kollektiven Gedächtnis der Nachkriegszeit	847

Anhang

Zeittafel.....	865
Bildteil	881
Karten.....	895
Abkürzungen.....	903
Die polnische Heimatarmee – Bibliographie 1945 bis 2002.....	913
Personenregister	935

Vorwort

Wer seinen Nachbarn kennenlernen möchte, sollte sich mit dessen Geschichte befassen. Dies gilt um so mehr, wenn das Jahrhunderte währende Nebeneinander und Miteinander auch Phasen fürchterlicher Auseinandersetzungen und Verbrechen aufweist – wie Krieg und Holocaust, aber auch die Vertreibungen der Nachkriegszeit. Mit dem vorliegenden Sammelband zu Geschichte und Mythos der polnischen Heimatarmee, herausgegeben von Bernhard Chiari, betritt das Militärgeschichtliche Forschungsamt wissenschaftliches Neuland. Das Buch macht erstmals Ergebnisse der polnischen und weißrussischen Grundlagenforschung zum Zweiten Weltkrieg einem breiteren deutschen Publikum zugänglich. Es präsentiert außerdem aktuelle Forschungsansätze aus Deutschland und aus dem angloamerikanischen Raum. Neben der Vermittlung (militär)historischer Erkenntnisse steht die Frage danach, welchen Stellenwert die Armia Krajowa und die polnische Untergrundgesellschaft im heutigen Polen haben. Der Sammelband behandelt außer der Geschichte auch den Umgang mit Geschichte. Dieser erfolgt in Polen nach anderen Regeln als in Deutschland. Das Projekt spiegelt auch diesbezüglich den Stellenwert wider, den die Kontakte zum NATO-Mitglied und zukünftigen EU-Land Polen in den letzten Jahren erhalten haben.

Mit unserem Nachbarn sind wir in einen Dialog über die gemeinsame Geschichte eingetreten. Mehrere laufende Projekte tragen diesem Erkenntnisinteresse Rechnung. In den vergangenen zwölf Monaten haben der gegenseitige Austausch und die Zusammenarbeit nochmals einen deutlichen Aufschwung genommen. Polnische Historiker wurden als Gastwissenschaftler am Militärgeschichtlichen Forschungsamt empfangen und konnten in einen direkten Austausch mit den Wissenschaftlern des Hauses vor allem über die west- und ostdeutsche Nachkriegsgeschichte und die beiden Weltkriege treten. Besuche bei historischen Forschungseinrichtungen in Warschau dienten dem Kennenlernen und Zuhören. Der vorliegende Band ist ein erstes Ergebnis dieser Kontakte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem dem Deutschen Historischen Institut Warschau und seinem Leiter, Professor Dr. Klaus Ziemer, danken. Ohne die Unterstützung unseres Projektes durch Dr. habil. Jerzy Kochanowski und ohne die hervorragende Infrastruktur des DHI vor Ort wäre die Durchführung nicht möglich gewesen. Mein Dank gilt außerdem Professor Eugeniusz Cezary Król, Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, der die Entstehung des Sammelbandes wohlwollend begleitet hat. Der ausführlichen Danksagung des Herausgebers an die zahlreichen internen und externen Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter möchte ich nicht

vorgreifen. Ich weiß aber um den besonderen Anspruch dieses Publikationsvorhabens und spreche hier stellvertretend allen Beteiligten, vor allem dem Herausgeber Bernhard Chiari und der Schriftleitung sowie dem verantwortlichen Lektor Michael Thomae meine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Obwohl zwischen der deutschen und der polnischen Hauptstadt mehrmals täglich wieder der Berlin-Warszawa-Express verkehrt, sind die Verbindungen – im umfassenden Sinne – zwischen beiden Ländern erst im Entstehen begriffen. Die Geschichtswissenschaft bildet hier keine Ausnahme. Ich wünsche dem Herausgeber und seinem Buch, daß der Sammelband das Verständnis des deutschen Lesers für die polnische Nationalgeschichte und den Umgang mit ihr in Polen fördert. Außerdem hoffe ich auf eine positive Aufnahme der Arbeit im Wissenschaftsdiskurs und auf eine stimulierende Wirkung bezüglich weiterer Forschungsanstrengungen. Insofern ist dieser Band ein Schritt in einer Diskussion, die gerade erst begonnen hat.

Dr. Jörg Duppler
Kapitän zur See und Amtschef
des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Danksagung und redaktionelle Hinweise

Der vorliegende Sammelband zu Geschichte und Mythos der polnischen Heimatarmee hat sich im Verlauf der Arbeit als historisches Großprojekt erwiesen. 35 Aufsätze aus vier Sprachen waren inhaltlich, terminologisch und sprachlich aufeinander abzustimmen. Ziel war es, ein Buch und nicht nur eine Sammlung von Aufsätzen zu gestalten. Einigen Menschen gilt es an dieser Stelle besonders zu danken, und ich tue dies nach vielen Monaten intensiver gemeinsamer Arbeit mit großer Freude.

Ohne die Unterstützung zweier Kollegen wäre dieses Buch nicht zustande gekommen. An erster Stelle ist Jerzy Kochanowski vom Deutschen Historischen Institut Warschau zu nennen, der das Projekt in Polen betreut hat. Bei der Suche nach Autoren und der Ausgestaltung des inhaltlichen Konzeptes hat sich Jerzy nicht nur als hervorragender Kenner der polnischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs erwiesen, sondern in vielen, teils schwierigen Fällen auch als hervorragender Verhandlungsführer. Immer wieder hat er entstandene Mißverständnisse ausgeräumt und durch seine Kontakte, sein Fingerspitzengefühl und durch den Aufwand ungezählter Arbeitsstunden das Projekt am laufen gehalten und nach Stockungen und Ausfällen wieder flott gemacht. Dies alles ermöglichte Jerzy Kochanowski neben einer (erfolgreich abgeschlossenen) Habilitationsprüfung sowie zahlreichen anderen wissenschaftlichen Vorhaben, die parallel zum »AK-Sammelband« liefen. Sein Anteil an diesem Buch kann nicht hoch genug gewürdigt werden.

Am Militärgeschichtlichen Forschungsamt hat Michael Thomae mit der redaktionellen Betreuung der Manuskripte gleichzeitig sein Gesellen- und Meisterstück als verantwortlicher Lektor abgeliefert. In zahlreichen Arbeitsgängen stellte er immer wieder seine professionellen Fähigkeiten unter Beweis, aus Rohübersetzungen im Deutschen lesbare und verständliche Texte zu machen. Dabei war die enge Zusammenarbeit zwischen Herausgeber und Lektor über viele Monate nicht nur reibungslos, sondern auch ein Vergnügen. Michael Thomae mußte neben sehr speziellen Anforderungen des Lektorats und dem Gefühl für die polnischen und russischen Originale vor allem große Ausdauer entwickeln, und er hat selbst nach vielen Korrekturdurchgängen noch die Energie aufgebracht, unlogische Sachverhalte und komplizierte Begriffe zu klären, die dem Herausgeber entgangen waren.

Stellvertretend für das große Team der Schriftleitung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes danke ich deren Leiter Arnim Lang, der den langwierigen Prozeß der Erfassung und Herstellung koordinierte und vor allem in der letzten Phase

immer mehr auch selbst mit Hand anlegte. Arnim Lang und seinen Mitarbeitern ist es zu verdanken, daß dieses Buch zum geplanten Termin erscheinen kann, und daß selbst in den letzten Tagen vor der Fertigstellung (Weihnachten 2002) in seiner Schriftleitung zwar Konzentration, aber niemals Aufregung herrschte. Im Verlauf der letzten Monate wuchs um das Projekt herum aus einer Gruppe von Fachleuten vielmehr eine Mannschaft zusammen, die gemeinsam auf die Erreichung eines Zieles hinarbeitete und den Herausgeber in jeder Weise vorbildlich unterstützte. Ich weiß den Unterschied zwischen einer Gruppe und einer Mannschaft sehr zu schätzen, und es war ein große Freude für mich, dieses Buch unter solchen Bedingungen abschließen zu können. Wichtige Stützen des Teams waren Bernd Nogli, der die Karten im Anhang gezeichnet, und Maurice Woynoski, der für die Bildbearbeitung Sorge getragen sowie Marina Sandig, die sich um die Bildrechte gekümmert hat. Carola Klinke trug die Hauptlast der Textgestaltung. Anna Zinserling (verantwortliche Redakteurin der deutschen Ausgabe der Zeitschrift »Karta. Zeitzugnisse aus Ostmitteleuropa«, Berlin) hat als polnische Muttersprachlerin die Durchsicht der Manuskripte übernommen und dabei viel Mühe auf die Recherche teils entlegenster bibliographischer Angaben oder terminologischer Probleme verwandt. Sie organisierte die Bildrecherche in verschiedenen polnischen Archiven über das Karta-Archiv in Warschau und ersparte uns damit viele lange Wege. Ihr gebührt ein Ehrenplatz im Team. Mein Kollege Gennadij Saganovič (Minsk) erleichterte mir die Kommunikation mit den beiden weißrussischen Autoren.

Im Verlauf eines Forschungsvorhabens besteht immer die Gefahr, den Abstand zum Thema zu verlieren; ich danke deshalb allen, die versucht haben, mich davor zu bewahren. Frank Nägler und Matthias Rogg (beide im Militärgeschichtlichen Forschungsamt) sowie Hubertus F. Jahn (Clare College, Cambridge) waren mir in diesem Zusammenhang wichtige Gesprächspartner und hatten in kameradschaftlicher Weise auch ein Auge auf meine eigenen Manuskripte. Frank Golczewski (Universität Hamburg) erklärte sich in der Konzeptionsphase nicht nur bereit, einen zentralen Beitrag für dieses Buch zu übernehmen, sondern vermittelte mir während eines langen Gespräches in Hamburg wertvolle Hinweise und Einschätzungen zur allgemeinen Relevanz des Themas. Sein freundlicher Rat und seine Erfahrung waren auch in der Folge eine große Hilfe für mich. Gleiches gilt für Eugeniusz Cezary Król (Wissenschaftliches Zentrum der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Berlin), der die Entstehung dieses Buches wohlwollend begleitet und auf vielfältige Weise gefördert hat. Last not least danke ich Hans-Erich Volkmann, dem scheidenden Leiter der Abteilung Forschung am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, der sich selbst wiederholt mit Fragen der polnischen Geschichte wissenschaftlich auseinandergesetzt hat; er gab mir die Möglichkeit, mein Projekt hier im Hause zu verfolgen und zu realisieren.

Karin K. Hepp (Militärgeschichtliches Forschungsamt) organisierte die Rohübersetzung der Beiträge und sorgte für reibungslose Zusammenarbeit mit verschiedenen Abteilungen des Sprachendienstes der Bundeswehr. Alle Übersetzerinnen und Übersetzer sind im Anschluß an die jeweiligen Beiträge genannt. Mein Kollege Kurt Arlt ließ immer wieder ohne Murren zahlreiche Nachfragen zu Über-

setzungsproblemen über sich ergehen und mich von seiner Vertrautheit mit der polnischen Sprache profitieren. Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (Fundacja Współpracy Polsko-Niemieckiej, FWPN) in Warschau gewährte einen Zuschuß, der in die Autorenhonorare mit eingeflossen ist. Auch hierfür möchte ich herzlich danken.

Zu guter letzt gilt mein Dank meiner Frau Julia und meinem Sohn Constantin, der neun Monate vor dem Sammelband auf die Welt kam. Beide haben mir in der Phase des Schreibens und Redigierens liebevoll den Rücken gestärkt, selbst wenn sich die Armia Krajowa nicht immer an normale Arbeitszeiten hielt. Julia ist dieses Buch gewidmet.

Der Gegenstand des Sammelbandes macht einige editorische Hinweise notwendig. Angesichts unübersichtlicher ethnischer, politischer und sprachlicher Strukturen in Ostmittel- und Osteuropa sowie durch die nationale und emotionale Befrachtung des Zweiten Weltkrieges und seiner Grenzziehungen gibt es für manche Probleme der Terminologie oder bei der Verwendung von Orts- und Eigennamen keine »richtigen« Lösungen. Mit Blick auf Einheitlichkeit und Lesbarkeit mußte ich viele dieser Fragen dennoch grundsätzlich klären. Polnische Orts- und Eigennamen sind in ihrer polnischen Form belassen, auch wenn sie – wie in den ursprünglich russischsprachigen Beiträgen – von den Verfassern in ihrer russischen Form genannt werden. Dabei habe ich mich an der polnisch-sowjetischen Grenze von 1939 orientiert. So wird die Stadt Baranowicze (russ. Baranoviči, weißruss. Baranavičy) für die gesamte Kriegszeit stets in ihrer polnischen Form genannt, auch wenn sie seit der sowjetischen Besetzung vom September 1939 Teil der Weißrussischen Sowjetrepublik bzw. der Republik Belarus' ist. Um eine möglichst hohe Authentizität der Texte zu erreichen, sind Straßennamen und einige geographische Bezeichnungen ebenfalls in der polnischen Originalform belassen (*plac Józefa Piłsudskiego* anstatt Jozef-Pilsudski-Platz oder *Puszcza Nalibocka* anstatt Forst von Naliboki).

Sind eingebürgerte deutsche Namen vorhanden (Warschau für Warszawa, Krakau für Kraków etc.), werden diese verwendet – ebenso wie in Polen der Gebrauch polnischer Namensvarianten (Londyn für London, Lipsk für Leipzig etc.) selbstverständlich ist. Dieses Verfahren findet auch in den Karten im Anhang Anwendung. Eine Ausnahme bilden Organisationsbezeichnungen. So bleibt der Lemberger Bezirk der Heimatarmee der »Bezirk Lwów«. Politische Implikationen liegen mir hierbei gänzlich fern, zumal der Umgang mit diesen dem Gang durch ein Minenfeld gleicht.

Sowjetische Organisationsbezeichnungen und Namen sind in russischer Sprache und der wissenschaftlichen Transliteration folgend wiedergegeben. Dies entspricht den Verhältnissen in der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs. Ein vollständiges Abkürzungsverzeichnis sowie eine Konkordanz der wichtigsten übersetzten Begriffe befindet sich im Anhang. Letztere wuchs im Verlauf der Ar-

beiten ständig auf und diene als Grundlage für die Vereinheitlichung der Terminologie in allen Aufsätzen.

In den Anmerkungen erfolgen sämtliche Literaturangaben in der Originalsprache (russische, weißrussische und ukrainische Literatur jeweils in der wissenschaftlichen Transliteration), jedoch nach deutscher Zitierweise. Nationale Eigenarten beim Zitieren (im Polnischen meist keine Seitenzahlen bei Zeitungsartikeln, im Russischen Verwendung von Initialen anstelle der Vornamen) waren nicht in allen Fällen in ein einheitliches Schema zu bringen. Einige bibliographische Angaben konnten weder die Autoren, noch, von seiten der Redaktion, detektivischer Spürsinn oder das Internet zutage fördern. Eine ganz ausgezeichnete Recherchemöglichkeit hält übrigens der Verbund KaRo (Katalog Rozproszony Bibliotek Polskich; <http://karo.umk.pl>) bereit, der die problemlose Literatursuche in allen wichtigen polnischen Bibliotheken ermöglicht und dem deutschen Benutzer neben einer englischsprachigen Suchmaske auch die korrekte Darstellung polnischer Sonderzeichen bietet.

Der Anhang enthält eine systematische polnische Auswahlbibliographie, in der sämtliche Titel übersetzt sind. Spezialliteratur in den Beiträgen selbst wurde hingegen in der Originalsprache belassen. Eine Ausnahme bilden Archivalien und Beiträge in unzugänglichen, meist zeitgenössischen Periodika, denen jeweils eine deutsche Übersetzung nachgestellt ist.

Um Redundanzen zu vermeiden, waren in den meisten Beiträgen Kürzungen und Straffungen unumgänglich. Hier wie bei der Wiedergabe im Deutschen war oberste Maxime nicht die wortwörtliche Übereinstimmung von Original und Übersetzung, sondern die Verständlichkeit und Lesbarkeit des deutschen Textes. In Fällen, wo die Terminologie im Polnischen oder Russischen falsche Assoziationen wecken würde, haben wir nach deutschen Entsprechungen gesucht, die dem Sachverhalt gerecht werden, auch wenn dabei mitunter von der direkten Übersetzung abgewichen werden mußte. Gleiches gilt für sprachlich bedingte Besonderheiten des Satzbaues, die möglichst behutsam in eine im Deutschen gut lesbare Form überführt wurden. Allen Mitarbeitern an diesem Sammelband danke ich diesbezüglich für ihr Verständnis.

Bernhard Chiari

Potsdam, im Dezember 2002

Bernhard Chiari

Die Heimatarmee als Spiegelbild polnischer nationaler Identität

Dieses Buch erzählt von der Geschichte und vom Mythos der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*). Diese war, geführt von einer polnischen Exilregierung zunächst in Frankreich (Angers) und später in London, während des Zweiten Weltkrieges mit bis zu 400 000 Angehörigen die zentrale Trägerin des bewaffneten Widerstandes in Polen. Sie vereinnahmte die meisten anderen, politisch stark heterogenen Untergrundgruppierungen im besetzten Land und ist wie keine andere Organisation zum Synonym für die militärischen Leistungen des polnischen Untergrundes geworden – bis 1943 vor allem in der Form von Aufklärung und Diversion, in der letzten Phase des Krieges dann zunehmend durch den Einsatz größerer militärischer Formationen. Ab Sommer 1944 zerschlugen die Rote Armee und der sowjetische NKVD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) die Einheiten der *Armia Krajowa*. Im Rahmen umfangreicher »Säuberungen« verhafteten oder exekutierten sie deren Führerkorps, entwaffneten die Mannschaften oder gliederten sie in sowjettreue Verbände ein. Im folgenden wird die Entwicklung der *Armia Krajowa* und ihrer Vorgängerorganisationen seit 1939 nachgezeichnet. Dabei soll die Frage beantwortet werden, was die Heimatarmee war, und worin – im militärischen wie politisch-moralischen Sinne – ihre Leistung für Polen und die polnische Gesellschaft bestand.

Allein schon die militärgeschichtliche Dimension der Ereignisse lohnte die Nachfrage von Historikern¹. Die *Armia Krajowa* war aber, ähnlich wie die sowjeti-

¹ Zur polnischen Literatur in der Volkrepublik und im Exil sowie nach 1990 vgl. die Bibliographie im Anhang. Die wenigen deutschsprachigen Spezialstudien zur *Armia Krajowa* konzentrieren sich auf den Warschauer Aufstand, etwa Włodzimierz Borodziej, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt a.M. 2001; *Der Warschauer Aufstand 1944*, hrsg. von Bernd Martin und Stanisława Lewandowska, Warschau 1999; Hanns von Krannhals, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt a.M. 1962. – Der Warschauer Aufstand wird häufig verwechselt mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto, den die »jüdische Kampforganisation« unter Mordechai Anielewicz als Reaktion auf die am 19.4.1943 einsetzende Deportation von 60 000 noch im Ghetto verbliebenen Juden in die Vernichtungslager begann. Trotz fehlender Waffen und Munition und mangelnder Unterstützung seitens des polnischen Widerstandes kämpften die jüdischen Aufständischen bis zum Mai 1943. SS-Gruppenführer und Generalmajor der Polizei Jürgen Stroop meldete am 16.5.1943 die erfolgreiche Liquidierung des »jüdischen Wohnbezirkes«, vgl. hierzu den photomechanischen Druck des Stroop-Berichts: *Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr*, Vorwort von Andrzej Wirth, Neuwied, Berlin, Darmstadt 1960. Von insgesamt fast einer halben Million jüdischer Ghettobewohner überlebten nur einige tausend den Krieg, vgl. aus der schier unüber-

sche Partisanenbewegung, mehr als nur eine bewaffnete Organisation². Ihr heldenhafter, doch letztlich chancenloser Kampf gegen die deutsche Wehrmacht und die Sicherheitsorgane der Besatzungsmacht, gegen Mord und Terror, »Eindeutschung« und »Umvolkung« nach den Plänen der nationalsozialistischen Rassenideologen machte sie zu einer Ikone, zum leuchtenden Sinnbild der polnischen Nationalgeschichte. Dies erklärt die Bedeutung, welche der Heimatarmee im kollektiven Gedächtnis Polens bis heute zukommt. Die in Deutschland bekannteste Leistung der Armia Krajowa ist ihr Einsatz während des Warschauer Aufstandes vom 1. August bis 2. Oktober 1944. 36 000 mangelhaft ausgerüstete Kämpfer boten deutschen Eliteeinheiten unter Führung des Generals der Waffen-SS Erich von dem Bach-Zelewski, enthemmten Killerkommandos wie dem berüchtigten Sonderverband von Dr. Oskar Dirlewanger (zuletzt SS-Oberführer) und der SS-Sturmbrigade RONA (Russkaja Osvoboditel'naja Narodnaja Armija) unter Mieczysław Kamiński die Stirn. Diese legten Warschau in Schutt und Asche und töteten vermutlich 16 000 Kämpfer der Armia Krajowa und bis zu 150 000 Zivilisten. Insbesondere der Warschauer Aufstand verlieh der Heimatarmee im Exil wie im kommunistischen Nachkriegspolen einen mythischen Nimbus und umgab deren Helden mit einer märchenhaften Gloriele.

Die Heimatarmee geriet im Kriegsverlauf in einen Kampf hinein, der um die Neuaufteilung Europas geführt wurde. Sie kämpfte nicht nur in Warschau und im übrigen deutsch besetzten sogenannten Generalgouvernement. Ihre Formationen waren auch auf dem polnisch, ukrainisch, weißrussisch, jüdisch und litauisch besiedelten Territorium präsent, das seit dem Frieden von Riga 1921 als »Östliche Grenzmarken« (Kresy Wschodnie) Teil Polens war, und das die Sowjetunion 1939 infolge des Hitler-Stalin-Paktes annektiert und der Weißrussischen, Ukrainischen bzw. Litauischen SSR (Wilnagebiet) einverleibt hatte. Die Armia Krajowa geriet seit 1943 zunehmend zwischen die Fronten und kämpfte gegen mindestens zwei Feinde, nämlich gegen die deutschen Besatzungstruppen und die Rote Armee. Die sowjetische Führung um Iosif Stalin machte in der letzten Kriegsphase gegenüber ihren westlichen Verbündeten (zu denen übrigens bis 1943 auch die Londoner Exilregierung und damit die Armia Krajowa als deren bewaffneter Arm zählten) kaum mehr ein Hehl daraus, daß sie einen polnischen Staat nicht in den Grenzen der Zweiten Polnischen Republik wiederherstellen würde, sondern die Kresy dauerhaft als sowjetisches Territorium betrachtete. Und anders als die sowjetische Partisanenbewegung, die zwar im deutsch besetzten Gebiet operierte, aber als Teil der Roten Armee von Moskau aus geführt und vor allem versorgt wurde, war die

schaubaren Literatur Wolfgang Scheffler und Helge Grabitz, *Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943*, München 1993.

² Vgl. zur sowjetischen Partisanenbewegung und ihrer Deutung im Überblick Bernd Bonwetsch, *Sowjetische Partisanen 1941–1944. Legenden und Wirklichkeit des »allgemeinen Volkskrieges«*, in: *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Gerhard Schulz, Göttingen 1985, S. 92–124; Lutz Klinkhammer, *Der Partisanenkrieg der Wehrmacht 1941–1944*, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 815–836.

Heimatarmee in ihrem Kampf auf sich allein gestellt³. Ganz Polen war besetzt, ein polnischer Staat existierte selbst im nationalsozialistischen »Generalgouvernement« nicht einmal ansatzweise. Eine polnische Exilregierung mit lange unklarem Status erteilte der Untergrundarmee Befehle, häufig ohne auch nur über zuverlässige Lageinformationen aus allen Regionen und geeignete Führungsmittel zu verfügen. Bei ihrer Suche nach rüstungstechnischer und militärischer Hilfe bei den Alliierten war sie in der Realität auf die Rolle eines mitunter lästigen Bittstellers verwiesen, der das ohnehin schwierige Verhältnis zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion noch komplizierter machte. Der Mangel an Waffen und Munition blieb während des ganzen Krieges das zentrale Problem für die Operationsführung in der Konspiration. In verschiedenen Regionen entwickelten zudem die Verbände der Armia Krajowa und ihre Führer ein Eigenleben. Die Heimatarmee bestand aus Gruppen unterschiedlichster Couleur. Abweichend von verklärenden Darstellungen kann somit von der Untergrundarmee nur bedingt gesprochen werden.

Die Armia Krajowa focht heldenhaft, mußte sich aber den deutschen und dann endgültig den sowjetischen Truppen geschlagen geben. Letztere brachen 1944 den »polnischen nationalistischen Widerstand« im befreiten Gebiet und begannen mit ethnischen Säuberungen (Repatriierungen), die Polen gemeinsam mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung bis 1947 zu einem mehr oder weniger ethnisch homogenen Nationalstaat machten. Ein gleiches Schicksal traf die Weißrussen und Ukrainer in Polen, die in den sowjetischen Osten »umgesiedelt« bzw. zum Zwecke der Assimilation unter polnischen Neusiedlern in den ehemals deutschen Gebieten zerstreut wurden. Die polnische Judenheit war zu großen Teilen emigriert oder in den nationalsozialistischen Todeslagern umgekommen.

Auf der Grundlage kommunistischer Widerstandsorganisationen wie der Armia Ludowa (Volksarmee) und polnischer Truppen, die unter sowjetischer Führung in der UdSSR aufgestellt worden waren und nun gemeinsam mit der Roten Armee Polen befreiten, entstanden in den Jahren nach Kriegsende volkspolnische Streitkräfte. Für sie waren die »nationalistische« Armia Krajowa, von den kommunistischen Behörden verunglimpft als »Sudelgnom der Reaktion«, ebenso wie die »bourgeois« polnische Exilregierung in London keinesfalls traditionswürdig.

Bereits diese einleitenden Sätze lassen ahnen, wie kompliziert der Umgang Polens mit einem zentralen Thema seiner Militärgeschichte des 20. Jahrhunderts bis heute ist. Die Heimatarmee – oder besser: ein idealisiertes und überhöhtes Bild von ihr – ist nach einer Periode der Verteufelung über die Jahre zu einem nationalen Symbol geworden. Sie verkörpert Allgemeingültigkeit beanspruchende und in der polnischen Geschichte zentrale Werte wie Mut, Opferbereitschaft, Heldentum und Vaterlandsliebe. Die Armia Krajowa – schon ihr Name trägt im Polnischen all diese Werte in sich – ging im Zweiten Weltkrieg angesichts zweier übermächtiger Feinde mit wehenden Fahnen unter, sie verkörperte aber gleichzeitig einen gewaltigen moralischen Sieg: das physische und moralische Überleben der polnischen

³ Vgl. zum Aufbau der sowjetischen Partisanenbewegung und zu ihrer logistischen Basis die klassische Darstellung von Pantelejmon K. Ponomarenko, *Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fasistskich zachvatčikov 1941 - 1944*, Moskva 1986.

Gesellschaft im Untergrund. Dieser Sieg war allen Polen nicht nur bekannt, sondern – etwa in Warschau – den Überlebenden des Krieges an jeder Straßenecke der fast total zerstörten Stadt überdeutlich vor Augen. Das ganze Land war überzogen mit den Gräbern gefallener Widerstandskämpfer. Dennoch haben die kommunistischen Machthaber zumindest bis zum Ende der Stalinära die Rolle der Heimatarmee tabuisiert oder zumindest verzerrt dargestellt, obwohl auch polnische Kommunisten während des Krieges der Armia Krajowa angehört hatten, und damit wiederum zu ihrer Mystifizierung beigetragen.

Für viele Polen hat die Armia Krajowa über Jahrzehnte und verschiedene Phasen des polnischen Kommunismus hinweg die Tradition des »alten«, des »wahren« Polen verkörpert. Diese Tradition war zum Teil auch innerhalb des kommunistischen Staatsapparates oder in den Streitkräften lebendig. Es ist überaus schwierig, hier klare weltanschaulich definierte Grenzen zu ziehen. Selbst in der Sowjetära, in Spätstalinismus und »Tauwetter«, zur Hochzeit der Volksrepublik Polen in den späten siebziger Jahren, innerhalb der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung »Solidarność« oder während des im Dezember 1981 von General Wojciech Jaruzelski verhängten Kriegsrechtes bildete die Heimatarmee einen patriotischen Bezugspunkt.

Ein einzelnes Ereignis illustriert den Stellenwert, den ihre legitime Tradition außerhalb Volkspolens wie auch innerhalb der polnischen Gesellschaft hatte: Während der gesamten Zeit der Volksrepublik wurde in London das Amt des Exilpräsidenten ununterbrochen weitergegeben. Diese Geste drückte den Anspruch auf die Legitimität der Präsidentschaft seit den Tagen des deutschen Überfalls aus. Der letzte der Exilpräsidenten, Ryszard Kaczorowski, brachte nach dem Sturz der Kommunisten die präsidialen Vorkriegsinsignien von London nach Warschau. Er übergab sie dort an Lech Wałęsa, den ehemaligen Funktionär der Gewerkschaft »Solidarność«, der am 22. Dezember 1990 sein Amt als Präsident der Republik Polen antrat.

Die aufgeteilte Nation: Der polnische Mythos der Teilungszeit

Um die Geschichte der Armia Krajowa, aber vor allem ihre emotionale Befruchtung zu verstehen, ist die Kenntnis einiger historischer Entwicklungen und ständig wiederkehrender Motive hilfreich. Damit die Ansätze auch für jene Leser greifbar werden, die nicht mit der polnischen Geschichte vertraut sind, sollen zunächst einige zentrale Bezugspunkte polnischen nationalen Selbstverständnisses vorangestellt werden.

Hierzu zählen vor allem die Geschichte und der Mythos der Teilungszeit (vgl. Übersichtskarte im Anhang). Norman Davies beschreibt in seiner großartigen Erzählung von der Geschichte Polens für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die

Manifestationen polnischen Patriotismus' in drei unterschiedlichen Staaten⁴. In der Tat: Polnische Soldaten des Zaren hatten bis zum Untergang des Russischen Reiches die russische, und nicht die polnische Fahne zu grüßen. Warschau war die Hauptstadt eines »Königreichs Polen«, dessen Krone jedoch in Personalunion der russische Zar trug, der sich dort durch einen Statthalter vertreten ließ. Im August 1831 schlugen die Truppen von General Ivan F. Paskevič einen nationalen Aufstand nieder, der sich seit 1830 über Monate gegen ein deutlich überlegenes russisches Heer behauptet hatte. Nikolaus I. setzte am 14. Februar 1832 das »Organische Statut« in Kraft, das Polen »für immer« zu einem unabtrennbaren Teil des Russischen Reiches erklärte⁵. Die Angst der russischen Autokratie vor der »polnischen Gefahr« bewirkte in der Folge eine Politik der Unterdrückung gegenüber dem bis dato weitgehend autonomen Königreich Polen, die nach einem neuen Aufstand 1863/64 in eine radikale Russifizierung mündete. Freilich waren zugleich viele Polen loyale Untertanen und Mitgestalter des russischen Staates. Polnische Intellektuelle spielten eine von den Behörden mißtrauisch beargwöhnte, aber vielfach durchaus erfolgreiche Rolle in den Milieus und literarischen Zirkeln St. Petersburgs⁶. Polen stellten zur Jahrhundertmitte drei Prozent der Beamten im Zarenreich, und der Anteil polnischer Offiziere in der russischen Armee lag vor dem Ersten Weltkrieg bei zehn Prozent⁷.

In Preußen war nach dem Gebietszuwachs infolge der Dritten Polnischen Teilung von 1795 jeder dritte Einwohner des Landes Pole. Der preußische Adler thronte über Behördeneingängen, Schulen und Kasernentoren, und trotz romantischer »Polenschwärmerei« im frühen 19. Jahrhundert und wiederholter Annäherung hat die deutsche Politik weder vor noch nach der Reichsgründung von 1871 tragfähige Lösungen für den Umgang mit der polnischen Minderheit gefunden⁸. Deutsche und Polen lebten vor dem Ersten Weltkrieg zwar in manchen Regionen weniger spannungsreich zusammen als in anderen, blieben insgesamt aber doch sozial wie kulturell mehr oder weniger getrennt voneinander. Trotz Wahlrecht waren die Polen in Preußen und Deutschland Staatsbürger zweiter Klasse. Die deutsche Angst vor einer polnischen »Gegeneration« und eine Polenpolitik, bestehend aus Repression und Germanisierung, mobilisierten auf beiden Seiten immer

⁴ Norman Davies, *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*, 3. Aufl., München 2002 (engl.: *Heart of Europe. A Short History of Poland*, Oxford, New York 1984).

⁵ Vgl. Valentin Gitermann, *Geschichte Rußlands*, Bd 3, Frankfurt a.M. 1987 [Erstausgabe 1949], S. 37–46.

⁶ Vgl. Bernhard Chiari, *Das »polnische Scheusal«*. Faddej Venediktovič Bulgarin in St. Petersburg (1789–1859), in: *St. Petersburg – Leningrad – St. Petersburg. Eine Stadt im Spiegel der Zeit*, hrsg. von Stefan Creuzberger [u.a.], Stuttgart 2000, S. 63–81.

⁷ Daniel Beauvois, *Le noble, le serf, et le révizor. La noblesse polonaise entre le tsarisme et les masses ukrainiennes (1831–1863)*, Paris 1985; Zahlenangaben nach: Maria Rohde, *Polen*, in: *Studienhandbuch Östliches Europa*, Bd 2: *Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*, hrsg. von Thomas M. Bohn und Dietmar Neutatz, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 413–416, hier S. 414.

⁸ Vgl. Klaus Zernack, *Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen*, hrsg. von Wolfram Fischer, 2. Aufl., Berlin 2001.

mehr Verfechter eines militanten Nationalismus und förderten auf polnischer Seite den Wunsch nach einem eigenen Nationalstaat⁹.

Am ehesten noch im Vielvölkerstaat der Habsburger fanden die Polen die Möglichkeit kultureller Autonomie. Die Städte Krakau und Lemberg waren Teil des »Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Erzherzogtum Krakau und den Herzogtümern Auschwitz und Zator«, kurz als Galizien bezeichnet, im Westen mit einer polnischen Bevölkerungsmehrheit und einem starken jüdischen Anteil in den Städten, im Osten mit einer »ruthenischen« (ukrainischen) Bevölkerungsmehrheit bei polnisch-jüdischer Dominanz in den städtischen Zentren. In Galizien richtete sich seit dem Aufgeklärten Absolutismus Joseph II. die staatliche Politik weniger gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe als vielmehr auf die »Modernisierung« der Region und auf ihre Anbindung an die übrige Monarchie. Wenn in Joseph Roths romantisierendem »Radetzkymarsch« kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs Polen, Juden und »Ruthenen« in den österreichischen Regimentern an der russischen Grenze dienten, so spiegelt dies die sprichwörtliche Loyalität der galizischen Landbevölkerung und Juden gegenüber dem Herrscherhaus wider: Polnische wie ruthenische Bauern waren 1846 eine verlässliche Stütze im Kampf der Habsburger gegen polnische Grundherren, die einen Aufstand für die Wiederherstellung der »Rzeczpospolita« (der polnischen Republik, der *res publica*) anzettelten. In Galizien war freilich die Ablehnung der österreichischen Staatsmacht durch die polnische Elite wohl auch deshalb nicht so entschieden wie in Preußen oder gar im Russischen Reich, weil sie zunehmend von einem polnisch-ruthenischen Antagonismus und der Auseinandersetzung mit dem aufkommenden ukrainischen Nationalismus überlagert wurde, der von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den brutalen Auseinandersetzungen des Zweiten Weltkriegs eine Grundkonstante in der Region bildete¹⁰.

Der polnische Patriotismus entwickelte sich in Wechselwirkung mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Teilungszeit, während sich die Adelsnation zu einer Volksnation wandelte. Polen war keine verspätete, sondern eine aufgeteilte Nation, und dennoch hörte die polnische Gesellschaft niemals auf, sich als Einheit zu begreifen – trotz der sehr unterschiedlichen Bedingungen in Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland. Im 19. Jahrhundert wurde vielmehr die Vorstellung von der Unrechtmäßigkeit der Teilungen und von der Rechtmäßigkeit des polnischen Anspruches auf die Freiheit der polnischen Nation in der Oberschicht zur allgemein akzeptierten Prämisse. In der Teilungszeit bildeten sich funktionierende Strukturen einer polnischen Untergrundgesellschaft heraus, die das sprachliche, kulturelle und moralische Überleben sicherten¹¹. Diesbezügliche Anstrengungen unternahmen vor allem die Angehörigen der polni-

⁹ Im Überblick vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 266–281.

¹⁰ Anna Veronika Wendland, *Galizien: Westen des Ostens, Osten des Westens*, in: *Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Bildung – Wirtschaft – Recht*, hrsg. von Peter Jordan [u.a.], Frankfurt a.M. [u.a.] 2001 (= *Osthefte*, Sonderbd 15, Reihe zu »Österreichische Osthefte«), S. 389–421, hier S. 404–414.

¹¹ Vgl. Piotr Wandycz, *The Lands of Partitioned Poland, 1795–1918*, Seattle 1975.

schen Intelligenzija, die ehemalige Adelselite, welche die 1795 untergegangene Welt der Adelsrepublik verkörperte. Die reale Erfahrung der Unterdrückung und vom Leben im Untergrund, außerhalb der von der jeweiligen nichtpolnischen Staatsmacht bereitgestellten Strukturen, erfuhr eine Verklärung und Überhöhung¹². Patriotismus erhielt eine religiöse Dimension, von der Norman Davies sagte, sie habe »auf einem System irrationaler Überzeugungen [beruht], die man nur in einem Glaubensakt übernehmen konnte, und diese Überzeugungen sollten als Anleitung für das tägliche Leben in einer feindlichen, gleichermaßen irrationalen Welt dienen«¹³.

Die Entstehung der »Zweiten Republik«

Zwischen 1918 und 1921 erstand aus den Trümmern der untergegangenen Reiche ein neuer polnischer Staat. Ein Blick auf die in diesem Band enthaltene Karte zur Entstehung der Zweiten Republik veranschaulicht zweierlei: Erstens verschwammen im polnischen Fall die Grenzen zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit, dominiert durch bodenständige militärische Gewalt und die Interventionen der Ententemächte beim Kampf um die politische Neuordnung der Region. Zweitens entstand in den Jahren bis zum Frieden von Riga im März 1921 zwar ein einheitliches Staatsgebilde, welches aber seinerseits für Ostmitteleuropa typische ethnische, kulturelle und religiöse Mischgebiete vereinnahmte. Polnisch wurden so unterschiedliche Landschaften wie das schlesische Herzogtum Teschen, Oberschlesien oder das österreichische Westgalizien. Von Rußland übernahm Polen die zu Kriegsende deutsch und österreichisch besetzten Gebiete des Königreichs Polen und besetzte im Juli 1919 auch das von ukrainischer Seite beanspruchte Ostgalizien (1923 bestätigt vom Völkerbund). Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 sprach dem neuen Staat neben dem Großherzogtum Posen (von Preußen größtenteils abgefallen nach dem Posener Aufstand vom 26. Dezember 1918) weitere Gebiete um die Städte Bromberg und Thorn zu, und nach einer Volksabstimmung vom Juli 1920 kamen einige Dörfer aus dem preußischen Grenzgebiet hinzu¹⁴. Eine Botschafterkonferenz vom Juli 1920 machte Teile der ungarischen Gebiete Orawa und Zips zu Territorien polnisch Westgaliziens. Polnisches Militär besetzte im Oktober 1920 das ehemals russische sogenannte Mittel-Litauen um Wilna. Ethnische Mischgebiete waren die vormals russischen Gebiete um Pinsk, Brest-Litowsk und Białystok, bis Februar 1919 von der deutschen Armee besetzt, im polnisch-sowjetischen Krieg von 1919/20 Schlachtfeld, und im Frieden von Riga am 18. März 1921 Polen zuerkannt¹⁵. Die vier Wojewodschaften Wilna, Nowo-

¹² Klaus Zernack, Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994, S. 407.

¹³ Davies, Im Herzen Europas (wie Anm. 4), S. 245.

¹⁴ Janowo, Napromek, Grunwald, vgl. Karte im Anhang.

¹⁵ Unter dem Aspekt des Minderheitenschutzes behandelt die Entstehung des polnischen Staates Jens Boysen, Die polnischen Optanten: Ein Beispiel für den Zusammenhang von Krieg und völ-

gródek, Polesie und Wołyń (Wolhynien) umfaßten litauisches, ukrainisches, weißrussisches und polnisches Siedlungsgebiet mit starken jüdischen Bevölkerungsanteilen in den Städten. In der Bauernbevölkerung war die Ansicht verbreitet, jenseits ethnischer und sprachlicher Grenzen »auf Bauernart« (po muzycki) zu sprechen¹⁶.

Die konstitutionelle Periode und die Sanacja Józef Piłsudskis

Dieser kurze historische Abriss illustriert die inneren und äußeren Rahmenbedingungen, unter denen die Zweite Polnische Republik aus der Taufe gehoben wurde. Ihre Geschichte bis 1926 war, stark vereinfacht, von der Auseinandersetzung zwischen dem nationaldemokratischen Lager und der Bewegung Józef Piłsudskis geprägt. Diese vollzog sich vor 1921 zunächst auf vorkonstitutioneller Grundlage und zwischen 1921 und 1926 in wechselnden Koalitionsregierungen in einer unübersichtlichen Parteienlandschaft. Die stärksten Kräfte im Land bildeten die Nationaldemokraten, Sozialisten, Bauern und Christdemokraten, umgeben von einer Vielzahl ständig wechselnder Vereine, Verbände und anderer gesellschaftlicher Einrichtungen. Die von Roman Dmowski, dem aufstrebenden Warschauer Bürgertum des 19. Jahrhunderts entstammend, dominierte Nationaldemokratie (Endecja) mit ihren Hochburgen in Posen und Lemberg umfaßte selbst ein breites Spektrum politischer Ansichten. Sie ging aus der 1893 von Dmowski gegründeten Nationalen Liga hervor, die seit 1897 als Nationaldemokratische Partei (SND), seit 1919 als Nationaler Volksverband (ZLN) und seit 1928 als Nationale Partei (SN) um die Macht im Staat kämpfte, um dann zwischen 1926 bis zu ihrer Auflösung 1933 als Großpolnisches Lager (OWP) die Kräfte der rechten Opposition zu bündeln.¹⁷ Auf den Machtkampf zwischen Dmowskis Nationaldemokraten und dem Lager Józef Piłsudskis wird in diesem Band mehrfach Bezug genommen.

Polnische Regierungen kämpften gegen das Chaos und den wirtschaftlichen Niedergang der Nachkriegszeit an, die auch den übrigen europäischen Staaten zu schaffen machten¹⁸. Mitte der zwanziger Jahre hatte der junge parlamentarische Staat durchaus einige Erfolge bei der Konsolidierung seines inneren wie äußeren Gefüges zu verzeichnen. Er hatte es in der kurzen, von Krisen gekennzeichneten Zeit seines Bestehens jedoch nicht vermocht, sich den für das dauerhafte Überleben notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt zu sichern. Gegen das Gros der polnischen Armee, das loyal zur Regierung und zum Präsidenten der Republik, Stanisław Wojciechowski, stand, begann Józef Piłsudski am 12. Mai 1926 einen bewaff-

kerrechtlicher Neuordnung, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegerlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn [u.a.] 2002, S. 593–613.

¹⁶ Werner Benecke, Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918–1939, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 1–5.

¹⁷ Zur Person Dmowskis vgl. Andrzej Micewski, Roman Dmowski, Warszawa 1971.

¹⁸ Maciej Giertych, Dmowski czy Piłsudski?, Wrocław 1995.

neten Aufstand. Nach geglückter Machtübernahme faßte er unter dem programmatischen Namen »Sanacja« (lat. *sanatio* »Heilung«, »Gesundung«) ein breites Spektrum politischer Gruppierungen in ein nationales Lager mit dem Ziel zusammen, den »schwächlichen« polnischen Staat von Parteienwirtschaft und Korruption zu reinigen.

In Polen entstand ein autoritäres Regime. Wenn auch alle politischen Parteien weiter bestanden, verlor das polnische Parlament einen Teil seiner Rechte. Piłsudski, Sohn einer verarmten Adelsfamilie in Litauen und als junger Mann aktiver Sozialist, wurde wegen antirussischer Aktivitäten mehrere Jahre nach Sibirien verurteilt. Später tauchte er als geächteter Terrorist und politischer Flüchtling im österreichischen Galizien unter und schrieb sich frühzeitig die »nationale Befreiung« Polens und die Schaffung eines unabhängigen Staates auf seine Fahnen¹⁹. Er konnte sich dabei auf polnische Offiziere stützen, die ihm teils schon aus der Zeit des Ersten Weltkriegs treu ergeben waren. Piłsudski hatte im Königreich Polen, das die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn im November 1916 in den deutsch und österreichisch besetzten Gebieten Rußlands installiert hatten, eine maßgebliche Rolle bei der Aufstellung polnischer Freiwilligenverbände gespielt. Während die Mittelmächte diesen formal eigenständigen, faktisch aber weiter militärisch besetzten Staat als Versuch zur Destabilisierung des Russischen Reiches eher nolens volens in Kauf genommen und über die »polnische Frage« bis Kriegsende keine Einigkeit erzielt hatten, sah Piłsudski seine »Legionen« als die Keimzelle eines zukünftigen polnischen Staates²⁰. Piłsudski instrumentalisierte zunächst einen Parteilosen Block der Zusammenarbeit mit der Regierung (BBWR), um sich durch Manipulationen des Wahlsystems eine Machtbasis zu schaffen. Im Polen der »Sanacja« besetzten Obristen zahlreiche wichtige Führungspositionen. Zu ihnen zählten Außenminister Józef Beck (seit 1932), Adam Koc, Führer des Lagers der Nationalen Einheit (OZN), das dem bereits erwähnten Parteilosen Block (BBWR) folgte, oder der mehrfache Ministerpräsident Walery Ślawek. Bis zu seinem Tod im Jahre 1935 dominierte Marschall Piłsudski den polnischen Staat, war er Kriegsminister und Generalinspekteur der polnischen Armee.

Die Opposition mußte Gängelung und Unterdrückung hinnehmen, bis hin zu politischen Prozessen gegen die Oppositionsführer. In Fragen der nationalen Minderheiten vertrat die »Sanacja« einen autoritären Standpunkt und schloß Ukrainer und Weißrussen weitgehend von der politischen Entscheidungsfindung im Lande aus. Nach dem Tod Piłsudskis 1935 führte der 1926 zum Staatspräsident gewählte Ignacy Mościcki das Land bis zum deutschen Angriff 1939. Nach seinem Rücktritt berief sein Nachfolger Władysław Raczkiewicz neben General Władysław Sikorski

¹⁹ Andrzej Garlicki, Józef Piłsudski, 1867–1935, Brookfield 1994; Waclaw Jędrzejewicz, Piłsudski: A life for Poland, New York 1982; ders., Kronika życia Józefa Piłsudskiego 1867–1935, London 1977; vgl. aus deutscher Sicht Martina Pietsch, Zwischen Verachtung und Verehrung. Marschall Józef Piłsudski im Spiegel der deutschen Presse 1926–1935, Weimar [u.a.] 1995, und zur polnischen Nachkriegsrezeption Roch Little, Le mythe de l'antihéros socialiste contre le mythe du héros antisocialiste. Le débat sur Piłsudski dans l'historiographie polonaise d'après-guerre (1945–1989), Ann Arbor, Mich. 1994.

²⁰ Nipperdey, Deutsche Geschichte, Bd 2 (wie Anm. 9), S. 810 f.

als neuem Regierungschef auch ein Kabinett aus Angehörigen der ehemaligen Opposition. Diese dominierten während des Krieges die polnische Exilregierung, immer wieder kam es aber zu Konflikten mit Anhängern Piłsudskis und der »Sannacja« im polnischen Untergrund, aber auch in den politischen Führungsgremien im Exil. Mehrere Autoren des vorliegenden Sammelbandes thematisieren diese Auseinandersetzungen in ihren Beiträgen.

Minderheiten in Polen

Ein problematischer Aspekt polnischer Geschichte der Zwischenkriegszeit ist der Umgang der Führung unter Piłsudski mit den nationalen Minderheiten. Die Gesamtbevölkerung wuchs zwischen 1921 und 1939 von 26,3 Millionen auf mehr als 35 Millionen – also etwa um ein Drittel. Etwa zwei Drittel der Einwohner sprachen Polnisch als Muttersprache, Ukrainer machten 15, Juden neun, Weißrussen fünf und Deutsche zwei Prozent aus²¹.

In Polen agierte eine Vielzahl von Organisationen, welche die kulturellen und politischen Interessen der nationalen Minderheiten wahrnahmen, doch schwankte der Umgang mit diesen Minderheiten zwischen der Gewährung zumindest kultureller Autonomie und radikaler Polonisierung. Nationale Ambitionen, so die Befürchtung vieler polnischer Politiker, die teils selbst Bürger der österreichischen und russischen Vielvölkerreiche gewesen waren und durchaus unterschiedlichen Parteien angehörten, könnten den polnischen Staat in seinem Bestehen bedrohen. Dieser förderte einen »Rat der Deutschen in Polen« und tolerierte die Arbeit der jüdischen Gemeindevertretungen (kehile), die jedoch beide eher kulturelle Aufgaben wahrnahmen. Im Sejm gab es zeitweise einen Minderheitenblock, in dem Vertreter einer Deutschen Sozialistischen Partei (DSAP) und der Nationalisten der »Jungdeutschen Partei« gemeinsam mit Abgeordneten jüdischer politischer Interessenvertretungen wie den sozialistischen »Poale Zion« (Arbeiter Zions), dem marxistisch und internationalistisch ausgerichteten Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund (kurz »Bund«), den Zionisten und anderen die Parlamentsbänke teilten²². Während die ukrainische Minderheit seit der österreichischen Zeit über mehrere Parteien wie Sozialdemokraten (USDP), einen Ukrainischen Sozialistischen Bauernbund, die Ruthenische-Ukrainische Radikale Partei (R-URP) und eine Nationaldemokratische Organisation (UNDO) verfügte, führte die repressive polnische Nationalitätenpolitik zur Stärkung der verbotenen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Ihr Terror wurde in den dreißiger Jahren zu einem ernsthaften Problem für den polnischen Staat²³. 1925 initiierte eine kleine Gruppe weißrussischer Sejm-Abgeordneter unter der Führung des Philologen Bronisław Taraszkie-

²¹ Zahlen nach Davies, *Im Herzen Europas* (wie Anm. 4), S. 108 f.

²² Gertrud Pickhan, »Gegen den Strom«. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918–1939, Stuttgart 2001, S. 70–78.

²³ Vgl. Harald Binder, *Parteiwesen und Parteibegriff bei den Ruthenen der Habsburgermonarchie*, in: *Ukraine* (wie Anm. 10), S. 211–240.

wicz die Weißrussische Arbeiter- und Bauerngemeinde (Białoruska Włościańsko-Robotnicza Hromada), die etwa ein Jahr lang erheblichen Zulauf hatte, aber schon am 14. Januar 1927 von den polnischen Behörden verboten und aufgelöst wurde. Die Polizei inhaftierte mehr als 800 Personen, die Anführer fanden sich vor Gericht mit der Anklage konfrontiert, an einer »staatsfeindlichen Verschwörung« beteiligt gewesen zu sein²⁴.

Die Schwierigkeiten beim Umgang mit den eigenen Minderheiten kennzeichneten einen Nationalitätenstaat mit nationalstaatlichem Anspruch, und sie sind nur vor dem Hintergrund der außenpolitischen Entwicklungen zu sehen. So bildete die Frage der deutschen Minderheit ein Kernproblem zwischen der Weimarer Republik bzw. dem Deutschen Reich und Polen, das auf beiden Seiten für nationale Erregung sorgte. Unter den wechselnden Konstellationen des deutsch-polnischen, polnisch-sowjetischen und sowjetisch-deutschen Verhältnisses (deutscher Zollkrieg 1925/26, Verträge von Rapallo 1922 und Berlin 1926, polnisch-sowjetischer Nichtangriffspakt vom 25. Juli 1932, deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung vom 26. Januar 1934) strebte Polen die Position einer ostmitteleuropäischen Führungsmacht an. Diese sollte sowohl dem expansiven Kommunismus sowjetischer Prägung als auch dem revisionistischen deutschen Nationalismus Einhalt gebieten, dessen Blick begehrlieh auf die deutsche Ostgrenze gerichtet war. Die konservative deutsche Machtelite wiederum sah in Polen einen »Saisonstaat«, und die aggressive Polonisierungspolitik Piłsudskis und seiner Nachfolger machte die deutsche Minderheit in Polen ansprechbar für die nationalsozialistische Idee einer gesamtdeutschen »Volksgemeinschaft«. Polen annektierte 1938 zwar das Olsa-Gebiet und profitierte damit von der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Deutschland, aber schon kurz darauf mündeten aggressive deutsche Forderungen bezüglich einer Rückkehr der Freien Stadt Danzig ins Reich in die Aufkündigung des deutsch-polnischen Vertrages von 1934. Am 23. August 1939 unterzeichneten Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt, der mit seinem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens zwischen beiden Diktaturen besiegelte²⁵. Die Jahre zwischen dem deutschen Septemberfeldzug 1939 und der Neugestaltung und ethnischen Homogenisierung Ostmitteleuropas durch die sowjetische Siegermacht bis 1947 machten Polen nach der Erfahrung der Teilungen, des Ersten Weltkriegs und der mühsamen Suche nach staatlicher und gesellschaftlicher Identität im Nationalitätenstaat der Zwischenkriegsjahre nun zum »Schlachtfeld der Diktatoren«²⁶. Die deutsch-sowjetische und, nach dem Juni 1941, die deutsche

²⁴ Benecke, Die Ostgebiete (wie Anm. 16), S. 56-59; Peter Brock, Belarusan National Identity as an Aspect of Conscientious Objection in Interwar Poland, in: *East European Quarterly*, 3 (1995), S. 285-292; Jerzy Tomaszewski, Belorussians in the Eyes of the Poles, 1918-1939, in: *Acta Poloniae Historica*, 51 (1985), S. 101-122.

²⁵ Vgl. als Standarddarstellungen nach wie vor Martin Broszat, 200 Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt a.M. 1972; Marian Wojciechowski, Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938, Leiden 1971.

²⁶ Dietrich Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000.

Besatzung konfrontierten die polnische Gesellschaft mit der physischen Vernichtung und brachte sie an den Rand des Untergangs.

Die schwierige Geschichte der polnischen Heimatarmee

Die wechselvolle, häufig von Gewalt und Vertreibung gezeichnete und mit traumatischen Elementen behaftete Geschichte ethnischer Mischregionen hat, gemeinsam mit der Vereinnahmung ihrer Historie durch nationale Bewegungen oder politische Regimes, in Polen wie auch bei seinen Nachbarn vielfach zu einer Beschränkung auf nationale Standpunkte und zu einer Tabuisierung problematischer Aspekte geführt. Diese Tabuisierung wirkt auch nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums weiter fort. Die Arbeiten in diesem Band sind Teil einer schwierigen Auseinandersetzung, und sie machen dieses Buch nicht nur zu einem Werk über einen Aspekt der polnischen Geschichte, sondern auch zu einem Zeugnis über den Umgang mit ihr. Dem Wirken der polnischen Heimatarmee gehen auf den folgenden Seiten polnische, deutsche, weißrussische, amerikanische und britische Autoren nach. Bei der Auswahl der Beiträge wurde versucht, der komplizierten ethnischen und territorialen Gemengelage in der Region gerecht zu werden und dabei außer den aktuellen Forschungsstand auch die aktuellen Diskussionen in Polen, Deutschland und den Nachfolgestaaten der UdSSR zu berücksichtigen. Bezogen auf die Nachkriegszeit geht es um die Frage, welche Rolle der Mythos der Heimatarmee in der Volksrepublik und dann im postkommunistischen Polen in der öffentlichen Wahrnehmung, für das nationale Selbstbewußtsein und in staatlichen Inszenierungen spielte. Damit soll der Sammelband auch einen Beitrag zum deutschen Verständnis der polnischen nationalen Geschichte in der Kriegs- und Nachkriegszeit leisten.

Die Zusammenstellung spiegelt die unübersichtlichen Verhältnisse in Ostmitteleuropa wider. Sie illustriert die Probleme von teils infolge von Gewalt und Vertreibung entstandenen Nationalstaaten, sich mit ihrer multiethnischen, multikonfessionellen und multikulturellen Geschichte auseinanderzusetzen. Der Band macht Forschungsarbeiten jüngerer Kollegen zugänglich, die erst in den Jahren nach Erlangung der polnischen Unabhängigkeit entstanden sind, ebenso wie solche von Autoren, die schon auf viele Jahre Forschungserfahrung zurückgreifen können.

Historisch-militärisches Umfeld

Im folgenden erzählen 33 Autoren in vier Abschnitten die Geschichte der polnischen Heimatarmee. Eine einleitende *tour d'horizon* macht den Leser mit den historischen Rahmenbedingungen, den organisatorischen Strukturen sowie mit den militärischen Operationen vertraut, welche die Armia Krajowa bestritten hat. *Bernad*

Martin breitet in seinem Essay zwei Jahrhunderte der deutsch-polnischen Beziehungen aus. Er schildert dabei speziell die Geschichte von Barrieren und Klischees, Mißverständnissen und Vorurteilen, die auf beiden Seiten bis heute fortwirken.

Hans-Jürgen Bömelburg und *Wanda Roman* analysieren in ihren Beiträgen die deutsche und die sowjetische Besetzung, die den historischen Rahmen abgaben für Entstehung und Wirken der Heimatarmee. Ohne die Kenntnis des nationalsozialistischen Okkupations- und Terrorsystems einerseits, das Polen 1939 vom souveränen Staat zum Ort von Rechtlosigkeit, Unterdrückung und Massenmord machte, und ohne das Verständnis dafür, welche Auswirkungen andererseits die sowjetische Besetzung in den Kresy Wschodnie zwischen 1939 und 1941 hatte, sind weder der Kampf der Armia Krajowa noch die Darstellungen der Nachkriegszeit zu begreifen.

Die Strukturen der Untergrundarmee, ihre militärische und territoriale Gliederung und ihren Führungsapparat beschreibt *Grzegorz Mazur*, ergänzt von den Ausführungen *Marek Ney-Krwawicz*' zu den polnischen Exilbehörden in Frankreich und England. Beide Autoren zeigen eine militärische Untergrundformation, die von ihrem Organisationsgrad her den Vergleich mit der sowjetischen Partisanenbewegung nicht zu scheuen braucht. Dies macht auch der Aufsatz von *Andrzej Peptoniński* deutlich, der ebenfalls unter militärhistorischen Gesichtspunkten den Aufklärungsapparat der polnischen Untergrundarmee und vor allem dessen Leistungen während des Krieges analysiert: Wenigen Lesern dürfte bekannt sein, daß beispielsweise der britische Geheimdienst wesentliche Erkenntnisse über die deutschen »V-Waffen« polnischen Aufklärern verdankte.

Piotr Kolański wendet sich dem zweiten Gegner zu, mit dem die Armia Krajowa im Verlauf des Krieges konfrontiert war: Bereits kurz nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR und dann verstärkt seit 1942/43 begann die sowjetische Aufklärung, den polnischen Untergrund zu erkunden und zu infiltrieren. Damit bereiteten die sowjetischen Behörden schon zu einem frühen Zeitpunkt die zweite Sowjetisierung Ostpolens (oder, nach sowjetischer Lesart, die Befreiung der Weißrussischen und Ukrainischen Sowjetrepubliken in den Grenzen von 1941) vor. Erfolge erzielten sie vor allem in den ethnischen Mischgebieten – zumal in den zwischen 1939 und 1941 sowjetisch besetzten Kresy –, aber auch im polnischen Kernland.

Die beiden folgenden Aufsätze sind zwei zentralen militärischen Operationen der Heimatarmee gewidmet. Auf der Basis seiner in deutscher Sprache erschienenen Monographie schildert *Włodzimierz Borodziej* mit dem Warschauer Aufstand ein Ereignis, das geradezu zum Inbegriff des polnischen Widerstandes im Zweiten Weltkrieg wurde, bestimmend für das Selbstverständnis einer ganzen Generation polnischer Widerstandskämpfer und Maßstab für jene allgemeingültigen Werte, welchen sich diese Generation verpflichtet fühlte. *Grzegorz Mazur* ergänzt den Blick auf Warschau durch seine Chronik der »Aktion Burza« (Gewittersturm). Unter diesem Decknamen führte 1944 die Armia Krajowa ihre lange geplante, beinahe flächendeckend koordinierte und wichtigste militärische Operation durch, welche

mit Blick auf die bereits katastrophale militärische Lage der deutschen Wehrmacht entgegen ursprünglichen Planungen in einen allgemeinen Aufstand mündete. Der Kampf der Heimatarmee im Rahmen von »Burza« folgte der Dramaturgie des Warschauer Aufstandes. Er war heldenhaft, aber seine Bedeutung blieb in erster Linie eine moralische. Die militärischen Resultate waren begrenzt: Die Rote Armee stand bereits auf polnischem Territorium, und die Idee, polnische Untergrundformationen zu enttarnen und als reguläre polnische Streitkräfte an der Seite sowjetischer Divisionen als gleichberechtigte Verbündete und quasi als »Hausherren« anerkannt zu werden, ging an der Realität vorbei. Rote Armee und NKVD entwaffneten sämtliche »polnischen Nationalisten« und begannen damit, den Untergrund zu »säubern«. Von diesem letzten Akt der militärischen Kämpfe, der mancherorts noch zu einem Zeitpunkt tobte, als die Armia Krajowa offiziell längst aufgelöst war, berichtet *Harald Moldenbauer*. Er tut dies am Beispiel des sogenannten Lubliner Polen (Polska Lubelska), wo mit massiver sowjetischer Unterstützung in der zweiten Jahreshälfte 1944 zwischen Bug und Weichsel die Anfänge eines kommunistischen polnischen Staates entstanden.

Kriegsalltag

Der zweite Abschnitt behandelt den Kriegsalltag. *Piotr Majewski* und *Janusz Marszalec* beschreiben in ihren Beiträgen gewissermaßen Genotypus und Phänotypus des polnischen zivilen Widerstandes bzw. der Besatzungsgesellschaft. Deren moralisches Überleben war möglich, weil neben der »Motivation« zum Widerstand, welche die brutale und rassenideologisch motivierte deutsche Besatzungspolitik lieferte, legitime staatliche und ethische Instanzen existierten. Diese gaben die Regeln im Umgang mit den Besatzern vor, verkörperten und vermittelten sie. Schließlich konnten sie durch Instanzen wie Untergrundgerichte, aber vor allem durch die Bekanntmachung, »Ächtung« und Bestrafung von Wankelmütigen oder Verrätern bis zu einem gewissen Grad deren Einhaltung überwachen. Vielleicht ist noch wesentlicher, daß die polnische Bevölkerung aus dem Wirken der Untergrundinstitutionen moralische Kraft für das Überleben des mörderischen Besatzungsalltags schöpfte. Während sich *Piotr Majewski* zentral organisierten Widerstands- und Überlebenstaktiken sowie den Mitteln zuwendet, moralische Richtlinien und konkrete Handlungsanweisungen in verschiedene Bereiche der Gesellschaft zu transportieren, gilt der Blick *Janusz Marszalec*' dem realen Besatzungsalltag. Die polnische Untergrundgesellschaft konnte ebensowenig auf eine geschlossene Phalanx von Helden zurückgreifen, wie dies in der Sowjetunion oder den besetzten Ländern Westeuropas der Fall war²⁷. Im besetzten Warschau klagten die Untergrundbehörden über die große Zahl von »Kowalskis« (die »Müllers und Meiers«),

²⁷ Vgl. etwa *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945)*, 8 Bde, hrsg. vom Bundesarchiv, Berlin, Heidelberg 1988-1996, hier Bd 7 [= Ergänzungsbd 1]: *Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik*, Heidelberg 1994.

denen weniger die Bewahrung der polnischen Nation als vor allem das eigene Überleben und mitunter sogar Wohlleben in der besetzten Stadt am Herzen lag. Selbst im historischen Zentrum Polens, wo weder Nationalitätenfragen noch Grenzstreitigkeiten den Widerstandswillen der Bevölkerung schwächen konnten, und selbst angesichts der brutalen deutschen Besatzung und der offen sichtbaren Isolierung und Ermordung der jüdischen Einwohner der Stadt fand »Alltag« in jeder Form statt, schufen sich die Menschen Nischen, und verschwammen die Grenzen zwischen Widerstand, dem Überleben dienender Kooperation mit den Besatzungsbehörden und der nach dem Krieg als unmoralisch verdamnten Kollaboration. Marszalec spricht hier, mit aller Vorsicht, ein polnisches Tabu an und veranschaulicht die realen Bedingungen des Besatzungsalltags, in dem – anders als beispielsweise im belagerten Leningrad²⁸ – die Behörden einen sehr direkten Zugriff auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens hatten. Der Leser wird nicht nur zwischen den Zeilen spüren, wie schwer es den Autoren fällt, die Ebene idealtypischer Formen von Widerstand, die vielfach nur von begrenztem Aussagewert sind, und ihrer Verschriftlichung in Form moralischer Kodices zu verlassen und sich den realen, vielschichtigen Phänomenen des Besatzungsalltags zu stellen. Daß sie dies tun, ist ein wesentlicher Beitrag zu diesem Sammelband und Grundlage dafür, auch für die polnische Kriegsgesellschaft in eine Historisierung des Kriegsgeschehens einzutreten.

Den Grenzbereich der »Interaktion« zwischen Herrschern und Beherrschten beleuchtet auch *Martin Dean*. Auf der Basis von Akten der Nachkriegsprozesse, welche die polnischen und sowjetischen Behörden gegen »Vaterlandsverräter« führten, rekonstruiert er die Beteiligung von Polen am Aufbau der deutschen Hilfspolizei, und zwar hauptsächlich in den 1939 von der Sowjetunion annektierten Gebieten, die unter deutscher Besatzung einen Teil des »Reichskommissariats Ostland« (vgl. Übersichtskarte im Anhang) bildete. Dean zeigt, daß die deutschen Sicherheitskräfte beispielsweise in dem von ihnen geschaffenen »Generalkommissariat Weißruthenien« beim Aufbau einer dringend benötigten Hilfspolizei angesichts der komplizierten ethnischen Gemengelage keine Möglichkeit hatten, ethnisch homogene Polizeiposten zu bilden. Dort dienten vielmehr entsprechend der Bevölkerungsstruktur weißrussische, polnische, ukrainische oder russische Einwohner Seite an Seite – mit je sehr unterschiedlichen Motivationen und allesamt der Gefahr ausgesetzt, in einem mörderischen Alltag, der seit 1942 zunehmend im Zeichen des deutschen »Bandenkampfes« und des Erstarkens der sowjetischen Partisanenbewegung stand, selbst in eine Spirale von Kompromittierung und Verbrechen zu geraten. Die Grenzen sind hier oft nur schwer auszumachen, doch läßt sich schlüssig nachweisen, daß gerade in den ethnischen Problemzonen der ehemaligen Kresy ein guter Nährboden bestand für jede Form von Mißbrauch und Verbrechen unter deutscher Oberaufsicht. Zum Mythos der Heimatarmee und der sowjetischen Partisanenbewegung hat beigetragen, daß beide einen kompromißlosen Kampf gegen den »Abschaum« einheimischer Polizei führten. Die Ausführun-

²⁸ Vgl. Aileen Rambow, *Überleben mit Worten. Literatur und Ideologie während der Blockade von Leningrad 1941 - 1944*, Berlin 1995.

gen Martin Deans bestätigen die Brutalität auf allen beteiligten Seiten, lassen aber gleichzeitig ahnen, wie schwer nachvollziehbar die inneren Frontlinien waren, welche die Kresy während des Krieges durchzogen²⁹.

Die Rolle der katholischen Kirche im polnischen Untergrundstaat beschreibt *Jerzy Myszor*. Er tut dies mit Blick auf einzelne Angehörige der höheren Geistlichkeit sowie auf das Verhältnis zwischen Kirche und Untergrundstaat und das Wirken einer Militäregeistlichkeit in dessen Streitkräften, der *Armia Krajowa*. In welchem Maße diese auch die polnischen Frauen in ihre organisatorischen Strukturen miteinbezog, macht *Katja Höger* vor allem am Beispiel des Warschauer Aufstandes deutlich. Die Befunde Högers, etwa was die tatsächliche Bedeutung von Frauen als Kombattantinnen in einer ohnehin hoffnungslos unterbewaffneten Armee anbetrifft, entziehen sich vielfach – so wie Untersuchungen zu Alltagsphänomenen generell – der Quantifizierung. Die Ausführungen zeigen aber, daß es sich beim Warschauer Aufstand tatsächlich um eine *Volks*erhebung handelte – und um ein Ereignis, das die gesamte Bevölkerung der Stadt betraf. Welche Auswirkungen die Beteiligung von Frauen an den Kampfhandlungen – vor allem in klassischen weiblichen Bereichen wie dem Melde- und Sanitätswesen – auf polnische Frauenbilder hatten, und welche Wechselwirkungen zwischen dem Kriegsgeschehen und den spezifisch polnischen Ausprägungen von einer Tradition wie Nation repräsentierenden Weiblichkeit bestanden, wie sie im Motiv der mütterlichen Jungfrau, der polnischen Muttergottes »Matka-Polka«, seit dem Mittelalter zum Ausdruck kommt, bleibt hingegen noch zu untersuchen³⁰.

Waldemar Bednarski erzählt die Geschichte der Gemeinde Kotlice, Kreis Zamość, im Krieg. Etwa auf halber Strecke zwischen Lublin und Lemberg gelegen, war diese Region Schauplatz heftiger polnisch-ukrainischer Auseinandersetzungen, die 1944 zum offenen militärischen Konflikt eskalierten. Der Beitrag Waldemar Bednarskis ist keine »Mikrostudie« im wissenschaftlichen Sinne. Hauptsächlich auf der Basis von Zeitzeugenbefragungen, Kriegsmemoiren und Dokumenten aus Privatbesitz beschreibt der Verfasser aus polnischer Sicht die militärischen Vorbereitungen der Heimatarmee sowie den Kampf gegen zwei Feinde: die deutsche Wehrmacht und die Ukrainische Aufständischenarmee (UPA). Die Erzählung Bednarskis ist die eines Opfergangs, der den Schutz der polnischen Bevölkerung zum Zweck hatte. Längere Schilderungen von Gefechtsszenen aus der Sicht von Zeitzeugen müssen nicht quellenkritisch in Frage gestellt werden, um dennoch eine plastische Vorstellung der bürgerkriegsähnlichen Zustände in besetzten ethnischen Mischgebieten und von Ablauf und Auswirkungen deutscher »Bandenkampf-« und »Säuberungsaktionen« aus der Sicht der Opfer zu geben. Darüber hinaus erhält der Leser einen Eindruck vom Literaturgenre der Kriegs- und Partisanenmemoiren sowie von der aktuellen populären Wahrnehmung dieses Gesche-

²⁹ Zur Veranschaulichung ist ein Vergleich mit dem sowjetischen Bürgerkrieg vielfach hilfreicher als die national ausgerichteten polnischen bzw. sowjetischen Schilderungen des Zweiten Weltkriegs, vgl. Vladimir N. Brovkin, *Behind the Front Lines of the Civil War. Political Parties and Social Movements in Russia, 1918–1922*, Princeton, N.J. 1994.

³⁰ Vgl. Natali Stegmann, *Die Töchter der geschlagenen Helden. »Frauenfrage«, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919*, Wiesbaden 2000, S. 41–45.

hens. Während Verklärungen und das Ausschmücken der Ereignisse in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion nach 1991 immer mehr problematisiert wurden, waren im polnischen Exil und in Polen nach dem Ende des Kommunismus auch gegenläufige Versuche zu beobachten, für die Heimatarmee nach Jahren fehlender Traditionswürdigkeit eine stark idealisierte und überhöhte Sicht der Kriegsereignisse zu präsentieren. Die Nationalitätenkonflikte als eigenständiges Thema werden in diesem Sammelband an anderer Stelle behandelt³¹.

Lars Jockheck und Anke Stephan zeigen die *Armia Krajowa* aus deutscher Perspektive – und zwar mit dem Blick der zeitgenössischen Außenwahrnehmung bzw. Darstellung der Heimatarmee durch deutsche Soldaten und die deutsch kontrollierte Presse des »Generalgouvernements«. Lars Jockheck liefert einen differenzierten Überblick über das Pressewesen. Er schließt dabei insofern nahtlos an die grundlegenden Beiträge von Piotr Majewski und Janusz Marszalec an, als er die schwierige Frage nach der Rezeption von Presse und Propaganda im Untergrundstaat stellt. Dessen Autorität war es beispielsweise nicht möglich, den Bewohnern des »Generalgouvernements« die Lektüre deutscher Propagandablätter zu verleiden. Die quellengesättigte Arbeit erschließt zahlreiche Facetten des offiziellen (und teilweise auch des inoffiziellen Untergrund-)Schrifttums zum ersten Mal für den deutschen Leser. Sie zeigt die Kontinuitätslinien zwischen historischen Vorurteilen und Stereotypen der Teilungs- und Zwischenkriegszeit, welche, angereichert mit Elementen der nationalsozialistischen Rassenideologie, überall im Propagandaschrifttum nachzuweisen sind. Andererseits wird allorts die Notwendigkeit deutlich, im Sinne einer nationalsozialistischen »Realpolitik« erfolgreich auf die Bevölkerung einzuwirken. Ein ähnliches Spannungsgefüge beschreibt auch Anke Stephan aus alltagsgeschichtlicher Sicht des »kleinen Mannes«, und zwar am Beispiel des Warschauer Aufstandes. Sie fragt danach, wie sich deutsche Mannschaftssoldaten vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Propaganda und ihres eigenen, stark durch den Nationalsozialismus geprägten Wertekanon ein Bild von der Heimatarmee machten. Stephan kommt zu dem zunächst überraschenden Ergebnis, daß die *Armia Krajowa* sehr gut, und zwar positiv, »ins deutsche Bild paßte«. Deutsche Soldaten verstanden den ehrenhaft untergehenden Kämpfer der Heimatarmee häufig geradezu als ein Sinnbild, das dabei half, sich für einen selbst längst als sinnlos erkannten Kampf weiter zu motivieren. Dabei griffen sie allerdings auf einen Wertekanon zurück, welcher der nationalsozialistischen Erziehung und Propaganda entstammte. Mein eigener Beitrag versucht vor einem ähnlichen Hintergrund, lokale Kontakte und militärische Absprachen zwischen der Heimatarmee und den deutschen Sicherheitskräften einzuordnen, zu denen es angesichts der kurz bevorstehenden Besetzung der ehemaligen Kresy Wschodnie durch die Rote Armee kam.

³¹ Vgl. zum klassischen sowjetischen Typus der Partisanenmemoiren Ovidij A. Gorčakov, *Vne zakona. Avtobiografičeskaja chronika*, Moskva 1990, oder das Bild S.V. Gerasimovs, *Mat' partizana* (1943), *Gosudarstvennaja Tret'jakovskaja galereja*, Moskva; Nina Tumarkin, *The Living and The Dead. The Rise and Fall of the Cult of World War II in Russia*, New York 1994; *Sozialistische Helden. Die kulturgeschichtliche Anatomie von Propagandafiguren*, hrsg. von Silke Satjukow und Rainer Gries, Berlin 2002.

Regionen, Minderheiten und nationale Deutungen außerhalb Polens

Der dritte Abschnitt behandelt die nationale und territoriale Problematik, welche die Kriegereignisse und die Tätigkeit der Heimatarmee maßgeblich mit beeinflusst haben. Nationale Spannungen aus der Zeit vor 1918 und der Zwischenkriegsperiode eskalierten während des Krieges zu einem offenen militärischen Schlagabtausch. Dies betraf in erster Linie Galizien und Wolhynien und den ukrainisch-polnischen Antagonismus, sowie in zweiter Linie das Wilnagebiet. Dort kämpfte die Heimatarmee vor dem Hintergrund berechtigter polnischer Befürchtungen, die Region könnte nach Kriegsende dauerhaft litauisiert werden, gegen die deutsche Besatzungsmacht und gleichzeitig gegen sowjetische Formationen. Zudem war sie seit dem Jahreswechsel 1943/44 ständig auch in Zusammenstöße mit litauischen Polizeikräften verwickelt. Auf allen Seiten ereigneten sich schwerste Übergriffe und Greuelthaten. In Galizien und Wolhynien fanden regelrechte ethnische Säuberungen statt.

Als dritte Problemregion wird das Gebiet Nowogródek behandelt, das aufgrund seiner geographischen Beschaffenheit hervorragende Voraussetzungen für den Einsatz von Partisanen bot (vgl. Übersichtskarte im Anhang). Das mehrheitlich polnisch-jüdische Nowogródek wurde 1939 von der Sowjetunion annektiert und bildete seit Herbst 1941 ein gleichnamiges »Gebietskommissariat« im Rahmen des nominell von der deutschen Zivilverwaltung beherrschten »Generalkommissariats Weißruthenien«. Hier führten seit 1943 vor allem die erkennbare sowjetische Absicht, Nowogródek in die Weißrussische Sowjetrepublik (BSSR) einzugliedern, sowie die außergewöhnlich starke Präsenz sowjetischer Partisanengruppen zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen deutschen Sicherheitskräften, sowjetischen Verbänden und der Heimatarmee. Nowogródek ist ein Lehrbeispiel für die sowjetische Taktik, in der Aufbauphase militärischer Untergrundstrukturen zunächst mit lokalen Gruppen zusammenzuarbeiten (dies betraf neben den Abteilungen der Armia Krajowa beispielsweise auch jüdische Partisanen), um diese später entweder zu inkorporieren oder rücksichtslos zu liquidieren³².

Die hier in wenigen Sätzen umrissenen Regionen mit ihren verschiedenen historischen Zugehörigkeiten und Entwicklungen sind bislang noch nicht in einer vergleichenden, synthetischen Untersuchung dargestellt worden. Dies gilt noch viel mehr für die sich überlappenden und jeweils durch eine große regionale, politische und selbst ethnische Diversifizierung gekennzeichneten Nationalitäten, von denen hier die Rede ist. Regionale, konfessionelle, sprachliche und politische Identitäten wechselten mitunter von einem Ort zum anderen³³. Gleichzeitig handelt es sich

³² Vgl. Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998, S. 280–302.

³³ Vgl. im Überblick *Geschichte der Ukraine*, hrsg. von Frank Golczewski, Göttingen 1994; *Ukraine* (wie Anm. 10); *Handbuch der Geschichte Weißrußlands*, hrsg. von Dietrich Beyrau und Rainer Lindner, Göttingen 2001; *Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit*, hrsg. von Joachim Tauber (= Nordost-Archiv. Zeit-

um jenes Themenfeld, das als Folge gewaltsamer Grenzveränderungen und Bevölkerungsverschiebungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg in den beteiligten Staaten bis heute emotional wie politisch mit am stärksten belastet ist.

Von einer einheitlichen Führung, von *der Armia Krajowa* kann im Zusammenhang mit Nationalitätenfragen nicht die Rede sein. Die hier vorgenommene Auswahl von Beiträgen rekonstruiert daher den Verlauf und die Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen und Ausschreitungen in unterschiedlichen Regionen, deren Leidtragende fast immer die Zivilbevölkerung war. Die Autoren tun dies mit Blick auf die *Armia Krajowa* auf der Basis ausgiebiger polnischer Grundlagenforschung und aus einer mehr oder weniger dezidiert polnisch nationalen Sicht: *Grzegorz Motyka* für Wolhynien und Ostgalizien, *Kazimierz Krajewski* für Nowogródek und *Piotr Niewiński* für das Wilnagebiet. Diese drei Beiträge werden durch andere nationale Deutungen bzw. deren Analyse ergänzt. So setzt sich *Timothy Snyder* in seinem Essay mit dem negativen ukrainischen Bild der Heimatarmee auseinander und ermöglicht dem Leser quasi einen doppelt gebrochenen Blick, nämlich jenen auf die ukrainische Perspektive – mit den Augen des amerikanischen Nationalismus- und Osteuropaspezialisten.

Die ukrainische Interpretation war und ist gegensätzlich zu polnischen Darstellungen. Sie ignorierte in der sowjetischen Periode die Heimatarmee entweder oder rückte sie in die Nähe der nationalsozialistischen Besatzer. Hierbei spielte der problematische Umgang mit der eigenen, ukrainischen nationalen Geschichte eine entscheidende Rolle. Nationalistische Gruppen vertraten während des Zweiten Weltkrieges vor allem in der westlichen Ukraine nationale ukrainische Ansprüche gegenüber dem Deutschen Reich und wurden damit zu Hauptfeinden des von der UdSSR organisierten sowjetischen Untergrundes. Die UPA zählte in der Diktion der Nachkriegs-Sowjetunion denn auch zum Abschaum der »nationalistischen Steigbügelhalter des Hitlerfaschismus«. Gleichzeitig war sie für viele Ukrainer, vor allem im westlichen Teil des Landes, ein positiver Bezugspunkt, da nach den Erfahrungen sowjetischer Nationalitätenpolitik in der Zwischenkriegszeit und vor allem nach der »Wiedervereinigung« Wolhyniens und Ostgaliziens mit der UdSSR 1939 starke Ressentiments gegenüber der sowjetischen Führung bestanden.

Die Ukraine hatte ebenso wie Polen ungeheuerliche Kriegsoffer zu ertragen. Dieter Pohl schätzt die Zahl der getöteten Einwohner als Folge der deutschen Besatzung insgesamt auf drei bis vier Millionen³⁴. Nationale ukrainische wie sowjetische Sichtweisen haben meist eines gemeinsam: Sie sehen in der *Armia Krajowa* einen der Hauptgegner im *ukrainischen* Opfergang des Weltkriegs. Bestenfalls erste Anzeichen sind dafür zu erkennen, eine moderne Gesellschaftsgeschichte der Ukraine zu schreiben, die bei der Analyse der Auswirkungen von Besatzung, Partisanenkrieg, Kollaboration und Nationsbildung auch die polnische Heimatarmee mit einbezieht.

schrift für Regionalgeschichte. N.F. II, [1993], 2), Lüneburg 1993; zur polnischen Spezialliteratur vgl. die Beiträge im Abschnitt III des vorliegenden Sammelbandes.

³⁴ Vgl. Dieter Pohl, Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Ukraine (wie Anm. 10), S. 339–362, hier S. 361.

Auch in Weißrußland tut man sich schwer mit der Geschichte der Heimatarmee. Die Weißrussische Sowjetrepublik wuchs nach der »Wiedervereinigung« 1939 auf das Doppelte ihrer Größe und Bevölkerungszahl. Die Opferbilanz des Krieges ist hier ebenso fürchterlich wie die ukrainische: Wahrscheinlich jeder vierte Einwohner der BSSR kam während des Zweiten Weltkriegs ums Leben. Die Ermordung der Juden während der deutschen Besatzung, die sowjetischen Säuberungen und die »Repatriierung« der polnischen Einwohner nach 1944 machten aus Weißrußland einen mehr oder weniger ethnisch homogenen »Nationalstaat«. Im Unterschied zur Ukraine waren aber nationale weißrussische Traditionen weit schwächer ausgeprägt und spielten nach dem Krieg in einer weitgehend russifizierten Einheitsrepublik lediglich eine untergeordnete Rolle.

Das kollektive Gedächtnis der Menschen in Weißrußland beherrscht bis heute ein Mythos, nämlich jener vom »Volkskrieg« (*vsenarodnaja bor'ba*), in dem die sowjetische Partisanenbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei die deutschen Besatzer vertrieb. Mit dem »Großen Vaterländischen Krieg« verbinden sich auch Stolz und Selbstwertgefühl. Der identitätsstiftende Einfluß dieser Erinnerung war schon während des Krieges spürbar. Vor allem aber kam ihm nach der Befreiung eine wichtige Funktion bei der Legitimierung der politischen Führung zu. Für den Widerstand, den das »weißrussische Volk« dem Hitlerfaschismus entgegensetzte, erhielt die BSSR nach dem sowjetischen Sieg den ehrenvollen Titel »Partisanenrepublik«. Minsk und Brest wurden zu »Heldenstädten« (*gorod geroj*). Der sowjetische »Volkskrieg«, war ein zentraler Bestandteil weißrussischer Nachkriegsidentität³⁵. Der Widerstand, den die *Armia Krajowa* der deutschen Besatzung und der sowjetischen, ebenfalls als Okkupation empfundenen zweiten Sowjetisierung der ehemaligen *Kresy Wschodnie* entgegensetzte, war in Weißrußland während der Sowjetära ebensowenig präsent wie jener anderer, nicht-sowjetischer Gruppen.

Sigizmund P. Borodin und *Ivan P. Kren'* vermitteln in ihren Beiträgen einen Eindruck von der Wirkungskraft, welche die sowjetische Sicht der Geschichte Weißrußlands bis heute entfaltet, und auch von den Versuchen, zu einer genuin *weißrussischen* Interpretation des Krieges zu kommen. Beide Aufsätze verbinden historische Betrachtungen und die Systematisierung aktueller weißrussischer Literatur zur *Armia Krajowa* mit moralischen und staatsrechtlichen Kategorien. Die Autoren liefern Argumente für die historische Legitimität der »Wiedervereinigung« von 1939 und kommen folgerichtig zu dem Schluß, bei den Operationen der Heimatarmee in den *Kresy Wschodnie* habe es sich gewissermaßen um einen exterritorialen Einsatz auf weißrussischem Gebiet gehandelt. Einige Ableitungen und Argumente werden mit Widerspruch rechnen dürfen. Nicht zuletzt deshalb vermitteln sie einen ausgezeichneten Eindruck von der Sprengkraft, welche die »polnischen Ostgebiete« bzw. polnische und andere Versuche der Thematisierung dieser Regi-

³⁵ Bernhard Chiari, Die schüchterne Königstochter. Die Republik Belarus vor der Jahrtausendwende. Versuch einer Annäherung, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 11 (1999), 2, S. 43-54.

on bis heute haben, und wo in der unabhängigen Republik Belarus' die Hindernisse für eine Historisierung liegen.

Das polnisch-jüdisch-litauische Wilna ist ein weiteres Beispiel dafür, wie auf polnischem Gebiet und an der Grenze zwischen östlicher und westlicher Zivilisation immer wieder reale historische Entwicklungen mit historischen Mythen in Wechselwirkung traten. Wilna als die einzige Großstadt in den nordöstlichen Gebieten war einerseits ein Zentrum polnischer wie jüdischer Kultur und trug unter Juden die ehrfürchtige Bezeichnung »Jerusalem des Ostens«³⁶. Andererseits war Wilna die historische Hauptstadt Litauens, bis ins 17. Jahrhundert aber dominiert von russisch-orthodoxen Kaufleuten und in der Folge Schauplatz sich ständig abwechselnder Russifizierung, Polonisierung und Litausierung. Die Republik Litauen machte nach dem Ersten Weltkrieg ihre Ansprüche geltend, und es entstand ein Konflikt, der über mehr als 80 Jahre seine Virulenz bis in unsere Tage bewahrt hat³⁷.

Die Diskussionen um die »litauische Hauptstadt« betrafen eine Stadt, in der nach dem Ersten Weltkrieg die litauische Bevölkerung fast ausschließlich im agrarischen Umland angesiedelt war: Der Blick der aufkommenden litauischen Nationalbewegung richtete sich daher auf das lange zurückliegende goldene Zeitalter des Litauischen Großfürstentums, das im 14. Jahrhundert vor allem in der Auseinandersetzung mit der Kiever Rus' und dem Deutschen Orden zeitweise die Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer dominiert hat, das aber alles andere als ein litauischer Nationalstaat war³⁸. Das Großfürstentum, von nationalen Historikern wie Mikola Ermalovič als weißrussischer Staat interpretiert, nimmt heute wiederum einen prominenten Platz bei der Suche der Weißrussen nach nationalen Abgrenzungsmöglichkeiten gegenüber dem »Großrussentum« ein³⁹.

In Polen betrauert man bis heute die Litausierung und Sowjetisierung des Wilnagebietes im Zuge des Zweiten Weltkriegs. Denn Wilna verkörperte neben seiner tatsächlichen Bedeutung als *polnische* Stadt für die Polen teils verklärte Erinnerungen an den Doppelstaat der »Rzeczpospolita«, der nach dem Beitritt des Großfür-

³⁶ Vgl. David E. Fishman, *Russia's First Modern Jews. The Jews of Shklov*, New York, London 1995; Daniel Beauvois, *Lumières et société en Europe de l'Est. L'université de Vilna et les écoles polonaises de l'Empire Russe*, Paris 1977.

³⁷ Vgl. im Überblick aus polnischer Sicht Aleksander Srebrakowski, *Polacy w Litewskiej SRR 1944-1989*, Toruń 2001, S. 23-53.

³⁸ Vgl. jüngst den leicht zugänglichen Essay des großen polnischen, den Kresy Wschodnie entstammenden und 30 Jahre im Exil arbeitenden Dichters und Nobelpreisträgers Czesław Miłosz, Wilna, in: *Osteuropa*, 52 (2002), 9/10, S. 1165-1170, das Heft ist dem Thema »Litauen« gewidmet; außerdem Manfred Hellmann, *Das Großfürstentum Litauen bis 1569*, in: *Handbuch der Geschichte Rußlands*, hrsg. von Manfred Hellmann, Gottfried Schramm und Klaus Zernack, Bd 1/I, Stuttgart 1981, S. 718-851; Pawel Lojka, *Die weißrussischen Territorien als Teil des Großfürstentums Litauen (13.-16. Jahrhundert)*, in: *Handbuch der Geschichte Weißrußlands* (wie Anm. 33), S. 80-92.

³⁹ Mikola Ermalovič, *Starožytynaja Belarus': Polacki i novaharodksi peryjady*, Minsk 1990. Ermalovič versucht in einer ethnogenetischen Argumentationskette nachzuweisen, daß es sich bei den Weißrussen nicht um Slawen, sondern vielmehr um slawisierte Balten gehandelt habe. Vgl. Rainer Lindner, *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1999.

stentums Litauen zur Polnischen Adelsrepublik (Lubliner Union von 1569) die Rolle einer europäischen Großmacht gespielt hatte⁴⁰. Nationale Deutungen gleichen angesichts solcher unübersichtlichen Verhältnisse dem Gang durch ein Minnenfeld. Die meisten der hier aufgezählten Motive werden dem Leser in den Beiträgen dieses Abschnittes wieder begegnen.

Frank Golczewski hat die Aufgabe übernommen, das Verhältnis der Heimarmee zu den Juden darzustellen. Welche Emotionen dieses Thema bis heute in Polen auslöst, hat zuletzt die »Jedwabne-Debatte« gezeigt. Grundlage der Affäre waren antijüdische Ausschreitungen und die Ermordung jüdischer Einwohner durch ihre polnischen Nachbarn nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im Juli 1941. Eine Veröffentlichung des namhaften polnisch-amerikanisch-jüdischen Historikers Jan Tomasz Gross im Jahre 2000 verschaffte dem bis dahin wenig beachteten Vorfall im kleinen Dorf Jedwabne eine Zeitlang größte Aufmerksamkeit in der polnischen Öffentlichkeit⁴¹. An einer Diskussion, die zum Teil in Polemik und antisemitische Ausfälle mündete, beteiligten sich Fachhistoriker, Vertreter der Medien und der katholischen Kirche ebenso wie die Repräsentanten rechtsradikaler polnischer Gruppierungen⁴². Jedwabne steht dabei für eine grundsätzliche Frage: Haben die Polen ihren jüdischen Nachbarn während des Zweiten Weltkrieges in ausreichendem Maße beigestanden, und gibt es eine Duldung oder gar Beteiligung an der nationalsozialistischen »Endlösung der Judenfrage? Frank Golczewski untersucht das Phänomen des Zweiten Weltkriegs vor dem allgemeinen Hintergrund der Rolle der Juden in der polnischen Gesellschaft. Er zeigt für den Zweiten Weltkrieg unterschiedliche Schauplätze und Situationen, Akteure und Fraktionen innerhalb des immens breiten weltanschaulichen Spektrums der Heimarmee (und der jüdischen Untergrundorganisationen). Golczewskis Beitrag zum polnisch-jüdischen Verhältnis bietet keine »erlösende Kurzformel« – so Ulrich Herbert mit Blick auf die Erklärung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik⁴³ –, ermöglicht dem Leser aber einen differenzierten Einblick in die Problematik und in die laufenden Diskussionen.

⁴⁰ Henadz Sahanowitsch [= Genadz' Saganovič], Der Eintritt des Großfürstentums Litauen in die polnische Adelsrepublik: Weißrußland im 16. und 17. Jahrhundert, in: Handbuch der Geschichte Weißrußlands (wie Anm. 33), S. 93–105; Genadz' Saganovič, Narys gistoryi Belarusi ad staražytnasci da kanca XVIII stagoddzja, Minsk 2001.

⁴¹ Jan Tomasz Gross, Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka, Sejny 2000 (dt.: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001).

⁴² Vgl. jüngst Wokół Jedwabnego, hrsg. von Paweł Machcewicz und Krzysztof Persak, Warszawa 2002; außerdem: Die »Jedwabne-Debatte« in polnischen Zeitungen und Zeitschriften, hrsg. von Ruth Henning (= TRANSODRA, Deutsch-polnisches Informationsbulletin, 23.12.2001, Deutsch-polnische Gesellschaft Brandenburg), Potsdam 2001; vgl. Bogdan Musiał, Thesen zum Pogrom in Jedwabne. Kritische Anmerkungen zu der Darstellung der »Nachbarn«, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, N.F., 50 (2002), 2, S. 381–411, und Frank Golczewski, Der Jedwabne-Diskurs. Bemerkungen im Anschluß an den Artikel von Bogdan Musiał, in: ebd., S. 412–437.

⁴³ Vgl. Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, hrsg. von Ulrich Herbert, Frankfurt a.M. 1998.

Geschichtsbilder von der Heimatarmee in der polnischen Nachkriegszeit

Der vierte, abschließende Abschnitt des Bandes ist der polnischen Nachkriegszeit gewidmet. Es geht um die Frage, wie der Mythos der Heimatarmee entstand, welche Rolle er in der Volksrepublik und nach dem Ende des Kommunismus spielte. *Krzysztof Komorowski* leitet diese Diskussion ein und fragt nach der militärischen Aktualität jener Form des Widerstandes, wie ihn die *Armia Krajowa* entwickelt und verkörpert hat. Die These, die während des Zweiten Weltkriegs von der Heimatarmee entwickelten Einsatzformen seien zur Lösung militärischer Aufgaben im 21. Jahrhundert geeignet, wird sicherlich zu Diskussionen anregen. Sie zeigt aber, ebenso wie der folgende Beitrag von *Andrzej Czesław Żak* zur militärischen Traditionspflege, welch hoher Stellenwert der Untergrundarmee in den polnischen Streitkräften bis heute zukommt. Bemerkenswert ist erstens, daß in der Armee Volkspolens schon relativ früh zusätzlich zur staatlich verordneten eine militärische »Parallelüberlieferung« wirksam war, welche die *Armia Krajowa* mit einbezog. Zweitens fällt auf, daß anscheinend die Verantwortlichen für politische Bildung und Traditionspflege nach der polnischen Unabhängigkeit zwar die Heimatarmee als Trägerin der polnischen Militärtradition im Zweiten Weltkrieg und von allgemeingültigen soldatischen Universaltugenden in den Mittelpunkt stellten, sich bei der Vermittlung aber weiterhin der Verfahren der Volksrepublik bedienten. Ein Beispiel für den ambivalenten Umgang mit der *Armia Krajowa* in der Nachkriegs-ära liefert auch *Krzysztof Lesiakowski*. Er behandelt das Beispiel des polnischen Generals *Mieczysław Moczar*, während des Krieges unter anderem Kommandeur der Volksarmee (AL) im Raum Kielce, der in den sechziger Jahren an der Spitze einer politisch inhomogenen Gruppe von Gefolgsleuten in Polen nach Macht und Einfluß strebte. *Moczar* und seine als »Partisanen« bezeichneten Anhänger suchten als radikale nationalistische Kommunisten ihre Klientel auch unter den Veteranen der Heimatarmee bzw. in deren halb- oder illegal operierenden Zusammenschlüssen – und neigten dabei zu einer verdeckt antisowjetischen Haltung. *Rafał Habielski* versucht die Leistungen der Angehörigen der Heimatarmee einzuordnen, die nach dem Krieg im Exil lebten, dort die Erinnerung an die Heimatarmee wachhielten und sie mitunter auch verklärten.

Tomasz Markiewicz nimmt den Leser mit auf einen Spaziergang zu den materialen Zeugnissen der Erinnerungskultur in Warschau. *Markiewicz* berichtet von den offiziellen Versuchen, nach Kriegsende der staatlich verordneten Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und den kommunistischen Rettern Polens Denkmäler zu setzen und gleichzeitig dem kollektiven Gedächtnis der Warschauer Bevölkerung gerecht zu werden. Diese hatte Krieg und Warschauer Aufstand selbst miterlebt und war darum nicht von allzu einfachen Propagandaformeln zu überzeugen, die der Heimatarmee ihre Verdienste als Trägerin des bewaffneten Widerstandes absprachen. Den Kampf um die Erinnerung kann der Leser anhand einiger Abbildungen und auf einer Übersichtskarte des heutigen Warschau nachvollziehen (vgl. Karte im Anhang).

Einen abschließenden, zentralen Themenblock bilden die Aufsätze von *Rafał Wnuk*, *Edmund Dmitrów* und *Barbara Szacka*. Wnuk untersucht den kommunistischen Mythos, die Generation der Heimatarmee-Kämpfer sei für die »falschen« politischen Ziele mißbraucht und nach dem Krieg verbraucht und »ausgebrannt« gewesen – und damit unfähig, den notwendigen und zukunftsweisenden Umbau der polnischen Gesellschaft in Angriff zu nehmen, dessen sich dann die polnischen Kommunisten annahmen. Wnuks Untersuchung ist keine kollektive Biographie im wissenschaftlichen Sinne. Vor dem Hintergrund der polnischen Zwischenkriegszeit erzählt sie einzelne, gut dokumentierte Lebensgeschichten, die durch die Jahre im Untergrund und durch das *Erlebnis* der *Armia Krajowa* geprägt sind. Diese vermitteln solcherart eine Vorstellung von der inneren Konsistenz der Heimatarmee und auch von den Gründen für die Opferbereitschaft ihrer Mitglieder. Edmund Dmitrów faßt die polnische Historiographie und deren kontroverse Interpretationen von Krieg, Besatzung und Widerstand zusammen. Sein Aufsatz ist gleichzeitig ein Resümee dieses Sammelbandes. Mit soziologischen Methoden hat schließlich Barbara Szacka analysiert, welche Bedeutung die *Armia Krajowa* im polnischen kollektiven Gedächtnis der Nachkriegszeit einnahm, und wie sich ihr Stellenwert im Verlauf der kommunistischen und in der postsowjetischen Ära veränderte. Szacka schlägt dabei eine Brücke von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu jenen nationalen Motiven der Zwischenkriegs- und Teilungszeit, bei denen auch dieses Buch seinen Ausgang nimmt.

Antworten und Fragen

Einleitend wurde danach gefragt, *was* die Heimatarmee war, und worin ihre Leistung für Polen und die polnische Gesellschaft bestand. Eine griffige Kurzformel läßt sich zur Beantwortung dieser Frage nicht finden. Die *Armia Krajowa* verkörperte tatsächlich den polnischen Widerstand und die polnische Nation, weil sie auf eine lange historische Tradition und auf zahlreiche Mythen zurückgreifen konnte, die sie in Verbindung mit den realen Kriegsereignissen selber zum Mythos werden ließen. Die Beiträge dieses Bandes sind methodisch wie von ihrem Erkenntnisinteresse her höchst unterschiedlich. Aber alle beschreiben sie unterschiedliche Aspekte ein- und desselben Phänomens. In ihrer Gesamtheit vermitteln sie eine Vorstellung von den Rahmenbedingungen, unter denen Widerstand im besetzten Polen möglich war. Diese waren geprägt von der menschenverachtenden Politik einer brutalen Besatzungsmacht, die Polen aus rassenideologischem Kalkül dem Untergang weihte. Hinzu kamen – regional sehr unterschiedlich – nationale und ethnische Spannungen sowie territoriale Fragen, welche ein guter Nährboden dafür waren, aus den Höhen eines idealen Widerstandsethos' in den Sumpf von Gewalt, Raub, Mord und ethnischen Säuberungen abzustürzen. Hiergegen war weder die Heimatarmee gefeit, die nach zwei Seiten hin einen chancenlosen Kampf zu führen hatte, noch irgendeine andere Widerstandsgruppe, welcher politischen, nationalen und weltanschaulichen Couleur auch immer. Diese Realität des Krieges

scheint in vielen Beiträgen des Sammelbandes durch, auch wenn bei manchen Autoren die *Erzählung* von der Untergrundgesellschaft und ihren militärischen Leistungen im Vordergrund steht.

Vieles ist in den vergangenen Jahren über narrative Konstruktionen geschrieben worden und darüber, wie aus dem Krieg das vielbeschworene »Kriegserlebnis« wird⁴⁴. Im vorliegenden Buch kommt das Wort »Diskursanalyse« nur am Rande vor. Die meisten Autoren bedienen sich klassischer Methoden der Geschichtswissenschaft und ihrer Teildisziplinen, darunter Militär-, Diplomatie-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte⁴⁵. Sie rekonstruieren Strukturen, Ereignisfolgen und Beziehungsgefüge. Für eine umfassende Synthese und Deutung des Phänomens »Armia Krajowa« fehlen bislang noch die Grundlagen. Diese für die weitere Diskussion über den Stellenwert der Heimatarmee zugänglich zu machen, ist ein Anliegen dieses Buches.

Schließlich hat ein weiterer, sehr einfacher Grund die Herausgabe des Sammelbandes motiviert. Wer seinen Nachbarn kennenlernen möchte, sollte sich mit dessen Vergangenheit befassen. Dies gilt um so mehr, wenn, wie im Fall deutsch-polnischer Nachbarschaft, das Jahrhunderte währende Nebeneinander und Miteinander auch Phasen fürchterlicher Auseinandersetzungen und Verbrechen aufweist, wie Krieg und Holocaust, aber auch die Vertreibungen der Nachkriegszeit. Während sich das NATO-Mitglied Polen bereit macht, der Europäischen Union beizutreten, nimmt der Dialog über diese Geschichte erst langsam Gestalt an. Dies, und hierfür sind vor allem die Aufsätze im dritten Abschnitt dieses Buches, aber auch im Kapitel über die polnische Nachkriegszeit ein Beispiel, gilt für Polen, die Ukraine und Weißrußland gleichermaßen. Es trifft aber auch auf Deutschland zu, wo die Historisierung des Krieges und seiner Geschichte, bezogen auf Polen, immer noch einen weiten Weg vor sich hat. Diese Historisierung zu befördern, ist der Sinn dieser Arbeit. Die Kenntnis der Perspektiven und Interpretationen der »anderen« wird hoffentlich die Diskussion und das Nachdenken darüber voranbringen, wo eigene Sichtweisen ihren Ursprung haben. Für diesen Prozeß sind Geschichte und Mythos der polnischen Heimatarmee ein gutes Beispiel.

* * *

Bernhard Chiari, Dr. phil., geb. 1965, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam.
E-mail: bernhardchiari@bundeswehr.org

⁴⁴ Vgl. Eva Horn, Erlebnis und Trauma. Die narrative Konstruktion des Ereignisses in Psychiatrie und Kriegsroman, in: *Modernerität und Trauma. Beiträge zum Zeiteumbruch des Ersten Weltkrieges*, hrsg. von Inka Mülder-Bach, Wien 2000, S. 131–162, oder die einführenden Bemerkungen von Bruno Thoß zum Abschnitt »Erinnerungskulturen und Nachkriegszeiten«, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität* (wie Anm. 2), S. 635–640.

⁴⁵ Vgl. Bernhard Chiari, Militärgeschichte. Erkenntnisgewinn und Praxis, in: *Perspektiven der Historischen Friedensforschung. Frieden und Krieg*, hrsg. von Benjamin Ziemann, Essen 2002, S. 286–302.

I.

Die Heimatarmee und ihr historisch-militärisches Umfeld

Bernd Martin

Barrieren – Brücken – Barrikaden.
Historische Perspektiven deutsch-polnischer
Nachbarschaft im 19. und 20. Jahrhundert

Warschau, seit 1596 die Hauptstadt Polens, fiel in den letzten beiden Jahrhunderten zusammen mit zentralen Teilen des Landes insgesamt dreimal unter deutsche Militärherrschaft. Beim ersten Mal schieden die Deutschen, allesamt preußische Beamte und Militärs, als aufrichtige Freunde der Polen. Als der preußische Militär-gouverneur, General Ludwig v. Köhler, im November 1807 dem neuen polnischen Statthalter von Napoleons Gnaden, Józef Poniatowski, die Amtsgeschäfte über-trug und die Stadt verließ, huldigte ihm die »Warschauer Zeitung« mit den Worten: »Das von Güte und Milde geleitete Regiment dieses Beamten gewann ihm die allgemeine Liebe und Verehrung; er schied, begleitet von dem Segen und den gu-ten Wünschen der Einwohner, denen er Herrscher und Freund zugleich war, um dafür ihre dauernde Dankbarkeit und Hochachtung zu finden!.«

Beim zweiten Mal, genau 111 Jahre später am Ende des Ersten Weltkrieges, wurden die Deutschen, deren Gastrecht nach dem militärischen Zusammenbruch des Reiches abgelaufen war, aus der Hauptstadt des nunmehr wieder zu begrün-denden polnischen Nationalstaates hinauskomplimentiert. Der neue Regierungschef Józef Piłsudski wurde noch schnell unter militärischem Ehrengelait aus Mag-

¹ Joachim Rogall, *Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen*, Berlin 1996 (= Deutsche Geschichte im Osten Europas, 6), S. 188. – Die folgenden Überlegungen fassen Gedanken und Interpretationen zusammen, die ich bereits in vorangegangenen Abhandlungen dargelegt habe. Zu nennen sind vor allem: a) Deutschland, Europa und Polen. Historische Hypothesen und zukunftsweisende Perspektiven, in: *Polen und Deutsche*, hrsg. von Zygmunt Zieliński, Lublin 1994, S. 204–230; polnische Fassung: *Niemcy, Europa i Polska. Historyczna hipoteza i perspektywy na przyszłość*, in: *Rola Niemiec w procesach rozwojowych Europy XIX/XX wieku*, hrsg. von Antoni Czubiński, Poznań 1995, S. 407–426; b) *Der Warschauer Aufstand 1944*, hrsg. von Bernd Martin und Stanisława Lewandowska, Warschau 1999; polnische Fassung: *Powstanie Warszawskie 1944*, praca zbiorowa pod redakcją Stanisławy Lewandowskiej i Bernda Martina, Warszawa 1999; c) Die internationale Lage im Sommer 1944: Interalliierte Zusammenarbeit – Anfänge des Kalten Krieges, in: ebd., S. 39–56; d) *Widziane z niemieckiej strony*, in: *Gazeta Wyborcza*, 1.8.1999; Auszüge auf Deutsch unter dem Titel: *Der Warschauer Aufstand 1944. In Deutschland verdrängt und vergessen – Trauma und Heldenepos in Polen*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 49 (1999), 4, S. 43–45; e) *Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Polen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Clausewitz-Protokolle 3/2001*, hrsg. vom Clausewitz-Zentrum Hamburg, S. 12–31; f) *Masuren – Mythos und Geschichte*, 3. Aufl., Karlsruhe 2002; polnische Ausgabe: *Mazury – mity i historia*, Warszawa 2000. In diesen Abhandlungen auch weiterführende Literatur, im folgenden werden nur Zitate belegt und einige weitere Titel angeführt.

deburger Festungshaft nach Warschau verbracht. Dann zog der deutsche Generalgouverneur Hans Hartwig v. Beseler nach friedlich verlaufener Entwaffnung der deutschen Garnisonstruppen mit diesen und seinen Stäben ab. Nachrufe auf eine segensreiche Tätigkeit der Deutschen in ihrer gut dreijährigen Besatzungszeit fanden sich nicht in der polnischen Presse, die vollauf mit der Bildung des neuen Staatswesens beschäftigt war. Doch zollten dem General insgeheim viele Polen, vor allem jüdischer Abstammung, für die in wenigen Jahren geleistete Aufbauarbeit Hochachtung.

Beim dritten Mal, am 17. Januar 1945, flüchtete der deutsche Generalgouverneur Hans Frank »bei herrlichstem Winterwetter und strahlendem Sonnenschein«², wie er gleichsam zur Erleichterung seines Gewissens dem Diensttagebuch anvertraute, aus dem Königsschloß in Krakau nach Westen, verflucht und gehaßt von einem ganzen Volk, das unter seiner Terrorherrschaft an den Rand der physischen Vernichtung gekommen war. Der oberste deutsche Statthalter war zur Inkarnation des Bösen, zum Symbol deutscher Untugenden geworden. Der deutsche Teufel wurde, obgleich neben Albert Speer der einzige Hauptkriegsverbrecher, der in Nürnberg zu seinen Untaten stand, vom alliierten Militärtribunal wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 hingerichtet. Aus polnischer Sicht war er lediglich Anführer einer mörderischen Verbrecherbande gewesen, die alle in militärischer oder ziviler Position im besetzten Polen tätigen Deutschen umfaßte und, nach Kriegsende, auch die sich noch in Polen aufhaltenden Deutschen, vor allem in den neuen Westprovinzen, einschloß.

Deutsch wurde synonym für verbrecherisch, auch wenn der Begriff mit Rücksicht auf den neu geschaffenen sozialistischen deutschen Bruderstaat bald durch das Kunstwort »hitlerfaschistisch« abgelöst wurde. Nunmehr sollten alle Deutschen, die sich nicht zur neuen kommunistischen Weltordnung bekennen wollten oder konnten, als »Hitlerfaschisten« am polnischen Pranger beschimpft werden. Das Tischtuch zwischen Polen und Deutschen, zu dessen endgültigem Zerschneiden einst Generalgouverneur Frank seine Mitarbeiter ermahnt hatte, war tatsächlich zerschnitten und blieb trotz sozialistischer Anknüpfungsbestrebungen von beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie über zwei Jahrzehnte getrennt. Erste Fäden wurden in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gesponnen – doch Zerreißproben hielt diese behelfsmäßige Verbindung noch lange nicht aus. Erst mit der deutschen Wiedervereinigung und den beiden grundsätzlichen Abkommen mit Polen über die Endgültigkeit der Grenze und dauernde Freundschaft wurde das zerschnittene Tischtuch überhastet und oftmals von wohlmeinenden, aber unbeholfenen Händen ein wenig schief zusammengenäht. Auch wenn mit dem NATO-Beitritt Polens (1999) sogar ein Multinationales Korps Nordost in Szczecin (das nunmehr sogar auch amtlich wieder Stettin heißen darf) deutsch-polnisch(-dänisches) militärisches Miteinander demonstriert, besteht nach wie vor eine große Asymmetrie in den beidseitigen Beziehungen.

² Hans Frank, Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 3.

Selbst wenn der Kreis militärischen Einvernehmens nach zweihundert Jahren wieder geschlossen scheint, das herzliche Verhältnis zwischen vom Geist der Aufklärung gemeinsam erfaßten Preußen und polnischem, noch dazu meist deutsch bestimmtem Bürgertum, wie einst in Warschau um 1800, ist längst noch nicht wieder erreicht. Die mentalen Barrieren, in der Geschichte der wechselseitigen Beziehungen entstanden und politisch instrumentalisiert, und die Barrikaden, heiß umkämpft im Warschauer Aufstand 1944, stehen bislang einem normalisierten, alltäglich nachbarschaftlichen Verhältnis im Wege.

Auch die Geschichtswissenschaft beider Länder hat die Vergangenheit im Sinne einer Gestaltung der Gegenwart benutzt und folglich laufend entstellt. Die deutsch-polnische Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte wird in Polen – verständlicherweise nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs – als Tal der Finsternis hingestellt, aus dem lediglich bei genauerem Hinsehen einige helle Punkte aufleuchten. Die polnische Seite thematisierte jahrzehntelang den ewigen deutschen Drang nach Osten³: Von Tannenberg 1410, der ersten entscheidenden deutschen Niederlage, führte eine Traditionslinie bis in das Jahr 1945, der endgültigen Niederlage der Deutschen. Kreuzritter und Angehörige der SS wurden aus dieser Perspektive miteinander gleichgesetzt und der erste Kanzler der Bundesrepublik im Ornat des Deutschen Ordens nur zu gern in diese Traditionslinie eingereiht. In Grunwald ist dieses Geschichtsverständnis 1960 zur 550-Jahr-Feier der Schlacht von kommunistischer Hand in Granit gehauen worden. Dieses Nationaldenkmal, im Sommer von polnischen Schulklassen und Touristen umschwärmt, hat den Sturz des Kommunismus bislang unbeschadet überstanden.

In Deutschland wiederum lagen über jeder wissenschaftlichen Beschäftigung mit den historischen deutschen Ostgebieten die Schatten der Vertreibung von Millionen Deutschen und den dabei ums Leben gekommenen Menschen. Jede Analyse des deutsch-polnischen Verhältnisses aus deutscher Feder lief daher Gefahr, entweder als »Vertriebenenliteratur« vereinnahmt oder als propolnische »Liebedienerei« attackiert zu werden. Das Feld wurde daher in Deutschland bis vor zehn Jahren der amtlichen Geschichtsschreibung der westdeutschen Vertriebenenverbände oder sozialistischer Historiker in der DDR überlassen. Beide verbanden miteinander, wenn auch insgeheim, negative Klischees vom Nachbarland, wie das unausrottbare, schon von Friedrich dem Großen etwas eleganter formulierte Schlagwort von der »Maladie polonaise«.

Die jüngste Debatte über ein Denkmal für die deutschen Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs mag als Ausläufer eines emotional befrachteten Dialoges mit Polen gelten. In dem Streit hat die polnische Seite mit ihrem Vorschlag, ein Denkmal für alle, deutsche wie polnische Vertriebene gemeinsam, in Breslau zu errichten, einen bemerkenswert nüchternen Standpunkt eingenommen. Die schlesische Hauptstadt mit 630 000 fast ausschließlich deutschen Bewohnern bei Kriegsbeginn hat schließlich als polnisches Wrocław 1945 den größten Bevölke-

³ Hartmut Boockmann, *Der Deutsche Orden*, 3. Aufl., Berlin 1989; Wolfgang Lippermann, *Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik*, Berlin 1979.

rungsaustausch zwischen Deutschen und Polen erlebt. Historisches Erinnern, in Form von Denkmälern, kann glaubhaft nur in polnisch-deutschen Gemeinschaftswerken vermittelt werden. Nationale Denkmäler dienen in der Regel der Förderung eines einseitigen Geschichtsverständnisses oder lassen sich zumindest dafür mißbrauchen.

Die Geschichte Polens der letzten zwei Jahrhunderte, bestimmt von Unfreiheit und Unfrieden, läßt sich kaum auf das preußisch-polnische bzw. deutsch-polnische Verhältnis reduzieren. Das Mirakel des Hauses Brandenburg und das Debakel der (Adels-)Republik Polen stehen nicht in einem ursächlichen Zusammenhang. Der Aufstieg Preußens zur deutschen Führungsmacht vollzog sich nicht, wie es unter dem Schlagwort der »negativen Polenpolitik«⁴ nur zu gern subsumiert wird, auf Kosten Polens. Die polnischen drei Teilungen brachten Preußen zwar einen territorialen Gewinn, vor allem die Verbindung mit Ostpreußen, stellten jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht immer eine Belastung dar, die durch die nationalen Kämpfe des 19. Jahrhunderts noch schwerer wog. Preußens Stärke basierte daher nicht, wie es polnische Schlagworte suggerieren, auf dem Landraub, sondern auf seiner wirtschaftlichen Erstarkung in Schlesien und den erst 1815 erhaltenen Rhein-Ruhr-Territorien. Otto v. Bismarck als bestgehafter Politiker Preußens vollzog die deutsche Einigung nach seinen Worten auf der Grundlage von Blut und Eisen, das heißt in Kriegen, in Wirklichkeit jedoch mit Hilfe von Eisen und Kohle, der schwerindustriellen Basis des Landes.

Nach der dritten polnischen – der endgültigen – Teilung war die Hälfte des preußischen Staatsgebietes ursprüngliches Territorium der polnischen Republik, über ein Drittel der Einwohnerschaft bestand aus Polen. Die preußische Verwaltung in den neu hinzugewonnenen Gebieten »Neusüdostpreußens« scheint nicht übermäßig effizient gewesen zu sein, dennoch aber wirtschaftliche Verbesserungen auf dem Lande und das kulturelle Leben in den größeren Städten gefördert zu haben.

Der aus Königsberg stammende Regierungsassessor, Komponist und Gespenstergeschichten-Erzähler E.T.A. Hoffmann wurde wegen bössartiger Karikaturen seiner Vorgesetzten, die er allesamt als Schlafmützen zeichnete, von Posen nach Plock an der Weichsel strafversetzt, von wo er schließlich nach Warschau gelangte. Dort verpaßte er in der preußischen Behördenresidenz, in der *ulica Freta* zwischen Alt- und Neumarkt gelegen, den Juden Familiennamen – nach Belieben, Lust und Laune. Die blaue Blume der Romantik fand sich vielgestaltig in den neuen jüdischen Namen wieder. Im wesentlichen widmete sich der preußische Regierungsbeamte der Förderung der Künste und des musikalischen Lebens in Warschau. Als die Preußen nach der Niederlage gegen Napoleon diese Gebiete verlassen mußten, wurde E.T.A. Hoffmann wie manch andere seiner Amtskollegen stellunglos – ein

⁴ Klaus Zernack prägte dieses Schlagwort, siehe: Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, hrsg. von Wolfram Fischer und Michael G. Müller, Berlin 1991; vgl. auch Zernacks grundlegende Studie aus östlicher Perspektive: Polen und Rußland. Zwei Wege in die europäische Geschichte, Berlin 1994; ähnlich im Ansatz: Martin Schulze-Wessel, Rußlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697-1947, Stuttgart 1995.

Vorgang, der sich 1919 nach Abtretung der Ostgebiete Preußens wiederholen sollte und antipolnische Ressentiments schüren half.

Im Jahre 1806 schieden die Preußen anscheinend ohne Bitterkeit. Noch zur Zeit der Besetzung waren auf deutscher wie auf polnischer Seite Pläne erörtert worden, aus Preußen und Polen eine Doppelmonarchie nach dem Vorbild der Wettiner zu machen und auf diese Weise zumindest Zentralpolen ein hohes Maß an Unabhängigkeit unter dem Hohenzollernherrscher zu gewähren. Die preußischen Reformen rückten von dem Gedanken einer staatlichen Union erst einmal wieder ab, wollten jedoch den polnischen Landesteilen Autonomie unter der preußischen Krone einräumen. Polen als wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu betrachten und den polnischen Landesteilen ein hohes Maß an Selbständigkeit zu geben, verpflichteten sich schließlich 1815 auf dem Wiener Kongreß die drei Teilmächte Preußen, Österreich und Rußland.

Die dem Metternichschen monarchischen Prinzip verhafteten drei Ostmächte behandelten jedoch Polen rasch als Bindeglied, um die restaurative Ordnung im eigenen Lande wie in Mittel- und Osteuropa überhaupt zu stärken. Das gemeinsame Interesse an Polen und seiner Aufteilung blieb nahezu hundert Jahre lang, bis 1914, der Kitt, der die drei Monarchien zusammenhielt und den Osten Europas sowohl vor Kriegen als auch größeren revolutionären Erschütterungen bewahrte. Die polnische Frage wurde im 19. Jahrhundert zu einer außenpolitischen Allianzfrage der drei Ostmonarchien und keinesfalls eine ausschließlich auf Preußen und Bismarck reduzierte Problematik. Für nationalpolnische Einheitsbestrebungen blieb daher schon aus Gründen der Staatsräson der multiethnisch zusammengesetzten Monarchien wenig Spielraum. Die russische Autokratie reagierte auf den wiedererwachenden polnischen Nationalismus am heftigsten. Nach zwei blutig niedergeschlagenen polnischen Aufständen (1831 und 1863) wurde das sogenannte Kongreßpolen rücksichtslos russifiziert. Die russische Knute sorgte in diesen polnischen Teilen für Friedhofsruhe und verhinderte bis zum Weltkrieg auch weitgehend jegliche Form der Modernisierung. Der russische Teil Polens wurde auf den Status eines zentralrussischen Gouvernements gedrückt, die einstige europäische Metropole Warschau in den Rang einer russifizierten Verwaltungshauptstadt hinabgestuft.

Die gewaltsame Beseitigung aller europäischen Bezüge der polnischen Hauptstadt sollte schließlich im Zweiten Weltkrieg erneut zum Hauptanliegen einer Besatzungsmacht werden, diesmal der deutschen. Eine ausdrückliche Weisung Adolf Hitlers sah die Umwandlung Warschaus in eine die Weichselübergänge sichernde deutsche Kleinstadt vor. Als diese Zielsetzungen Ende 1944 utopisch wurden, sollte die Stadt auf Befehl der deutschen Führung dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Rote Armee übernahm im Januar 1945 ein Trümmerfeld, das sich für einen kommunistisch-sozialistischen Wiederaufbau geradezu anbot, bei dem die alte Verbindung zu Europa weiterhin gekappt gewesen wäre. Doch ein auch durch die Kriegsergebnisse ungebrochenes historisches Nationalbewußtsein der Polen verhinderte es, daß aus Warschau ein stalinistisches Prunkstück wurde. Statt des-

sen wurde mit dem historischen Wiederaufbau der Altstadt demonstriert, daß Polen trotz erneuter russischer Bevormundung zu Europa gehöre.

Dieser Bezug auf ein freiheitliches Europa friedlich miteinander verbundener Nationalstaaten, heute die polnische Idealvorstellung von der Form einer nach Osten erweiterten Gemeinschaft, bildete im Völkerfrühling des Vormärz das einigende Band zwischen den deutschen Liberalen und den polnischen Freiheitskämpfern. Als Hort der Reaktion galt südwestdeutschen Bürgerlichen und polnischen, häufig adeligen Emigranten bei ihren Verbrüderungsfeiern, wie 1832 auf dem Hambacher Schloß, die russische Autokratie. Berlin und Wien erschienen den Demokraten beider Länder als russische Vorposten in Deutschland, um sowohl die nationale Einigung zu hintertreiben als auch alle Freiheitsbestrebungen im Keime zu ersticken.

Doch diese »Polenschwärmerei«⁵ der deutschen Liberalen war letztlich unaufrichtig bzw. rein emotional, da sie nicht von einer Gleichrangigkeit beider Völker ausging. Die Deutschen feierten die polnischen Helden, um sich selbst in ihrem angestrebten Aufbegehren gegen die eigene Obrigkeit Mut zu machen. Die Polen waren den deutschen Liberalen Vorbilder im Kampf gegen die Reaktion, aber keine gleichrangigen Verbündeten. Als es in Deutschland selbst zu revolutionären Erhebungen im Jahre 1848 kam, wurden die östlichen slawischen Nachbarn als Störenfriede schnell fallengelassen. Fortan gingen der deutsche und der polnische Nationalismus ihre eigenen Wege, die jedoch im Falle einer Nationalstaatsgründung auch nur einer Seite einander kreuzen mußten. Denn zwischen Deutschen und Polen bestand im Osten, ganz anders als im Westen gegenüber Frankreich, keine klare ethnische Scheidelinie. Über eine Region von fast tausend Kilometern lebten bei wechselnder Dominanz Deutsche und Polen in einem weitläufigen Siedlungsraum nebeneinander.

Polens Selbstdeutung als Messias unter den Völkern, das allein berufen sei, durch seinen Freiheitskampf auch die anderen unfreien Völker zu erlösen, erfuhr durch die Abspaltung der deutschen Liberalen eine Kräftigung. Polen stand nunmehr allein als Märtyrer da. Freiheitsideale der romantischen Literatur, die erstmals im griechischen Freiheitskampf anklangen (Lord Byron), wurden nunmehr auch auf Kampf und Leiden des polnischen Volkes übertragen. Polens populärster romantischer Dichter, Adam Mickiewicz, entdeckte 1832 die polnische Seele, die aus den toten polnischen Helden auferstanden sei, um eines Tages, in das polnische Volk zurückgekehrt, alle Völker Europas aus der Knechtschaft zu befreien. Das polnische Unabhängigkeitsstreben wurde fortan immer romantisch verklärt, der Kampf um des Kampfes willen ohne Hoffnung auf Sieg geführt, der Tod als gottgewolltes Martyrium verinnerlicht. Romantik und Religion blieben bei allen Erhebungen bis in die jüngste Zeit des politischen Wandels der 1980er Jahre (Solidar-

⁵ Eberhard Kolb, Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zur Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum, 25 (1975), S. 111–127; siehe auch: Manfred Kittel, Abschied vom Völkerfrühling? National- und außenpolitische Vorstellungen im konstitutionellen Liberalismus 1848/9, in: Historische Zeitschrift, 275 (2002), 2, S. 333–383, zu den Polendebatten in der Paulskirche S. 357 ff.

ność) aufs engste mit dem Streben nach persönlicher Freiheit und nationaler Unabhängigkeit verwoben. Der von deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg so gefürchtete, aber auch, wie im Warschauer Aufstand 1944, bewunderte Fanatismus der Soldaten der Heimatarmee, auch in aussichtsloser Lage diszipliniert bis in den Tod hinein zu kämpfen, gründete in einer religiös-romantischen Märtyreriologie.

Mit dem Funktionswandel des deutschen Nationalismus, der Abkehr der Liberalen in der großen Polendebatte der Paulskirche (24. bis 27. Juli 1848) von der europäischen Solidarität hin zum Prinzip des ethnisch geschlossenen Nationalstaates, war einem deutsch-polnischen politischen Ausgleich längst der Weg verbaut, bevor Bismarck in seiner antipolnischen Realpolitik die Konsequenzen daraus zog. Vor der Reichsgründung bahnte sich als Folge dieser liberal-nationalistischen Selbstzentrierung ein deutsches Überlegenheitsgefühl an, dem die Polen nunmehr als verdummtes Bauernvolk, von jüdischen Schacherern und einem leichtlebigen Adel ausgeplündert, in negativen Klischees entsprechen mußten. Schon in der Paulskirche waren aus liberalem Munde Worte zu vernehmen gewesen, die eine großdeutsche Mission gegen das Vordringen der Slawen auf dem Balkan, bis hin an den Bosphorus, beschworen.

Chauvinistisch-irrationales Gedankengut griff nunmehr auch im deutschen Bürgertum um sich. Träume einer preußisch-deutschen Weltgeltung reiften, die lange vor der Reichsgründung als Reflex eines irredentistischen Nationalismus zu sehen sind und nach 1871 den vermeintlich zu spät und zu kurz gekommenen Nationalstaat kompensieren halfen. Völkische Feindbilder entstanden, völkische Kampfverbände, wie etwa der Ostmarkenverein, formierten sich, um die in der Geschichte unterlegenen Polen – hatten sie es doch nicht so weit gebracht wie die Deutschen – in ihre Schranken zu weisen. Hatte Heinrich Heine das polnische Selbstbild von der Wiederauferstehung des Landes übernommen und den emphatischen Glaubenssatz »Polen ist noch nicht verloren« unterstrichen, so sprach Ernst Moritz Arndt, wortgewaltiger Poet deutscher Staatlichkeit, bereits 1848 abfällig vom »Polenlärm«. Mit Gustav Freytags Roman »Soll und Haben« (1855), der zum bürgerlichen deutschen Bildungskanon bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus gehörte, hatten die Stereotype vom unterlegenen Polen zusammen mit dem Schlagwort von der »polnischen Wirtschaft« literarische Geltung erfahren. Ein noch zehn Jahre zuvor schwärmerisch-positives Polenbild hatte sich vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse in ein negatives gewandelt. Im Zuge der deutschen Staatswerdung ging der deutsche Nationalismus in die Offensive und zwang die nach wie vor in einem geteilten Lande lebenden Polen in die Defensive.

Der mit harten Bandagen ausgefochtene deutsch-polnische Nationalitätenkonflikt in der preußischen (Reichs-)Provinz Posen wurde von beiden Lagern aus ihrem Selbstverständnis heraus reaktiv geführt. Schließlich antwortete man ja nur auf die Provokationen der »frechen Polen« oder der »selbtherrlichen Deutschen«⁶. Doch bei aller gegenseitigen Eskalation wurde die Auseinandersetzung in stärkerem Maße durch Berliner Verordnungen bestimmt als durch polnische Defensiv-

⁶ Sabine Grabowski, *Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarkenverein und die polnische Straż 1894–1914*, Marburg 1994.

maßnahmen. Bismarcks Angriffe auf die katholische Kirche, die Sprachverordnungen und nicht zuletzt die Ansiedlungspolitik mußten die in der Provinz Posen zahlenmäßig dominierenden Polen herausfordern. Die polnische Seite begann, das preußisch-deutsche Vorgehen unter umgekehrten, nunmehr manchmal auch expansionistischen Vorzeichen zu kopieren.

In der historischen Literatur der beiden späteren Nobellaureaten feierte das Bild von den preußischen Landräubern seit der Zeit des deutschen Ordens fröhliche Urständ. In dem Roman »Die Kreuzritter« von Henryk Sienkiewicz und in Schriften von Władysław Reymont, wie dem fiktiven Tagebuch eines Posener Lehrers, wird das Bild vom kriegslüsternden, aggressiven Deutschen gezeichnet. Die Lektüre dieser Schriften oder etwa das Schwur-Gedicht von Maria Konopnicka, unter dem Eindruck des Schulstreiks von 1902 verfaßt, gehört bis heute zum polnischen literarischen Bildungskanon⁷. Stereotypen entstanden auf beiden Seiten und wurden, von der bildungsbürgerlichen Elite beider Länder internalisiert, zu politischen Schlagworten, um die im Grunde unpolitischen und von den Nationalitätenkämpfen kaum berührten Massen in dem ethnischen Mischgebiet aufzuheizen.

In der Realität des Alltags hatte diese deutsch-polnische Auseinandersetzung keine vollständige Abschottung beider Länder oder etwa militante Ausschreitungen zur Folge, sondern förderte eher ein Konkurrerieren, vor allem im Wirtschaftsleben. Der hohe Entwicklungsstand der einst preußisch beherrschten polnischen Teilungsgebiete hat sich bis heute gehalten; die Posener bezeichnen sich noch immer gern als Preußen Polens. Auch die polnischen Wehrpflichtigen leisteten bis zum Ende der Monarchie ohne Murren ihren Wehrdienst ab und kämpften im Ersten Weltkrieg für einen Sieg des Deutschen Reiches. Selbst die polnischen Abgeordneten im Preußischen Landtag und ab 1871 im Deutschen Reichstag gaben sich in ihrem Abstimmungsverhalten, obwohl von Bismarck als Reichsfeinde gebrandmarkt, meist regierungskonform⁸. Dies trifft selbst für den späteren Insurgentenführer, Wojciech Korfanty, bei den schlesischen Aufständen zu, der über ein Jahrzehnt der polnischen Fraktion im preußischen Landtag vorstand. Auf höchster wie auf unterer Ebene war das Klima zwischen Deutschen und Polen in der Monarchie noch keinesfalls völlig vergiftet. Geifernde Nationalisten waren auf deutscher Seite vor allem unter den Großgrundbesitzern und der meist gegen ihren Willen in den Osten versetzten Beamtenschaft, häufig auch die zweite Garnitur der

⁷ Maria Konopnicka (1842–1910), Rota (Schwur) 1910. Die extrem antideutsche dritte Strophe lautet: »Nicht mehr wird der Deutsche/uns speien ins Gesicht/Die Kinder uns nicht germanisieren/ Bald kommt der Waffen ehernes Gericht/Der Geist wird uns anführen/Blitz nur der Freiheit Goldenes Horn zur Wehr/Dazu verhelfe uns Gott der Herr.« Zit. bei Helga Hirsch, Die ewige preußische Gefahr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.2001; siehe auch Gregor W. Strobel, Die polnische »Preußenkrankheit« und ihre politische Instrumentalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 53/97 (1997), S. 21–33; polnischer revisionistischer Standpunkt: Witold Molik, Die preußische Polenpolitik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zu Forschungsstand und -perspektiven, in: Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, hrsg. von Hans-Henning Hahn und Peter Kunze, Berlin 1999, S. 29–40.

⁸ Demnächst erscheint eine Studie von Albert S. Kotowski (Bonn) zur polnischen Reichstagsfraktion.

preußischen Bürokratie, zu finden. Auf polnischer Seite fochten die wenigen Akademiker in vorderster Front. Ob die polnische Selbstbehauptung nicht langfristig und auch zwangsläufig in einen Assimilationsprozeß übergegangen wäre, läßt sich aufgrund der Heiratsstatistiken mutmaßen. Jede zehnte Ehe war eine Mischehe und führte nicht selten zur Germanisierung des Partners.

Im Vergleich zur Friedhofsruhe im russischen Teil Polens und der Nonchalance der Österreicher in Galizien nahm sich die preußische Herrschaft, die sich immerhin den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlte, vorteilhaft aus. Die Provinz Posen war zu Beginn des Weltkrieges wirtschaftlich hoch entwickelt, das Analphabetentum nahezu beseitigt, und auch kulturell war sie auf der europäisch bestimmten Höhe ihrer Zeit. Die Polen in Posen waren gelehrige, bisweilen aufbegehrende Schüler der Deutschen gewesen, in der Provinz selbst entstand mehr oder minder eine Gleichrangigkeit beider Volksgruppen. Die Chancen für eine weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses wie überhaupt einer polnischen Staatlichkeit waren bei Kriegsbeginn 1914 nicht vollends vertan. Trotz aller ideologischen Barrieren waren noch immer Brückenschläge möglich, zumal wenn es um die gemeinsame Befreiung der von russischer Seite unterdrückten Polen ging.

Die deutsche Seite hat die Möglichkeiten einer positiven Polenpolitik im Ersten Weltkrieg nur zögerlich erkannt und bestenfalls halbherzig umgesetzt. Wohl fochten die polnischen Schützenverbände Józef Piłsudskis, des späteren Gründers und Sachwalters der Zweiten Republik, von Kriegsbeginn an tapfer in den Reihen der österreichisch-ungarischen Armee gegen den russischen Erzfeind. Doch zu einem großzügigen politischen Entgegenkommen konnten sich die Mittelmächte, weder einzeln noch vereint, in den ersten beiden Kriegsjahren durchringen, obgleich ihre Truppen militärisch nach überwältigenden Siegen (Tannenberg) das Feld beherrschten. So blieb es der russischen Seite vorbehalten, die Befreiung Polens vom deutschen Joch zu proklamieren, was angesichts der Zustände im ehemaligen Kongreßpolen und des Zurückweichens der schlecht geführten russischen Armee wenig glaubhaft erschien.

Eine austro-polnische Lösung scheiterte am Widerstand der Ungarn in Wien und grundsätzlichen Bedenken in Berlin gleichermaßen. Die Vereinigung aller polnischen Teilungsgebiete, und somit auch der Provinz Posen, im Rahmen der österreichischen Monarchie hätte eine trialistische Lösung vorausgesetzt, die Beförderung der Slawen zum dritten Staatsvolk, neben Deutschen und Ungarn. Auch das in deutschen liberalen Kreisen favorisierte Mitteleuropa-Konzept fand, obwohl die zivile Reichsleitung sich mit ihm hätte anfreunden können, nicht die Billigung der allgewaltigen deutschen Militärführung. Eine Vereinigung Polens unter der Krone der Wettiner, die das Land in Personalunion bereits zwei Generationen lang – von 1697 bis 1764 – zumindest nominell beherrscht hatten, im Rahmen einer mitteleuropäischen Zollunion wäre ebenso eine tragfähige Alternative gewesen, stieß jedoch auf wenig Gegenliebe in Wien und bei der deutschen Obersten Heeresleitung. Diese strebte eine Grenzregelung unter rein militärischen Gesichtspunkten an. Als Cordon sanitaire bzw. mögliches Aufmarschgebiet gen Osten

sollte aus polnischen Gebieten ein sogenannter Grenzstreifen geschaffen werden, wie er später mit dem nationalsozialistischen Mustergau Wartheland auch realisiert wurde. An einer polnischen Staatlichkeit war den Militärs kaum gelegen. Statt dessen sollte die Aufteilung des Landes mit Rußland offiziell beibehalten werden, um die Chancen eines Sonderfriedens nicht zu vereiteln und Polen weiterhin als möglichen »Kitt« in einem deutsch-russischen Nebeneinander zu benutzen⁹.

Die deutsche Militärführung hat sich auch später, ob unter Hans v. Seeckt oder Walther v. Brauchitsch, immer für eine Teilung des Landes zwischen Deutschen und Russen ausgesprochen. Die einfachste Lösung erschien, wie so häufig, den Militärs als die beste. Die vierte Teilung Polens im September 1939 im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes entsprach vorrangig erneut militärischen Gesichtspunkten beider Seiten, wurzelte aber auch im historischen Gedankengut der Russen, nunmehr sowjetkommunistisch, und der Deutschen, nunmehr nationalsozialistisch überformt. Selbst die Sondierungen über einen möglichen Separatfrieden zwischen den wenige Jahre später zu ideologischen Todfeinden gewordenen Mächten hatten stets eine erneute Aufteilung Polens zum Ziel, um diesen beiden Seiten unbequemen Staat zu beseitigen. In der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes 1944 – nicht ganz zu Unrecht als fünfte Teilung Polens bezeichnet – arbeiteten Hitler und Stalin, aber auch das Militär beider Seiten einander in die Hände. Wenn schon der polnische Staat nicht zu vernichten war, dann sollte wenigstens seine Elite liquidiert und Warschau als Symbol polnischer Eigenstaatlichkeit zerstört werden.

Im Sommer 1915 hatte sich den Polen in Warschau noch ein zukunftsträchtigeres Szenario geboten. Die militärisch geschlagenen Russen rückten als mutwillige Zerstörer polnischen Besitzes ab, die Deutschen wurden als Befreier begrüßt. Um die Polen für die Sache der Mittelmächte einzunehmen, knüpfte der deutsche Generalgouverneur in seinem Herrschaftsbereich, der den nördlichen Teil des russischen Polens umfaßte – der südliche wurde zu einem Militärgouvernement Österreich-Ungarns – an die preußische Polenpolitik in Posen an, ohne jedoch die Repressionsmaßnahmen zu übernehmen. Angesichts einer Analphabetenquote von über 70 Prozent setzte General Beseler auf Kulturpolitik, um die russifizierten Polen nach Europa zurückzuführen und damit für die deutsche Sache zu gewinnen. Die Warschauer Universität wurde in einem Festakt demonstrativ als polnisch-abendländische Bildungsstätte wieder eröffnet¹⁰, polnische Gymnasien in den Städten neu begründet und ein weit verzweigtes, behelfsmäßiges Volksschulwesen aufgebaut. Unterrichtssprache war selbstverständlich Polnisch. Auch die katholische Kirche, ehemals von der orthodoxen unterdrückt und an den Rand gedrängt, erhielt ihre alte, beherrschende Stellung zurück. Das bisweilen etwas forsche Auftreten der preußischen Militärverwaltung wurde zwar in polnischen Kreisen als Bevormundung verübelt, aber doch hingenommen.

⁹ Immanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918*, Lübeck 1960.

¹⁰ Zeitgenössischer Bericht von Richard Bahr, *Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke*, Berlin 1916. Der neue polnische Rektor stellte seine auf polnisch gehaltene Rede unter den Leitsatz: »Wo Latein aufhört, hört Europa auf.«

Hingegen stieß die Befreiung der Juden auf breites Unverständnis in der polnischen Bevölkerung und förderte den polnischen Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit. Wie schon über hundert Jahre zuvor bei der letzten preußischen Besetzung wurden die im Russischen Reich rechtlosen Juden erfaßt und vollständig emanzipiert. Viele dieser von jahrhundertelanger Unterdrückung befreiter Ostjuden meldeten sich daraufhin freiwillig zum Arbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und wanderten in die Großstädte des Reiches ab. Dort stießen sie nicht selten auf eine emanzipierte, materiell gut gestellte, alteingesessene deutsch-jüdische Oberschicht, die alles daran setzte, die unliebsame Konkurrenz zu marginalisieren. Das Problem der Ostjuden, die häufig unter von daheim gewohnten ghettoähnlichen Bedingungen in den Elendsvierteln deutscher Großstädte hausten, entstand und förderte das primitive Klischee vom schmutzigen und stinkenden Juden, dessen sich die nationalsozialistische antisemitische Propaganda dann so erfolgreich bedienen konnte.

Diese unliebsamen Folgen deutscher »kultureller Aufbauarbeit«¹¹ in Polen, von der Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg stolz dem Parlament berichtete, waren kaum absehbar. Hingegen ist der Berliner Regierung das über einjährige Zögern anzulasten, aus dem militärischen Sieg nicht die politischen Konsequenzen gezogen zu haben. Die Proklamation beider Kaiser über eine zukünftige polnische Unabhängigkeit am 5. November 1916 kam zu spät und stellte als umstrittener Kompromiß keine der beteiligten Seiten zufrieden. Der proklamierte selbständige polnische Staat sollte eine konstitutionelle Erbmonarchie sein, über eine eigene Armee verfügen und einer glücklichen Zukunft unter deutsch-österreichischem Schutz entgegensehen. Die genaue Bestimmung der Grenzen des Königreiches blieb allerdings vorbehalten. Als schließlich nur vier Tage später ein gemeinsamer Rekrutierungsaufruf an die männliche polnische Bevölkerung erging, hatte sich die Freiheitsproklamation selbst diskreditiert.

Der Provisorische Staatsrat unter Einfluß von Piłsudski verweigerte bald die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten, da er keine eindeutigen Kompetenzen besaß und entsprechende polnische Forderungen ignoriert wurden. Offensichtlich hatten es die deutschen Militärs nur auf die Gewinnung polnischer Soldaten abgesehen, um die Lücken in den eigenen Reihen zu schließen und die Ostfront zu entlasten. Im Brester Frieden mit der jungen Sowjetmacht übergingen die deutschen Militärs die polnischen Belange schließlich vollständig. Bei der Friedenskonferenz waren nicht einmal polnische Vertreter gehört worden. Statt dessen teilte die deutsche Militärführung in dem »Brotfrieden« mit der Ukraine das urpolnische Gebiet des Chelmer Landes, zwischen Lublin und dem Bug gelegen, dem neuen Verbündeten zu und schürte auf diese Weise den alten Gegensatz zwischen Polen und Ukrainern. Generalgouverneur Beseler vermochte den Spagat zwischen einem »anmaßenden Polentum« und einem »gegen alles Polnische von vornherein einge-

¹¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 22. Sitzung vom 5.12.1915, Bd 306, S. 428 f.; ferner Werner Conze, Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln 1958; Heinz Lemke, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg, Köln 1977.

nommenen Deutschtum«¹² nicht länger auszuhalten. Die deutsch-österreichische Besatzungsherrschaft in Polen war gescheitert. Mit der beginnenden militärischen Niederlage setzten die Polen ohnehin auf die Unterstützung der Westmächte, um mit der Niederlage der drei Teilungsmächte die polnische Selbständigkeit wiederzugewinnen.

Das glücklose deutsche Intermezzo Polens war beendet und hatte schließlich dazu beigetragen, daß ein großpolnisches Staatswesen in Versailles entstand, das alle Anrainer nur herausfordern konnte. In Polen selbst blieb eine gemischte Erinnerung an eine deutsche Besatzung zurück, die wohl manchmal hart, aber meist korrekt vorgegangen war und den Wiederaufbau des ehemals russischen Teils beschleunigen half. Dieses Bild vom deutschen Besatzungssoldaten sollte die Erwartungen der Polen beim erneuten Einrücken deutschen Militärs zwanzig Jahre später bestimmen – eine krasse Fehleinschätzung, wie sich binnen weniger Tage im September 1939 herausstellte.

Nach 123 Jahren der Unfreiheit entstand der polnische Staat auf der Versailler Friedenskonferenz unter erheblichen Geburtswehen in Form der Zweiten Republik neu. Die polnische Frage, insbesondere die nach den Grenzen des neuen Staates, hat die Koalition der Siegermächte – wie gegen Ende des Zweiten Weltkrieges – schwer belastet. Der britische Premierminister Lloyd George sah in einem um deutsche Gebiete vergrößerten Polen den zukünftigen Unruheherd eines erneuten Weltbrandes, während Frankreich im Bunde mit den polnischen Nationaldemokraten für ein Polen focht, das in seinen Grenzen auch im Westen über das Gebiet vor der ersten Teilung (1772) hinausgehen sollte. Aus nicht vorhandener Staatlichkeit, gewissermaßen aus dem Nichts, sollte über Nacht eine polnische Großmacht entstehen, die das »Dritte Europa« beherrschen sollte. In den aufgewühlten Diskussionen um Grenzen und Regierung (bei Kriegsende 1918 gab es immerhin drei davon in Warschau, Lublin und Paris) hatten die stärker nach Osten gerichteten Föderationspläne des Militärführers und Vorsitzenden der polnischen Sozialdemokraten, Piłsudski, keine Chancen. Ungehemmt entlud sich ein ungefestigter Nationalismus in Wunschbildern eines großpolnischen Reiches. In Wirklichkeit wurde ein Land, das arm, schwach, zerrissen und ohne Freunde war, in den Strudel der europäischen Nachkriegsgeschichte gerissen. Die polnischen Kommunisten sollten nach 1945, als sie sich von dem Vorgängerstaat distanzieren, nicht ganz zu Unrecht vom »Experiment der Zweiten Republik« als einem »grandiosen Irrtum«¹³ sprechen.

Die neue Republik war ein disparater Vielvölkerstaat und tatsächlich vom Augenblick ihrer Gründung an mit allen Nachbarstaaten verfeindet. Von den etwa 34 Millionen Einwohnern stellten die Polen als Staatsvolk lediglich zwei Drittel. Ein knappes Drittel waren nationale Minderheiten, zu denen aus polnischer Sicht die Juden (8,6 Prozent der Gesamtbevölkerung) gerechnet wurden. Die deutsche

¹² Wolfgang Jacobmeyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Neuzeit als Konfliktproblem, in: Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa, hrsg. von Hans-Henning Hahn [u.a.], Hannover 1996, S. 17–33, hier S. 18.

¹³ Norman Davies, Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000, S. 160.

Minderheit wurde infolge der raschen Abwanderung vieler Deutscher aus den Städten der Provinz Posen und Westpreußens rasch zur kleinsten (2,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, 350 000 Personen), während die Ukrainer das stärkste und auch militanteste Kontingent (10,1 Prozent) ausmachten, gefolgt von der politisch unambitionierten weißrussischen Landbevölkerung, nach der Volkszählung von 1921 knapp eine Million Menschen¹⁴. Konfessionelle Gegensätze brachen nun mit unvermittelter Schärfe aus und förderten Vorstellungen von den Minderheiten als Abtrünnigen, die es mit allen Mitteln zu polonisieren und katholisieren gelte. Den meist deutschen Protestanten wurde wie den orthodoxen Ukrainern jedwede Fähigkeit, einmal loyale polnische Staatsbürger werden zu können, von vornherein abgesprochen.

Geißelten die polnischen Behörden in den neuen Westgebieten die einstige preußische Germanisierungspolitik als barbarisches Verbrechen, um die offiziell angestrebte Entdeutschung zu legitimieren, so wurde die Polonisierungspolitik gegenüber den als minderwertig betrachteten slawischen Minderheiten als abendländisch-zivilisatorische Mission gefeiert. Der polnische Nationalismus, der nicht zufällig in Posen seine Hochburg fand, kopierte das einstige deutsche Vorgehen in seiner radikalsten Form (Ostmarkenverein) und maß mit zweierlei Maß. Das Verhältnis zwischen den beiden neu entstandenen Republiken, der polnischen und der von Weimar, war durch die neue Grenzziehung ohnehin erheblich belastet, wurde jedoch durch mutwillige nationalistische Agitation beider Seiten gezielt vergiftet¹⁵.

Der Posener Aufstand von Ende 1918, von nationalpolnischer Seite als erster gelungener Freiheitskampf verklärt, wurde von deutscher Seite kaum als ein solcher wahrgenommen. Handelte es sich doch eher um eine gewaltsam vollzogene polnische Regierungsübernahme in der preußischen Provinz Posen, die ohnehin dem neuen Staat von den Siegermächten zugesprochen worden wäre. Die deutschen Soldaten wurden entwaffnet und auf den Bahnhof eskortiert, um nach Deutschland abgeschoben zu werden¹⁶. Nur 21 Jahre später, als deutsche Soldaten erneut in Posen standen, wurde die nunmehr fast rein polnische Stadt zu einem Symbol deutsch-russisch begründeter Vorherrschaft im Osten umfunktioniert. Als Gauhauptstadt des in das Reich eingegliederten »Mustergaus« Wartheland sollte der Hort des polnischen Nationalismus und Schauplatz deutsch-polnischer Volkstumskämpfe ein für allemal germanisiert werden. Der Umbau des kaiserlichen

¹⁴ Werner Benecke, Kresy. Die weißrussischen Territorien in der Polnischen Republik, in: Handbuch der Geschichte Weißrußlands, hrsg. von Dietrich Beyrau und Rainer Lindner, Göttingen 2001, S. 153 - 165, hier S. 156.

¹⁵ Roland Gehrke, Der polnische Westgedanke bis zur Wiedereinrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001; Gerhard Wagner, Die Weimarer Republik und die Republik Polen 1919 - 1932: Probleme ihrer politischen Beziehungen, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919 - 1932, hrsg. von Wolfgang Jacobmeyer im Auftrag der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Braunschweig 1985, S. 35 - 47.

¹⁶ Dietrich Voigt, Der großpolnische Aufstand 1918/19. Berichte, Erinnerungen, Dokumente, Marburg 1980.

Schlusses in Posen zu Hitlers Führerresidenz im Osten¹⁷ sollte diesen endgültigen Sieg des Deutschtums über die inzwischen auf einen Sklavenstatus herabgedrückten slawischen Völker demonstrativ unterstreichen. Der deutsch-polnische Antagonismus erreichte seinen Höhepunkt in der deutschen Besatzungspolitik im Wartheland und in der militärischen Konfrontation im Warschauer Aufstand 1944. Die Grundlagen für diese deutsche, verbrecherische Politik des Hasses und die polnische Haltung unbeugsamer, antideutscher Selbstbehauptung waren in der Weimarer Republik und ihrem Konfrontationskurs gegenüber Polen gelegt worden.

Deutsche Politiker aller Parteien, die Kommunisten eingeschlossen, hatten sich wiederholt gegen das neu entstandene Polen ausgesprochen. Die neue Republik wurde als »Versailler Bastard« (Reichskanzler Joseph Wirth) denunziert, deren Existenz für Deutschland unerträglich sei. Polen einte erneut seine Gegner. Selbst der in seiner Westpolitik auf Ausgleich mit Frankreich zielende Außenminister Gustav Stresemann konnte sich des Beifalls aller Fraktionen im Reichstag sicher sein, wenn er gegen polnische Übergriffe auf die deutsche Minderheit polemisierte. Auch im Völkerbund in Genf wurde der deutsche Standpunkt, von Stresemann beredt vorgebracht, meist von den Abgeordneten geteilt, wenn es um Verletzungen des Polen 1919 aufgezwungenen Minderheitenschutzvertrages ging. Hatte doch Polen um seine Ostgrenze 1920 einen Krieg mit der jungen Sowjetmacht geführt und im Friedensschluß die Grenze so weit über den polnischen Siedlungsraum nach Osten verschoben, daß diese Gebiete während der Zweiten Republik nur im permanenten Ausnahmezustand halbwegs zu kontrollieren waren. Stalins spätere Politik der Rückführung (»Wiedervereinigung«) dieser Gebiete in den sowjetrussischen Staatsverband konnte sich daher auf willfährige Mitläufer und Kollaborateure stützen, die nicht allein die von allen Seiten drangsalierten Juden umfaßten.

Die Zweite Republik wurde innerlich durch die Nationalitätenkämpfe zerrissen und war darüber hinaus auch überfordert, binnen weniger Jahre völlig unterschiedlich entwickelte Landesteile in einem Staatswesen zu vereinen. Der erste gewählte Staatspräsident, Gabriel Narutowicz, wurde von einem radikalen Nationalisten sogleich ermordet, da er mit den Stimmen der parlamentarischen Vertreter der nationalen Minderheiten gewählt worden war. Sein Nachfolger beugte sich dem nationalen Druck und bezeichnete die polnischen Grenzen in öffentlichen Reden als noch längst nicht endgültig. Erst der Putsch Pilsudskis bog dem chauvinistischen Nationalismus die Spitze ab. Der neue Ministerpräsident würdigte, um ein Zeichen der Entspannung zu setzen, die preußisch-deutsche Politik in Posen, die zu einer höheren Kultur und überlegenen Lebenshaltung in dieser Provinz und einem Ordnungssinn ihrer Bewohner beigetragen habe¹⁸. Doch solche Stimmen,

¹⁷ Heinrich Schwendemann und Wolfgang Dietsche unter Mitarbeit von Bożena Górczyńska, Hitlers Schloß, erscheint Berlin 2003, poln. Ausgabe in Vorbereitung.

¹⁸ Alfred Schickel, Deutsche und Polen. Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte, Bergisch-Gladbach 1984, S. 186; Wojciechowski am 29. April 1924 in Posen, Pilsudski ebendort am 26. Mai 1926.

die auf Brücken zu den Deutschen verwiesen, blieben in Polen vereinzelt; umgekehrt waren solche Äußerungen in politischen Kreisen Weimars unvorstellbar.

Die stärksten Verbindungen gab es jedoch nach wie vor im Kulturellen. Polnische Wissenschaftler, ob Historiker oder Mediziner, hatten in der Regel an deutschen Universitäten studiert, deutsche Methoden übernommen und für die Verbreitung deutschen Gedankenguts in akademischen Kreisen gesorgt. Der Weg Polens nach Europa führte im geistigen Leben der Nation eben über Deutschland – und nicht über Frankreich oder England. Deutsch blieb, trotz aller politischer Feindschaft, die wichtigste Fremdsprache in akademischen und intellektuellen Kreisen. Der Besuch des frisch erkorenen Nobelpreisträgers Thomas Mann in Warschau im Jahre 1929 demonstrierte diese polnisch-deutsche Wahlverwandtschaft im geistigen Bereich nachdrücklich¹⁹. Der berühmte deutsche Autor wurde zum Archetypen des deutschen Literaten schlechthin, seine Hauptwerke Bildungsgut der polnischen intellektuellen Oberschicht. Die Wirkung von Thomas Mann hält über alle politischen Zäsuren in Polen und Deutschland in der polnischen Literatur bis heute an. Durch seine Emigration, sein bewußtes Distanzieren vom Nationalsozialismus im amerikanischen Exil und nicht zuletzt durch die literarische Thematisierung dieses Schicksals im »Doktor Faustus« sorgte Thomas Mann dafür, daß in Polen das »deutsche Thema« literarisch positiv besetzt blieb und sogar in der Zeit des Kommunismus Vorbildfunktion gewinnen konnte.

Im politischen Bereich begann mit der von Piłsudski begründeten Sanacja-Sammlungsbewegung zur Gesundung Polens die Herrschaft der Obristen und damit zumindest indirekt die der Militärs. Die Offiziere hielten das Land zwar zusammen, verfielen aber mit ihren militärischen Denkmustern leicht ebenso unrealistischen Zielvorstellungen wie die Nationaldemokraten. Außenpolitik mit Augenmaß war nicht gerade ihre Stärke, wenn immer wieder der polnische Großmachtstatus betont wurde. Bei der angespannten Lage im Inneren des Landes bot sich die Außenpolitik jedoch als ein Feld an, die inneren Spannungen und den nationalen Überdruck nach außen abzulenken.

Das polnische Offizierkorps wurde auch in der Zweiten Republik in überkommenen Traditionen einer höfisch-feudalen, längst untergegangenen Welt sozialisiert. Es bildete daher, dem hohen Offizierkorps der Reichswehr nicht unähnlich, eine standesbewußte Klasse, die einen Staat im Staate repräsentierte und für die Belange des Volkes wenig Interesse zeigte. Militärische Aufrüstung und Großmachtpolitik sollten daher auch in Polen vor sozialen Reformen rangieren. Das Gefühl militärischer Überlegenheit wurde von dieser Obristengruppe systematisch geschürt, im Offizierkorps verinnerlicht und schließlich in Planungen umgesetzt, die wie selbstverständlich davon ausgingen, in einem Konfliktfall mit dem Deutschen Reich in drei Tagen in Berlin zu stehen.

Die Schaukelpolitik des Außenministers Józef Beck (1932–1939) zwischen Paris, Berlin und Moskau basierte auf dieser militärischen Prämisse der Unbesiegbarkeit. Auch als im Dritten Reich die Wehrmacht massiv aufgerüstet hatte, blieb der

¹⁹ Hubert Orłowski, Das Bild des Deutschen in der polnischen Literatur, in: Polen und Deutschland (wie Anm. 12), S. 118–129.

Glaube an einen kurzen Krieg mit Deutschland im polnischen Militär ungebrochen. Diese Verblendung der polnischen militärischen Führung sollte sie im August 1939 zu grotesken Fehleinschätzungen und während des Feldzuges im September zu ebenso grotesken strategischen Fehlern verleiten.

Die polnische Militärführung hatte 1939 versagt, sollte dies erneut 1940 unter dem neuen Regierungschef im Exil Władysław Sikorski beim Einsatz des polnischen Expeditionskorps in Frankreich tun, und schließlich, mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung, im Warschauer Aufstand. Das polnische Offizierkorps, auch und erst recht in der Armia Krajowa während des Zweiten Weltkrieges, war zu sehr vom Volk abgehoben, als daß es sich für dessen Schicksal interessierte. Die Truppen wurden ohne Rücksicht auf Verluste in den Heldentod getrieben, der wiederum entsprechend der verinnerlichten Märtyreriologie der einzig richtige Tod für das polnische Vaterland war.

Die Annäherung, die sich zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem Polen Piłsudskis im Jahre 1933 vollzog und schließlich in einem Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag am 26. Januar 1934 mündete, verdankte sich realpolitisch einer vorübergehenden Kongruenz der Interessen, gründete aber auch auf den historischen Brücken zwischen beiden Ländern²⁰. Den Pakt als Zweckallianz, Betrugsmanöver oder gar gezielte Kriegsvorbereitung abzutun, vermag vielleicht Hitlers Motivlage zu erklären, nicht aber die der polnischen Seite. Gemeinsamkeiten lagen in dem Streben nach nationaler Geschlossenheit unter einer diktatorischen Führung und in der Bekämpfung der gleichgesetzten Gegner, der Juden und Bolschewisten. Boykottbewegungen gegen die Juden und alle Planungen, dieses »verderbliche Volk« loszuwerden, erfreuten sich in beiden Ländern großer Beliebtheit. Der ursprünglich auf deutsche antisemitische Kreise zurückgehende Plan, die europäischen Juden nach Madagaskar auszusiedeln, wurde sogar von der offiziellen polnischen Politik aufgegriffen und Frankreich auf diplomatischem Wege präsentiert.

Die Vorstellung, den polnischen Nationalismus und den deutschen nicht länger aufeinander zu hetzen, sondern statt dessen zu bündeln und gegen die Sowjetunion gemeinsam zu richten, besaß eine große Attraktivität. Nationalsozialistische Politiker wie Hermann Göring, Joseph Goebbels und Joachim v. Ribbentrop erfreuten sich in Warschau einer gewissen Wertschätzung und gaben sich bei vielen Besuchen die Klinke in die Hand. Galten sie doch alle wie Hitler selbst nicht als Vertreter des verhaßten Preußentums, sondern als gemäßigte Deutsche. Letztlich scheiterte jedoch ein Zusammengehen an der von deutscher Seite den Polen verweigerten Gleichrangigkeit.

Den von Berlin bei jeder Gelegenheit vorgebrachten Wunsch nach einer anti-kommunistischen Allianz schlug Warschau aus. Ein Beitritt zum Antikominternpakt kam für die polnische Führung nicht in Frage. Hitler ging es nicht um Danzig, wie er selbst 1939 kurz vor Kriegsbeginn offen aussprach, es ging ihm aber auch nicht um Polen. Sein Ziel war der Lebensraum im Osten, in den russischen

²⁰ Marian Wojciechowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938*, Leiden 1971; Stanisław Zerko, *Stosunki polsko-niemieckie 1938–1939*, Poznań 1998.

Weiten. Als abhängiger Juniorpartner konnten die Polen bei der Eroberung und Befriedung dieses Riesenraums von Nutzen sein. Doch die Hilfstruppe schien notfalls auch entbehrlich und mußte aus Hitlers Sicht zerschlagen werden, sobald sie sich dem deutschen Drang nach Osten in den Weg stellte. Die 1934 von oben verordnete Annäherung zwischen beiden Ländern – alle Pressekampagnen wurden sofort eingestellt – konnte selbst unter optimalen Voraussetzungen nicht in wenigen Jahren greifen. Auf deutscher Seite blieben die abfälligen Klischees vom minderwertigen Polentum unterschwellig vorhanden und scheinen sogar von der Führung gezielt wachgehalten worden zu sein. Umgekehrt war die Situation ähnlich. Die Deutschen im Lande galten weiterhin als die gefährlichste Minderheit, deren Rechte bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschnitten wurden²¹. Auch in der Kirchenpolitik kam es zu einer verhängnisvollen Spaltung zwischen polnischen und deutschen Mitgliedern der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses. Die volksdeutsche Minderheit in Polen radikalisierte sich, obgleich in den offiziellen Beziehungen Harmonie herrschte. Die Klischees und Stereotypen von den preußischen Landräubern und unerlösten Gebieten, z.B. Masuren, wirkten ebenfalls weiter fort. Im Moment einer politischen Konfrontation, wie sie 1939 von Hitler-Deutschland gesucht wurde, konnten daher auf beiden Seiten nach wie vor geläufige Feindbilder abgerufen werden.

Lediglich im kulturellen Bereich scheint es an einem guten Willen zur Annäherung nicht gefehlt zu haben. In Berlin wurde 1935 ein Deutsch-Polnisches Institut gegründet. Drei Jahre später entstand in Warschau eine deutsch-polnische Gesellschaft, die besonders im Bereich der akademischen Bildung und Forschung aktiv war. Selbst eine gemeinsame Schulbuchkommission wurde damals ins Leben gerufen. Das neue Medium Film eignete sich ebenfalls für Gemeinschaftsprojekte, die historischen Themen deutsch-polnischer Verbrüderung, etwa unter den Wettinern, gewidmet waren.

Selbst in der Literatur beider Seiten war eine Annäherung auszumachen. Der polnische Militärführer Piłsudski, der gemeinsame Entsatz des von den Türken belagerten Wien oder Polens patriotischer Musikheld Frédéric Chopin fanden als Sujets Eingang in die deutsche Belletristik. Umgekehrt konnten sich auch polnische Literaten der Faszination des völkisch geeinten Deutschlands und seines Führers nicht ganz entziehen. Einer der größten polnischen Poeten, Jarosław Iwaszkiewicz (1894–1980), dessen Hauptwerke allesamt nach dem Zweiten Weltkrieg ins Deutsche übertragen wurden, verfaßte sogar – wohl eine Jugendsünde – einen Hymnus auf Hitler²².

Die ohnehin engen Kontakte in der Wissenschaft wurden ebenfalls, vor allem auf der Ebene der Universitäten, weiter ausgebaut. Auf Einladung der Warschauer Hochschule sprach der Kronjurist der NSDAP und nachmalige Generalgouverneur von Polen, Hans Frank, mehrfach über das neue deutsche Recht und ver-

²¹ Albert S. Kotowski, *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919–1939*, Wiesbaden 1998.

²² Karina Pryt, *Deutsch-polnische Kulturkontakte 1934–1939*, ungedr. Magisterarbeit, Universität Freiburg i.Br. 2002.

säumte es dabei jedesmal nicht, der Freiheit des polnischen Volkes seinen Respekt zu zollen. Ob solche Auftritte nationalsozialistischer »Größen« in Polen kalkulierter Zynismus waren, was aus der Retrospektive naheliegt, oder ob hier nicht Gemeinsames gesucht und auch gefunden wurde, bleibt wegen fehlender Forschungen schwer zu beurteilen. Sicherlich haben auf beiden Seiten gutgläubige und idealistisch gesonnene Intellektuelle an einen geistigen Brückenschlag unter autoritären Auspizien geglaubt und entsprechend gehandelt.

Um so größer war die Enttäuschung und um so radikaler der Schwenk in den polnischen Untergrund, als die im Schatten der vorrückenden Wehrmacht operierenden Einsatzgruppen bereits im September 1939 die polnische Intelligenz systematisch zu liquidieren begannen. Die Verhaftung der Krakauer Professoren anlässlich einer vorgetäuschten Wiedereröffnung der Jagiellonen-Universität (Oktober 1939) löste weltweite Proteste aus²³, so daß die deutsche Besatzungsmacht die meisten Inhaftierten wieder freilassen mußte. Solche Solidaritätsaktionen des Auslandes blieben freilich aus, als die polnischen Juden bereits Ende 1939 gettoisiert und systematisch entrechtet wurden.

Bei dieser Judenhatz halfen Volksdeutsche gleichermaßen wie große Teile der einfachen polnischen Bevölkerung willig mit²⁴. Eine neue Dimension bekam die Verfolgung der Juden durch polnische Mitbürger, freilich in den von der deutschen Besatzungsmacht vorgegebenen Bahnen, als im Zuge des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion die ostpolnischen Gebiete vom Joch des Kommunismus befreit wurden. Da die ortsansässigen Juden, zu polnischen Zeiten gesellschaftlich und materiell deklassiert, mit der kommunistischen Staatsmacht teilweise zusammengearbeitet hatten, entlud sich der »Volkszorn« in Pogromen. Das Massaker von Jedwabne²⁵ dürfte kein Einzelfall gewesen sein. Die von deutscher Seite gewissermaßen erzwungene Verstrickung der Polen in den Völkermord an den Juden, bis vor wenigen Jahren konsequent negiert, ist nunmehr evident und spaltet das heutige Polen. Ob die von staatlichen und lokalen Stellen errichtete Gedenkstätte in Jedwabne von Dauer sein wird, darf angezweifelt werden, da (wohl ein Kompromiß) auf den Tafeln keine Täter genannt werden.

Die Frage der Kollaboration stellt sich für Polen anders als etwa für das besetzte Frankreich. Wurden die Franzosen geradezu zur Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengungen aufgerufen und leisteten meist freiwillig die erwünschte Mitarbeit, so unterbreitete die deutsche Besatzungsmacht in Polen erst

²³ Henryk Batowski, *Nazi Germany and the Jagiellonian University* (»Sonderaktion Krakau«, 1939), in: *Polish Western Affairs*, 19 (1978), 1, S. 113–120; vgl. auch Stanisław Gawęda, *Die Jagellonische Universität in der Zeit der faschistischen Okkupation*, Jena 1981.

²⁴ Michael Alberti, *Die Anfänge der »Endlösung« Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*, Phil. Diss., Freiburg i.Br. 2001 (erscheint in der Reihe des Deutschen Historischen Instituts Warschau »Quellen und Studien« bei Harrassowitz in Wiesbaden 2003).

²⁵ Jan Tomasz Gross, *Nachbarn. Der Mord an den Juden in Jedwabne*, München 2001; Günter Häufe, *Polen 1939–1941. Ein Vergleich deutscher und sowjetischer Besatzungspolitik*, ungedr. Magisterarbeit, Universität Freiburg i.Br. 1992.

gar nicht ein solches Angebot²⁶. Laut mehrfachen Anweisungen Hitlers sollten die Polen nicht einmal als abhängige Kollaborateure gewonnen werden, sondern, ihrer Führungsschicht beraubt, als billige Arbeitsklaven den deutschen Herren dienen. Lediglich auf der unteren Ebene des Besatzungsalltags lassen sich Ansätze einer Kollaboration finden, die meist allein von dem Willen zum nackten Überleben bestimmt war. Die verheerende Versorgungslage im Generalgouvernement, wo den polnischen Bewohnern offiziell etwa 700 Kalorien täglich zugeteilt wurden, zwang zu einem Überlebenskampf, in dem alle Mittel, angefangen von der Denunziation bis zur Beraubung, recht waren.

Das Chaos der deutschen Besatzungspolitik und die gezielte Versklavung der polnischen Bevölkerung ließen diese zwischenmenschliche Normen und ethisches Handeln vergessen. Der zum Überleben notwendige Schwarzmarkt tat ein übriges, um unsoliden Geschäftsgebaren, Betrug und Korruption zu fördern. Die Sitten verrohten, die Polen lebten von der Hand in den Mund. Im Grunde führte die deutsche Besatzungspolitik in Polen erst die »polnische Wirtschaft«, wie sie dem deutschen Stereotyp entsprach, tatsächlich ein. Da der gesellschaftliche Ausnahmezustand infolge der kommunistischen Experimente nach dem Krieg anhalten sollte, war den Polen von 1939 bis 1989, das heißt über 50 Jahre lang, ein Leben in normalen Bahnen verwehrt. Die von deutscher Warte gern verächtlich als typisch polnische Mentalität ausgemachten Eigenschaften des Nachbarvolkes – jener vermeintliche Hang zur Arbeitsunlust, angebliche Trunksucht, Vorliebe für Tauschgeschäfte und nahezu angeborene Kleinkriminalität – waren zum Teil eine Reaktion auf die deutsche Besatzungspolitik und mußten zum Überleben in einer Mangelgesellschaft nach 1945 weiter Verwendung finden.

Die nationalsozialistische Polenpolitik im Zweiten Weltkrieg stand zwar in der Tradition eines außer Kontrolle geratenen deutsch-polnischen Volkstumskampfes, war aber durch ihre rassistische Fundierung auch quantitativ und qualitativ etwas völlig Neues. Sie führte in letzter Konsequenz zur Verrohung eines ganzen Volkes und verwandelte ein ganzes Land in ein Totenhaus. Betrug die Bevölkerung Polens in den Grenzen von 1939 34,8 Millionen Einwohner, so waren es 1945, bei der ersten Volkszählung nach dem Krieg, nur noch 23,9 Millionen. Der Schwund von über 10 Millionen geht zu großen Teilen, etwa 60 Prozent, auf Menschenverluste zurück, der kleinere Teil erklärt sich durch Abwanderung und die neuen Grenzziehungen. Nahezu eine Million Polen blieb nach dem Krieg im Westen, ihre im Osten, in Litauen und in Weißrußland verbliebene Zahl wird mit 1,2 Millionen angegeben. Die Bevölkerungsverluste bewegten sich in einer Größenordnung zwischen 5,5 und 6 Millionen Menschen, die große Masse von ihnen Zivilisten. Etwa jeder fünfte Pole, Greise und Kinder eingerechnet, hat den letzten Krieg nicht

²⁶ Jan Tomasz Gross, »Jeder lauscht ständig, ob die Deutschen nicht schon kommen«. Die zentral-polnische Gesellschaft und der Völkermord, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1949, hrsg. von Włodzimierz Borodziej und Klaus Ziemer, Osnabrück 2000, S. 215–233.

überlebt. Mit dieser Todesrate liegt Polen vor allen anderen kriegführenden Ländern. Die polnische Nation stand vor ihrer physischen Vernichtung²⁷.

Höhe- und Scheitelpunkt dieser deutschen Mordpolitik war das deutsche Vorgehen gegen das aufständische Warschau im Sommer 1944²⁸. Der in völliger Verkenntung der militärischen Situation an der Ostfront und der internationalen politischen Lage von der Führung der Heimatarmee ausgelöste Aufstand kostete schließlich über 150 000 Warschauer Zivilisten das Leben und endete mit einer vollständigen Zerstörung der Hauptstadt. Angesichts der schwachen Kräfte der Heimatarmee und ihrer völlig unzureichenden Bewaffnung konnte der Kampf gegen die Deutschen nur mit Hilfe der Zivilbevölkerung und schließlich auch zu deren Lasten aufgenommen werden. Der dilettantisch vorbereitete und militärisch schlecht geführte Aufstand, der ein Fanal polnischer Selbstbefreiung im Angesicht der auf Warschau anrückenden Roten Armee sein sollte, kam einem kollektiven Selbstmord der polnischen Elite gleich. Der Fehler der militärischen Führung der Heimatarmee lag weniger in der Tatsache, den Aufstand ausgelöst zu haben, als in dem Versäumnis, ihn nicht in aussichtsloser militärischer Lage rechtzeitig abgebrochen zu haben.

Der Heldenkampf Warschaus zeichnete sicherlich das Volk aus und zeugte von ungebrochenem Widerstandswillen einer ganzen Nation, allerdings um den Preis des Untergangs. Die in kommunistischer Zeit vielgescholtene Heimatarmee (ihre Mitglieder wurden verfolgt und die Kämpfer lächerlich gemacht, etwa durch die Losung »Die Heimatarmee – der Sudelgnom der Reaktion«²⁹) erfährt seit der politischen Wende in Polen eine Aufwertung, die längst über das historisch vertretbare Maß hinausgewachsen ist. Die überall entstandenen Denkmäler, nicht zuletzt das realistische Großmonument in Warschau selbst, passen zu einer neuen nationalen Identifikation, nachdem die kommunistische zerfallen ist. Ob Denkmäler für die Armia Krajowa jedoch an Stätten angebracht sind, wo sie nie gewirkt hat, wie im ehemaligen Johannisburg (Pisz), sei dahingestellt. Die Gefahr einer historischen Verklärung der Heimatarmee und damit ihrer Instrumentalisierung für tagespolitische Zwecke scheint zumindest heute gegeben zu sein.

Die deutsch-polnischen Beziehungen waren durch die verlustreichen Barrikadenkämpfe im Warschauer Aufstand auf dem absoluten Tiefpunkt angelangt. Hitlers Polenpolitik galt bei Kriegsende als Synthese aller preußisch-deutschen, am polnischen Volk begangenen Untaten. Überkommene Feindbilder wurden nicht nur in Polen – aus verständlichen Gründen – in übersteigerter Form beibehalten, sondern – trotz der Niederlage – auch im besetzten Deutschland. Aus dem Bestreben heraus, die deutschen Verbrechen in Polen zu verdrängen und die deutsche Besatzungspolitik wenigstens teilweise zu rechtfertigen, bedienten sich

²⁷ Zu den Verlustzahlen die Aufsätze von Albrecht Riehkens, Polen: Raum, Bevölkerung, Struktur, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, sowie von Wolfgang Jacobmeyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Neuzeit als Konfliktgeschichte, in: Polen und Deutschland (wie Anm. 12).

²⁸ Vgl. Literaturangaben in Anm. 1; ferner Włodzimierz Borodziej, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt a.M. 2001.

²⁹ Edmund Dmیتrów, Vergangenheitspolitik in Polen 1945–1989, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Osnabrück 2000, S. 235–264, hier S. 244.

(west)deutsche Medien noch über ein Jahrzehnt lang des von der Goebbels-Propaganda eingehämmerten negativen Polenbildes. Polen galten als verschlagen, der polnische Widerstand wurde als bedenkenloses Banditentum diffamiert. Bestenfalls waren die Polen, nunmehr als antideutscher Vorposten fest im sowjetischen Griff, irregeleitete Idealisten gewesen, die ihr Schicksal unter kommunistischer Herrschaft verdient hatten. Erst mit dem Posener Arbeiteraufstand gegen die kommunistische Unterdrückung 1956 begann sich allmählich das Bild von Polen im Westen zu wandeln. In der gemeinsamen Frontstellung gegen das nunmehr sowjetische »Reich des Bösen« kamen Deutsche und Polen ausgerechnet über Posen, den historischen Ort heftigster nationaler Auseinandersetzungen, einander wieder etwas näher³⁰.

Trotz eines langwierigen Aussöhnungsprozesses, der sowohl auf der obersten politischen Ebene als auch an der Basis verlief, bestehen zwischen Deutschland und Polen nach wie vor große Barrieren, halten die Klischees über den Nachbarn noch immer an. Ressentiments scheinen auf beiden Seiten kein Ende nehmen zu wollen. Alte Wunden platzen bei nur leichter Berührung auf und schüren Vorurteile sowie Mißverständnisse. Was die Schriftsteller auf beiden Seiten geleistet haben, nämlich die nationale Sicht der weitgehend negativ besetzten deutsch-polnischen Vergangenheit zugunsten einer universalistisch-humanistischen Perspektive zu überwinden – man denke an die Werke von Günter Grass, Siegfried Lenz und Horst Bienek auf deutscher Seite und die Schriften von Andrzej Szczypiorski, Jerzy Andrzejewski, Tadeusz Borowski und nicht zuletzt von Jan Józef Lipski auf seiten der Polen –, das könnten die Historiker in Gemeinschaftsprojekten versuchen nachzuholen. Denn nur *gemeinsam* lassen sich national begründete und historisch verwurzelte mentale Barrieren zumindest allmählich abbauen.

* * *

Bernd Martin, Dr. phil, geb. 1940, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg, 79085 Freiburg i.Br. E-mail: bernd.martin@geschichte.uni-freiburg.de.

³⁰ Oliver Samson, *Legenden, Lügen, Tatsachen. Zur deutschen Rezeption des Warschauer Aufstandes 1944–1970*, ungedr. Magisterarbeit, Universität Freiburg i.Br. 2001; zur Rezeption in Polen Joanna Witkowski, *Der Warschauer Aufstand als Politikum in der Volksrepublik Polen*, ungedr. Magisterarbeit, Universität Freiburg i.Br. 2000.

Hans-Jürgen Bömelburg

Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 bis 1945

Polen war der Staat, der im Zweiten Weltkrieg am längsten vom »Dritten Reich« besetzt blieb: Fast fünfeinhalb Jahre konnte in Zentralpolen die neue nationalsozialistische Ordnung erprobt und in verschiedenen Phasen umgesetzt werden. Bereits mit der Eroberung setzte eine radikale Umgestaltung von Wirtschaft und Verwaltung ein, die durch neue Grenzziehungen, eine rassistisch geprägte Bevölkerungspolitik bis hin zur physischen Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen die gesamte polnische Gesellschaft umformte und die Lebensverhältnisse jedes einzelnen berührte. Erst mit wachsendem zeitlichen Abstand wird erkennbar, daß dies den radikalsten Bruch der polnischen Geschichte überhaupt darstellte: Der polnische Staat und die polnische Gesellschaft vor 1939 und nach 1945 stützen sich auf abweichende Strukturen und umfassen ein anderes Territorium sowie andere ethnische und gesellschaftliche Schichten.

Die deutsche Besatzungspolitik, die im Zusammen- und Gegenspiel mit der sowjetischen Politik für diesen radikalen Bruch verantwortlich war, stand deshalb nach 1945 im Zentrum polnischer Publizistik und zeithistorischer Forschung. Die Arbeiten darüber besaßen jedoch auch einen legitimierenden Charakter, da über das sowjetische Pendant nicht geschrieben werden durfte und die Zensur weite Bereiche verfälschte, etwa hinsichtlich der Träger der polnischen Widerstandsbewegung und des Warschauer Aufstands. Diese Publizistik und Geschichtsschreibung war stets politisiert und stand bis in die 1980er Jahre unter politischen Prämissen: Bewiesen werden sollte der strukturell zerstörerische und rassistische Charakter der deutschen Besatzungspolitik, während für etwaige Widersprüche und Grauzonen (Konflikte innerhalb der deutschen Besatzungsstrukturen, Alltagsgeschichte) sowie ein differenziertes Bild kaum Platz war.

Nach 1990 wandten sich insbesondere jüngere Historiker von dieser Art von Geschichtsschreibung eher ab und »neuen Themen« wie der sowjetischen Besatzungspolitik oder der Geschichte der Volksrepublik Polen zu. Zur Zeit besteht die paradoxe Situation, daß sich mit dem Abschnitt der Zeitgeschichte, der zweifelsohne die radikalsten Veränderungen der polnischen Geschichte bedeutete, nur wenige jüngere polnische Historiker beschäftigen. Die umfangreiche ältere Literatur wird kaum kritisch durchgesehen und einer historiographischen Neubewertung unterzogen. Die deutsche und internationale Forschung, die nach 1990 von den unbegrenzt zugänglichen deutschen Archiven zur NS-Zeit profitiert, kann dies nur in bescheidenem Maße ausgleichen, da hier in der Regel Spezialstudien (meist als

Dissertationen) zu bestimmten Aspekten der Besatzungspolitik unternommen werden, oft polnische Sprachkenntnisse fehlen und die umfangreiche polnischsprachige Literatur nicht verfügbar ist. So entstehen teilweise Beiträge ohne Berücksichtigung älterer substantieller polnischsprachiger Arbeiten zu ähnlichen Fragestellungen. Der vorliegende Beitrag möchte eine Übersicht über diese weiterhin unentbehrliche Literatur sowie über neuere Forschungstendenzen zur deutschen Besatzungspolitik geben und dazu beitragen, die angesprochene Lücke zu schließen¹. Auf die Reaktionen und Handlungsstrategien in der polnischen Gesellschaft wird dagegen nicht eingegangen.

Forschungsstand

Die Forschungslage ist unübersichtlich, da insbesondere in polnischer Sprache eine umfangreiche publizistische, autobiographische und wissenschaftliche Literatur vorliegt, die bereits 1945 einsetzte und deren bibliographische Erfassung mehrere zehntausend Einträge ergeben würde. Es soll nur auf einige prägende Merkmale dieser Literatur hingewiesen werden, die Folgen für die wissenschaftliche Beschäftigung wie den Forschungsstand hatten und noch haben. Die polnischsprachige Literatur zur deutschen Besatzungspolitik von 1939 bis 1945, die noch in der Volksrepublik Polen erschien, macht – nach eigener grober Schätzung – ca. 80 Prozent der Gesamtproduktion aus und ist durch lebensgeschichtliche Perspektive, Streichungen und Auslassungen durch Zensur und Selbstzensur sowie gezielte politische und ideologische Verzerrungen im Dienste kommunistischer Erinnerungspolitik nur mit Sach- und Vorkenntnissen benutzbar. Das politisch vorgegebene Muster des deutschen »Erbfeindes« mündete schließlich in der Volksrepublik Polen über weite Strecken in ein Schwarz-Weiß-Bild, in dem Grautöne und widerständige Details kaum Platz fanden. Auch diese Monotonie trug dazu bei, daß in den 1990er Jahren das Interesse an dem Forschungsgegenstand in Polen nachließ. Dahingegen erschienen in den letzten Jahren in großer Zahl lebensgeschichtliche Erinnerungen und literarische Aufarbeitungen. Angesichts der Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für die Geschichte Polens ist jedoch absehbar, daß das derzeit geringe fachhistorische Interesse in der Zukunft von Phasen einer neuen Beschäftigung und Aneignung des Themas abgelöst werden wird.

Die ältere polnischsprachige Literatur ist unersetzlich, da sie für einzelne Aspekte das Fundament jeglicher wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Thema bildet; ein Fundament, das jedoch streckenweise der Neubewertung bedarf². Verdienstvoll ist insbesondere die Edition größerer Quellensammlungen³. Die

¹ Für eine kritische Durchsicht des Manuskripts und wertvolle Hinweise möchte ich Jochen Böhler und Jerzy Kochanowski danken.

² Überblick bei Hans-Jürgen Bömelburg und Bogdan Musial, Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung, hrsg. von Włodzimierz Borodziej und Klaus Ziemer, Osnabrück 2000, S. 43–111, hier S. 105–111.

³ Ebd., S. 106–108.

Orientierung erschwert, daß zur Zeit auch bibliographische Überblicke nur eingeschränkt vorliegen⁴.

Unterscheidbar sind in der polnischen Forschung mehrere Forschungsschübe, die jeweils auch eine wachsende Professionalisierung bedeuteten: unmittelbar 1945 bis etwa 1947/48; nach 1953/56 infolge der Lockerung von Zensur und politischen Vorgaben, was in die umfangreichen Gesamtdarstellungen von Czesław Madajczyk und Czesław Łuczak mündete⁵; sowie in den 1980er Jahren erste Studien zur Alltagsgeschichte mit Auslotung auch der Grauzonen. Weiterhin kamen insbesondere biographische und prosopographische Studien vor allem zur Opfer- und nur in Ausnahmen zur Tätergeschichte⁶, eine Reihe von abgewogenen und vertiefenden Studien von Włodzimierz Borodziej⁷ sowie – in den letzten zehn Jahren – eine intensive Beschäftigung mit dem Völkermord an den Juden und dem polnisch-jüdischen Verhältnis hinzu.

Die deutsche Forschung nahm sich der Deutschen Besatzungspolitik in Polen mehr als 15 Jahre nach Kriegsende erstmals umfassender an. Entgegen dem damals verbreiteten »Pathos der Nüchternheit« zeigen neuere Einblicke, daß bei Autoren wie Martin Broszat oder Gerhard Eisenblätter die eigene lebensgeschichtliche Verstrickung in die NS-Politik nicht vernachlässigt werden kann und vielfach in alleinige Schuldzuweisungen an Teile des Besatzungsapparats (SS- und Polizeiapparat) und eine Entlastung anderer Gruppen wie der deutschen Zivilverwaltung und Gruppen von »Durchschnittsdeutschen« im »Generalgouvernement« (GG) mündete⁸. Es ist wohl kein völliger Zufall, daß fast zeitgleich erste Monographien in der DDR erschienen, die die Quellen der Gewalt im Rahmen der Faschismus-

⁴ Den besten Zugriff liefern: *Deutsch-polnische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart. Bibliographie 1900 – 1998*, hrsg. von Andreas Lawaty und Wiesław Mincer, 4 Bde, Wiesbaden 2000; *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938 – 1945)*. Dokumentenedition, 8 Bde, hrsg. vom Bundesarchiv, Bd 8: *Analysen, Quellen, Register*, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996, zu Polen *Auswahlbibliographie*, S. 646 – 681.

⁵ Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, 2 Bde, Warszawa 1970, gekürzte deutsche Fassung: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939 – 1945*, Berlin 1987; Czesław Łuczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979; vgl. vom selben Autor die umfangreichste Regionalstudie zum »Wartheland«: *Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939 – 1945)*, Poznań 1996.

⁶ Zu vielen Persönlichkeiten des polnischen Widerstands erschienen in den letzten 15 Jahren biographische Darstellungen, die hier nicht aufgezählt werden können. Im Bereich der Täterforschung vgl. die zuverlässige Studie zur NS-Verwaltung in Oberschlesien von Ryszard Kaczmarek, *Pod rządami gauleiterów. Elity i instancje władzy w rejencji katowickiej w latach 1939 – 1945*, Katowice 1998. – Die Täterforschung findet schwerpunktmäßig in der deutschen Forschung statt, da hierzu längere Arbeit in deutschen Archiven unabdingbar ist.

⁷ Włodzimierz Borodziej, *Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939 – 1944*, Mainz 1999 (Übersetzung der Dissertation des Autors aus dem Jahre 1985); ders., *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt a.M. 2001.

⁸ Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 – 1945*, Frankfurt a.M. 1965 [Erstausgabe Stuttgart 1961]; Gerhard Eisenblätter, *Grundlinien der Politik des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement 1939 – 1944*, Diss., Frankfurt a.M. 1969. Zu Broszats Strategie einer »objektiven« Erforschung des Nationalsozialismus vgl. Nicolas Berg, *Die Lebenslüge vom Pathos der Nüchternheit*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.7.2002.

theorie in der Großindustrie suchten⁹. Grauzonen des Sowohl-als-auch und die Teilhabe auch subjektiv anständiger Amtsträger an einer mörderischen Politik, kurz die alltägliche Brutalität der deutschen Besatzungspolitik, blieben in beiden Ansätzen weitgehend ausgespart¹⁰.

Die neuere deutsche Forschung seit den siebziger Jahren schlug unterschiedliche Richtungen ein: Sie zeichnete den Zusammenhang zwischen auf Destruktion angelegter nationalsozialistischer Kulturpolitik und polnischer Widerstandsbewegung nach¹¹, untersuchte die nationalsozialistische Erziehungs- und Schulpolitik¹² und widmete sich insbesondere dem Zusammenhang von Besatzungspolitik und Völkermord an den Juden¹³.

Die letzteren Arbeiten stehen überdies in der Tradition eines eigenständigen Forschungsschwerpunktes, zu welchem sich die internationale Holocaustforschung seit den 1980er Jahren entwickelte. Zwingend bildeten hier der Völkermord an den drei Millionen polnischen Juden sowie die Ermordung von 80 Prozent der jüdischen Opfer auf dem Territorium Vorkriegspolens Schwerpunkte. Allerdings krankte diese internationale Forschung lange Zeit daran, daß ältere grundlegende Arbeiten, die insbesondere im Umfeld des Jüdischen Historischen Instituts (ŻIH) in Warschau bereits in den 1950er und 1960er Jahren entstanden waren¹⁴, aufgrund der Sprachgrenze kaum rezipiert wurden. Mit der zunehmenden Publikationspraxis in englischer Sprache und der Verbreitung von polnischen Sprachkenntnissen unter jüngeren Forschern verbessert sich die Situation, aller-

⁹ Berthold Puchert, Fragen der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus im okkupierten Polen von 1939 bis 1945, mit besonderer Berücksichtigung der IG Farbenindustrie AG, Habil.-Schrift, Berlin 1968, Druck nur in polnischer Fassung: Działalność niemieckiej IG Farbenindustrie AG w Polsce, Warszawa 1973.

¹⁰ Diese Feststellung soll nicht die Pionierleistung der erwähnten Arbeiten schmälern, begrenzt aber die Aussagefähigkeit dieser Darstellungen und die Anknüpfungsmöglichkeiten für die moderne Forschung.

¹¹ Christoph Kleßmann, Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971.

¹² Georg Hansen, Ethnische Schulpolitik im besetzten Polen. Der Mustergau Wartheland, Münster, New York 1995; Hans-Christian Harten, De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945, Frankfurt a.M., New York 1996.

¹³ Dieter Pohl, Von der »Judenpolitik« zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a.M. [u.a.] 1993; ders., Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996; Thomas Sandkühler, »Endlösung« in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; Bogdan Musiał, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999.

¹⁴ Artur Eisenbach, Hitlerowska polityka zagłady Żydów, Warszawa 1961; Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des 2. Weltkriegs, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau, Berlin 1961 (bis heute grundlegende Edition). Insbesondere die polnischsprachige Zeitschrift des ŻIH, der »Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego« (ab 2001 unter dem Titel »Kwartalnik Historii Żydów«), enthält zahlreiche wichtige Studien.

dings stehen Forschungen zur allgemeinen Besatzungspolitik und zur Judenpolitik häufig wenig verbunden nebeneinander¹⁵.

Ein weiterer Bereich, in dem neue Ergebnisse zu verzeichnen waren, sind vergleichende Arbeiten zur deutschen und sowjetischen Besatzung, die insbesondere an die Pilotstudien des amerikanischen Historikers Jan T. Gross anknüpfen können¹⁶. Gross baute diese Arbeiten zu vergleichenden mentalitätsgeschichtlichen Essays aus, in denen die ethnisch verorteten Feindbilder der fragmentierten Gemeinschaften unter den Besatzungsregimes rekonstruiert werden¹⁷. Auch das unmittelbare zeitliche Zusammenspiel und Ineinandergreifen zwischen sowjetischem und deutschem Terror geriet in den Blick der Forschung¹⁸.

Insgesamt ist jedoch die allgemeine Forschung zur deutschen Besatzung in den letzten fünfzehn Jahren durch einen gewissen Stillstand bezeichnet. Die Gründe hierfür können benannt werden: Die enorm ausgebaute Spezialforschung in Polen verlor nach 1989 ihre politische Funktion und erscheint in einem normalen Wissenschaftsbetrieb infolge der eher traditionellen Ansätze und Forschungstraditionen nicht anknüpfungsfähig. Aus dem Wissenschaftsbetrieb der Volksrepublik blieben eine sehr unübersichtliche Literaturlage sowie eine problematische Archivsituation zurück (zahlreiche schlecht erschlossene Streu- und Restbestände in deutschen, polnischen, aber auch in weißrussischen, ukrainischen sowie britischen und amerikanischen Archiven, häufige Archivverlagerungen). Ein nationales Forschungszentrum besteht nicht, da das aus der »Hauptkommission zur Erforschung der Verbrechen gegen das Polnische Volk« (Główna Komisja Badania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu) hervorgegangene »Institut des Nationalen Gedenkens« (Instytut Pamięci Narodowej) seine zentralen Aufgabenbereiche im »Sammeln und Verwalten von Urkunden und Schriftstücken der staatlichen Sicherheitsdienste vom 22. Juli 1944 bis 31. Dezember 1989, der Verfolgung von kommunistischen und Naziverbrechen sowie einer Bildungstätigkeit« sieht und zur Zeit kein eigenes Forschungsprogramm zur Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg durchführt¹⁹.

Diese Lücke können jüngere deutsche oder angloamerikanische Arbeiten, die meist aus Dissertationen hervorgegangen sind, nur begrenzt ausfüllen, da den Autoren die nötigen Kenntnisse der polnischen Forschungslandschaft und die langjährige Forschungspraxis in polnischen Archiven fehlen. Die Rezeptionslücke zwischen der älteren polnischen und der internationalen Forschung bleibt so ten-

¹⁵ Einführung in den Forschungsstand mit kommentierten Literaturhinweisen: Dieter Pohl, Der Völkermord an den Juden, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949 (wie Anm. 2), S. 113–134.

¹⁶ Jan T. Gross, Polish Society under German Occupation. The Generalgouvernement 1939–1944, Princeton 1979; ders., Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia, Princeton 1988.

¹⁷ Jan T. Gross, Upiorna dekada. Trzy eseje o stereotypach na temat Żydów, Polaków, Niemców i komunistów 1939–1948, Kraków 1998.

¹⁸ Bogdan Musiał, »Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen«. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Kriegs im Sommer 1941, Berlin 2000.

¹⁹ Informationen zur Tätigkeit des IPN und der Vorläuferorganisationen befinden sich auf der Homepage des IPN: www.ipn.gov.pl (teilweise auch in deutscher Sprache).

denziell erhalten. Für die europäisch angelegte vergleichende Besatzungsforschung zum Zweiten Weltkrieg stellt die Sprachgrenze eine kaum überwindbare Hürde dar. Wechselseitige Anregungen sind eher selten, so daß oft Handbuchwissen vermittelt wird.

Ein grundsätzliches und dauerhaftes methodisches Problem stellt die Verbindung der zersplitterten deutschen Aktenüberlieferung und der umfangreichen polnischen lebensgeschichtlichen (Opfer-)Erinnerungen dar, die in mehreren Schüben (Zeugenaussagen und Vorerhebungen der Hauptkommission, Erinnerungswettbewerbe sowie monographische Erinnerungen) entstanden. Hinzu tritt – quantitativ weniger umfangreich, aber für die Erforschung von Verbrechen und Massenmorden von zentraler Bedeutung – die Überlieferung deutscher Strafverfolgungsbehörden²⁰. Diese Quellentypen müssen miteinander verbunden werden, wobei der Abwägungsprozeß im Falle einer widersprüchlichen und gegenläufigen Überlieferung immer wieder neue quellenkritische Probleme aufwirft.

Einige Desiderata können nur benannt werden: Es fehlen Studien zum polnischen Dorf insbesondere im Generalgouvernement, in dem die dörfliche Gesellschaft und deren Mentalitäten zwischen Modernisierung, die durch die hohen Lebensmittelpreise gefördert wurde, und repressiver Besatzung beschrieben werden. Nicht systematisch dargestellt ist die NS-Bevölkerungspolitik der nationalen Entmischung, die nicht nur nach Polen, Juden und Deutschen segregierte, sondern in deren Gefolge auch ukrainische, russische, kaukasische und andere »Volkslisten« (Goralenvolk) entstanden, von deren Unterzeichnern konkrete Loyalitäten und Einstellungen erwartet wurden.

Die Grundlagen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen, der »Polenfeldzug« und die Militärverwaltung

Die nationalsozialistische Politik vollzog kurz vor der Auslösung des Zweiten Weltkrieges im Frühjahr 1939 eine abrupte Kurswende gegenüber Polen, in dem das Deutsche Reich seit 1934 offiziell einen befreundeten Staat und potentiellen Bündnispartner gesehen hatte²¹. Für die Zeit vor 1939 liegen deshalb keine programmatischen Aussagen zu eventuellen nationalsozialistischen Zielen in Polen vor. Dennoch konnte 1939 in kurzer Zeit ein die Mehrheit der deutschen Bevölkerung überzeugendes »Feindbild Polen« geschaffen werden, das auf langfristig wirkende Faktoren zurückgreifen konnte: erstens einen Konsens unter den deutschen Eliten über die Ablehnung des polnischen »Saisonstaates«, der auf Kosten der preußischen Ostprovinzen errichtet worden sei, und zweitens eine in der Bevölkerung weit verbreitete negativ-abschätzige Vorstellung von den polnischen Nach-

²⁰ Auf der zentralen Ebene zugänglich in der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs, Informationen und Anschrift: www.bundesarchiv.de.

²¹ Vgl. Carsten Roschke, Der unworbene »Urfeind«. Polen in der nationalsozialistischen Propaganda 1934 – 1939, Marburg 2000.

barn, die – in Anlehnung an das Stereotyp von der »polnischen Wirtschaft« – als unterentwickelt und zivilisatorisch rückständig abqualifiziert wurden²².

Auf diesen Vorstellungen konnte der Nationalsozialismus aufbauen, indem er sein rassistisch fundiertes negatives Slavenbild hinzufügte und seit 1939 offen vom »minderwertigen polnischen Volk« sprach²³. Hitler selbst entwickelte am 22. August 1939 programmatisch vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine biologistische Weltsicht und forderte: »Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie [...] Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen²⁴.« Hier wurde nicht nur die Beseitigung der staatlichen Existenz Polens, sondern die Vernichtung der polnischen Nation propagiert.

Die Konsequenz aus dieser Forderung, nämlich die Erfassung, Verhaftung und schließlich Ermordung der polnischen Eliten, wurde seit Mai 1939 im SD-Hauptamt mit der Einrichtung der »Zentralstelle II P (Polen)« und seit Juli 1939 mit der Aufstellung der ersten »Einsatzgruppen« umgesetzt. Die Einsatzgruppen erhielten im August mündliche Befehle, die die »Ausschaltung« der polnischen Intelligenz anordneten, wozu im nationalsozialistischen Sinn vorrangig der katholische Klerus, Lehrer und Hochschullehrer, Funktionäre von politischen Verbänden, Ärzte, Apotheker, Offiziere, höhere Verwaltungsbeamte, Kaufleute, Großgrundbesitzer und Hochschulabsolventen zählten²⁵. Diese Ziele wurden von Hitler am 2. Okto-

²² Hubert Orłowski, »Polnische Wirtschaft«. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996, insbesondere die Kapitel »Weg, Schmutz, Öde ... Dimensionen polnischer Wirtschaft« und »Die Ordnung der Taxonomie im Nationalsozialismus«, S. 319 – 369.

²³ Das Rußlandbild im Dritten Reich, hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln, Weimar, Wien 1994, mit Beiträgen zum Slavenbild des Nationalsozialismus. – Programmatisch wurde dies gegenüber Polen in der Denkschrift »Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten« vom 25.11.1939 ausgeführt. Abdruck in: Hitlerowskie »prawo« okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, hrsg. von Karol Marian Pospieszalski, Poznań 1952 (Documenta Occupationis, 5), S. 1 – 28.

²⁴ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 – 1945, Serie D, Bd 7, Baden-Baden 1956, Dok. Nr. 192 und 193, S. 167 – 172; quellenkritische Untersuchung: Winfried Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VjZ), 16 (1968), S. 120 – 149; Interpretation und Einordnung: Wolfgang Jacobmeyer, Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges, in: Der Warschauer Aufstand. 1. August – 2. Oktober 1944. Ursachen – Verlauf – Folgen, Warszawa, Hannover 1996, S. 7 – 29.

²⁵ Neuere Forschungen haben den Auftrag zum Massenmord an die »Einsatzgruppen« untermauert, wobei ärgerlich ist, daß durchweg auf einer selektiven Literaturbasis argumentiert wird. Gesamtdarstellung: Dorothee Weitbrecht, Der Exekutionsauftrag der Einsatzgruppen in Polen. Filderstadt 2001; hier nicht berücksichtigt: Michael Wildt, Radikalisierung und Selbstradikalisierung 1939. Die Geburt des Reichssicherheitshauptamtes aus dem Geist des völkischen Massenmords, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. »Heimatfront« und besetztes Europa, hrsg. von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann, Darmstadt 2000, S. 11 – 41, sowie Alexander B. Rossino, Nazi Anti-Jewish Policy During the Polish Campaign: The Case of the Einsatzgruppe von Woyrsch, in: German Studies Review, (2001), 24, S. 35 – 54 (jeweils mit Hinweisen auf die ältere deutsche und angloamerikanische Literatur). In allen drei Arbeiten werden ältere Forschungen aus Polen, die bereits parallel zu ähnlichen Ergebnissen kamen, übergangen. Heranzuziehen sind: Kazimierz Radziwiłowicz, »Akcja Tannenberg« grup operacyjnych Sipo i SD w Polsce jesienią 1939 r., in: Przegląd Zachodni, (1966), 5, S. 98 – 114; ders., Okupacyjny zarząd i zbrodnie wojenne Wehrmachtu podczas agresji na Polskę 1.9. – 25.10.1939, in: Wojskowy Przegląd Historyczny, 18 (1973), 2 (65), S. 98 – 141; Alfred Konieczny, W sprawie policyjnych grup operacyjnych Strecken-

ber 1939 im kleinen Kreis bekräftigt: »Noch einmal müsse der Führer betonen, daß es für die Polen nur einen Herren geben dürfe und das sei der Deutsche, zwei Herren nebeneinander könne es nicht geben und dürfe es nicht geben, daher seien alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen. Dies klinge hart, aber es sei nun einmal das Lebensgesetz²⁶.« Im weiteren führte Hitler aus, das Generalgouvernement müsse ein Reservoir für billige polnische Arbeitskräfte darstellen, die sich den deutschen Herren jederzeit unterzuordnen hätten.

Programmatisch wurde die deutsche Besatzungspolitik in Polen somit bereits im September und Oktober 1939 festgelegt. Unter den »deutschen Herrenmenschen« sollte die »rassisch minderwertige« polnische Bevölkerung stehen, noch eine Stufe tiefer war die in Gettos gänzlich zu isolierende jüdische Bevölkerung angesiedelt. Aus der deutschen Propaganda der Jahre 1939/40 läßt sich ein Feindbild des polnischen Staates und der polnischen Bevölkerung filtern, das sich aus vier Komponenten zusammensetzte: 1. staatlich: Der polnische Staat sei eine künstliche Schöpfung der Ordnung von Versailles, unfähig zu einer eigenen Existenz, und störe die europäische Ordnung; 2. national: Die Polen seien eine verantwortungslose, unschöpferische Nation, die durch ihre Ansprüche Deutschland bedrohten und einen Herren benötigten, der sie führe; 3. ethnisch-rassisch: Die Bevölkerung sei »rassisch minderwertig«, »verjudet« und verkörpere »asiatischen Geist«; 4. biologistisch: Die polnische Überbevölkerung bedrohe den deutschen Nachbarn und müsse wegen ihres minderwertigen Charakters zurückgedrängt, deportiert und ihre Eliten vernichtet werden²⁷.

Mit der Entfesselung des Krieges baute die deutsche Besatzungspolitik im besetzten Polen ein Terrorsystem auf, das bis dahin für europäische Verhältnisse beispiellos war. Eine vergleichbare NS-Gewaltherrschaft gab es lediglich ab 1941 in Serbien und in den besetzten Gebieten der UdSSR. Die deutschen Besatzer wandten in Polen Terror an, um das Land zu »befrieden«, das heißt den Widerstandswillen zu brechen, und um eine bestimmte Gesellschaftsschicht (die polnische Intelligenz) oder Bevölkerungsgruppe (die Juden) zu vernichten. An geltende völkerrechtliche Normen hielt man sich nicht – und wollte man sich auch nicht halten.

Mit dem Überfall auf Polen praktizierten die deutschen Streitkräfte von den ersten Kriegstagen an eine Strategie, die auf Terror gegen die Zivilbevölkerung mittels Luftkrieg, die Ausweitung der Kriegführung auf Nichtkombattanten (Vorge-

bacha i von Woyrscha na Górnym Śląsku we wrześniu i październiku 1939, in: *Studia Śląskie*, 10 (1966), S. 225–270; weiterhin: Erhard Moritz und Wolfgang Kern, *Aggression und Terror. Zur Zusammenarbeit der faschistischen deutschen Wehrmacht mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD bei der Aggression gegen Polen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 22 (1974), 12, S. 1314–1325 (Entstehung der Sonderfahndungslisten).

²⁶ Aktenvermerk Martin Bormanns über ein Gespräch bei Hitler, an dem auch Hans Frank und Erich Koch teilnahmen, abgedr. in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (International Military Tribunal)*, Nürnberg, 14. Nov. 1945–1. Okt. 1946, 42 Bde, Nürnberg 1947–1949, hier Bd 39, S. 425–429.

²⁷ Nach Eugeniusz Cezary Król, *Propaganda i indoktrynacja narodowego socjalizmu w Niemczech 1919–1945. Studium organizacji, treści, metod i technik masowego oddziaływania*, Warszawa 1999, S. 511–577 (zum Polenbild des Nationalsozialismus), hier S. 574–577.

hen gegen »Partisanen«) sowie in schwierigen Situationen auf die Erschießung von Geiseln und Kriegsgefangenen zurückgriff²⁸. Diese Terrorakte hingen teilweise direkt oder indirekt mit den kriegerischen Auseinandersetzungen zusammen und hatten – außer den Luftangriffen – nicht in allen Fällen systematischen Charakter. Sie waren begründet in der vorhergegangenen und parallel laufenden antipolnischen und antijüdischen Hetze. Bald nach dem Abschluß der Kampfhandlungen ging der Terror aus den Reihen des Heeres zurück, zumal sich die Wehrmachtführung bemühte, ihn einzudämmen²⁹. In der deutschen Forschung zum Zweiten Weltkrieg sind diese Gewalttaten – gegenüber den Morden im Krieg gegen die Sowjetunion – wenig behandelt worden, so daß, beispielsweise in der Diskussion um die Verbrechen der deutschen Wehrmacht, fälschlicherweise der Eindruck entstehen konnte, als habe ein »Vernichtungskrieg« von deutscher Seite erst 1941 begonnen.

Parallel zum Kriegsverlauf ermordeten die Einsatzgruppen bereits in den ersten Kriegstagen polnische Zivilisten und polnische Juden. Mit Datum vom 3. September sind Anordnungen Himmlers überliefert, »polnische Aufständische« und »Partisanen« zu erschießen³⁰. Das Datum zeigt, daß diese radikalen Befehle bereits vor dem Bekanntwerden polnischer Ausschreitungen gegen deutsche Zivilisten in Bromberg (3./4. September), die als »Bromberger Blutsonntag« in der Folgezeit propagandistisch ausgenutzt wurden, erteilt worden waren³¹.

Im September und Oktober 1939 wurde die deutsche Politik gegen die polnische Intelligenz und die polnischen Juden weiter verschärft; im Zuge einer »völkischen Flurbereinigung« erging an die Amtschefs der Sicherheitspolizei der Befehl, »die führende Bevölkerungsschicht soll so gut wie möglich unschädlich gemacht

²⁸ Am Deutschen Historischen Institut (DHI) Warschau geht zur Zeit Jochen Böhler der Frage nach, inwieweit bereits im »Polenfeldzug« die Wehrmacht eine Mittäterschaft und Mitverantwortung für den Terror gegen die Zivilbevölkerung und die Exekutionen an Mitgliedern der polnischen Intelligenz und polnischen Juden trägt. Die Materialbasis bildet dabei eine Gegenüberstellung polnischer Zeugenaussagen und Memoiren sowie deutscher Kriegstagebücher, Feldpostbriefe und die Akten zeitgenössischer kriegsgerichtlicher Untersuchungen. Vgl. www.dhi.waw.pl/Institutsprojekte.

²⁹ Helmut Krausnick, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Frankfurt a.M. 1981, S. 76–79.

³⁰ Ebd., S. 44 f.

³¹ Die Informationen über die Bromberger Ereignisse erreichten die deutschen Truppen erst nach Einnahme der Stadt am 5. September. Mit zutreffender Chronologie Wildt, *Radikalisierung* (wie Anm. 25), S. 27–30; dagegen irreführend Weitbrecht, *Exekutionsauftrag* (wie Anm. 25), S. 20–25. – Die ältere Literatur zu Bromberg ist durch die propagandistischen nationalsozialistischen (Massenmord an Angehörigen der deutschen Minderheit) bzw. nationalpolnischen (Diversions bzw. Sabotage seitens der Minderheit) Argumentationen geprägt; benutzt werden können: Günter Schubert, *Das Unternehmen »Bromberger Blutsonntag«. Tod einer Legende*, Köln 1989; Włodzimierz Jastrzębski, *Der Bromberger Blutsonntag. Legende und Wirklichkeit*, Poznań 1990. Zwei Forschungslücken fallen besonders deutlich auf: Es fehlt eine Darstellung, die die Bromberger Ereignisse (Ermordung von angeblichen deutschen »Diversanten«) mit dem strukturell ähnlichen Vorgehen der Wehrmacht (Ermordung von angeblichen polnischen »Partisanen«) vergleicht, sowie eine historiographische Untersuchung, die die publizistischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in den Kontext der Pflege von deutschem wie polnischem Feindbild in Polen wie Deutschland während des Kalten Krieges stellt.

werden³². An den Massenmorden waren neben den Einsatzgruppen auch die insbesondere aus den Reihen der deutschen Minderheit rekrutierten Angehörigen des »Selbstschutzes« beteiligt³³. Schwerpunkte des Terrors lagen in der Region um Bromberg, in Pommerellen und im Kulmer Land, wo Kommandos der Sicherheitspolizei, der Danziger NSDAP und des »Selbstschutzes« Jagd auf angebliche »Deutschenfeinde«, Angehörige der polnischen Intelligenz und Juden machten.

Im Umfeld dieser ersten Terrorwelle erfolgten in Danzig-Westpreußen und im Wartheland Mordaktionen an geistig und körperlich Behinderten, in denen die deutsche Besatzungsmacht nur »überflüssige Esser« sah. So wurden die Insassen der psychiatrischen Krankenhäuser in Westpreußen und im Wartheland Opfer von Massenhinrichtungen³⁴. Neuere Forschungen ergaben, daß insgesamt über 7700 Menschen bereits zwischen September 1939 und Frühjahr 1940 im Rahmen dieser »Euthanasie«-Morde erschossen oder durch Gas ermordet wurden³⁵.

Insgesamt wird die Zahl der von Angehörigen der Wehrmacht, der Einsatzgruppen und des »Selbstschutzes« bis zum Ende der Militärverwaltung am 25. Oktober 1939 Ermordeten auf 12 000 bis 20 000 Personen geschätzt³⁶. Diese Dimension des Terrors hatte Michael Wildt vor Augen, als er über den Herbst 1939 schrieb: »In Polen lernten die SS-Führer, die später im RSHA für die »Endlösung«

³² Zit. nach Weitbrecht, Exekutionsauftrag (wie Anm. 25), S. 26. – In diesem Kontext fand die in der Literatur vielfach behandelte Deportation der Krakauer Hochschullehrer in deutsche Konzentrationslager statt. Vgl. »Sonderaktion Krakau«. Die Verhaftung der Krakauer Wissenschaftler am 6. November 1939, hrsg. von Jochen August, Hamburg 1997.

³³ Christian Jansen und Arno Weckbecker, Der »Volksdeutsche Selbstschutz« in Polen 1939/40, München 1992. Der Titel ist irreführend, da der Eindruck erweckt wird, es habe sich um eine Selbstbezeichnung gehandelt. Dagegen ist festzuhalten, daß der »Selbstschutz« auf Initiative der SS eingerichtet wurde; die führenden Positionen bekleideten Reichsdeutsche.

³⁴ Barbara Bojarska, Eksterminacja inteligencji polskiej na Pomorzu Gdańskim (wrzesień – grudzień 1939), Poznań 1972, S. 71, S. 119–122; Volker Rieß, Die Anfänge der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt a.M. 1995, S. 29–53, 119–242, mit detaillierten Angaben zu weiteren Orten. In Schwetz schwanken die Zahlenangaben über die Opfer zwischen 600 und 1350 Menschen.

³⁵ Rieß, Die Anfänge der Vernichtung (wie Anm. 34), S. 355.

³⁶ Szymon Datner, Crimes Committed by the Wehrmacht during the September Campaign and the Period of Military Government, in: Polish Western Affairs, 3 (1962), 294–338 (12 000 Ermordete); Madajczyk, Die Okkupationspolitik (wie Anm. 5), Berlin 1987, S. 28 (20 000 Ermordete); Richard Lukas, The Forgotten Holocaust: The Poles under German Occupation, 1939–1945, S. 3 (16 376 Ermordete). – Die von der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg erstellte Statistik über NS-Verbrechen im Reichsgau Danzig-Westpreußen beziffert 52 794 bis 60 750 Opfer (mit wenigen Ausnahmen im ersten halben Jahr der deutschen Besetzung) und ist abgedruckt bei Dieter Schenk, Hitlers Mann in Danzig. Gauleiter Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S. 293–295. – Als Vergleich sei erwähnt, daß Schätzungen zu den Opfer aus den Reihen der deutschen Minderheit von 2000 bis 3841 Personen reichen. Vgl. Karol Marian Pospieszalski, Sprawa 58 000 »Volksdeuschów«. Sprostowanie hitlerowskich oszczerstw w sprawie strat niemieckiej mniejszości w Polsce w ostatnich miesiącach przed wybuchem wojny i w toku kampanii wrześniowej, Poznań 1959 (Documenta Occupationis, 7), S. 38; Peter Aurich [d.i. Peter E. Nasarski], Der deutsch-polnische September 1939. Eine Volksgruppe zwischen den Fronten, 2. Aufl., Wien 1970 [Erstausgabe 1969], S. 10 f. (Einleitung von Richard Breyer, Wolfgang Kohte und Gotthold Rhode).

verantwortlich waren, in »großen Räumen« zu denken und radikal bis hin zum Massenmord zu handeln³⁷.«

Die Rolle der deutschen Militärverwaltung und der von ihr eingesetzten »Chefs der Zivilverwaltung« bis zu ihrer Ablösung am 25. Oktober 1939 ist durch die Studie von Hans Umbreit präzise beschrieben worden³⁸. Die in der Wehrmacht Verantwortlichen suchten zwar teilweise den bedenkenlos angewandten Terror vor allem mit Blick auf die Stimmung in der polnischen Bevölkerung zu mildern und gerieten hier in Konflikte mit dem SD und den Einsatzgruppen, so etwa Generaloberst Johannes Blaskowitz, doch dominierte der Versuch, in Fragen der nationalsozialistischen Volkstumspolitik, der wirtschaftlichen Ausplünderung des Landes und des Terrors wegzusehen und alle Verantwortung abzulehnen.

Bereits die ersten zwei Monate der deutschen Kriegführung und Militärbesetzung in Polen besaßen so den Charakter einer grundlegenden Zäsur: Durch Brutalität und Terror wurden Möglichkeiten einer Verständigung oder eines geregelten Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen unter der deutschen Besetzung dauerhaft zerstört. Die im September 1939 einsetzenden Massenmorde vergifteten das Klima vor Ort und machten der polnischen Bevölkerung sehr rasch klar, daß die deutsche Besatzung die Vernichtung der gesamten polnischen Nation zum Ziel hatte.

Die deutschen Verwaltungsstrukturen und die Grundzüge der Besatzungspolitik

Der grundsätzliche Beschluß über die Aufteilung des polnischen Territoriums in verschiedene administrative Einheiten fiel in den nationalsozialistischen Planungen im Sommer 1939 im Umfeld des Hitler-Stalin-Paktes. Konkrete Überlegungen auf verschiedenen Ebenen blieben jedoch unkoordiniert. Nach Kriegsbeginn wurde am 8. September die Einrichtung der Militärbezirke für Westpreußen, Posen, Lodz und Krakau sowie der Abschnitte Südostpreußen und Oberschlesien festgelegt, ohne daß dies eine präjudizierende Wirkung für die spätere territoriale Aufteilung besessen hätte. In Hitlers Weisung Nr. 4 vom 25. September war »die endgültige politische Gestaltung des ehemaligen polnischen Gebietes« aus außenpolitischen Erwägungen heraus noch unklar. Grundsätzlich standen sich in den internen Auseinandersetzungen die Anhänger einer Wiederherstellung der deutschen Ostgrenze von 1914 und die Befürworter weitergehender Annexionsforderungen gegenüber, die vor allem wehrwirtschaftlich und geopolitisch begründet wurden. Die Idee

³⁷ Wildt, Radikalisierung (wie Anm. 25), S. 41; vgl. auch Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

³⁸ Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977; Stanisław Nawrocki, Hitlerowska okupacja Wielkopolski w okresie zarządu wojskowego. Wrzesień – październik 1939 r., Poznań 1966. Umbreit war die Arbeit von Nawrocki nicht bekannt, und er benutzte auch nicht die in den Staatsarchiven (AP) Poznań und Łódź erhaltenen Bestände zu den »Chefs der Zivilverwaltungen«, so daß beide Arbeiten parallel benutzt werden müssen.

eines »polnischen Reststaates« verfolgte die deutsche Seite seit Anfang Oktober 1939 nicht mehr weiter; damit blieb jede Möglichkeit einer Verständigung mit Teilen der polnischen Eliten ausgeschlossen³⁹. Die Ziele der deutschen Besetzung lagen seitdem in der Verhinderung jeglicher Form polnischer Staatlichkeit.

Die Entscheidungen zur territorialen Aufteilung vom 8. Oktober beinhalteten die Annexion von 91 974 Quadratkilometer – fast 50 Prozent des dem Deutschen Reich zufallenden polnischen Territoriums – mit rund 10 Millionen Einwohnern, die zu über 90 Prozent sich nicht als Deutsche fühlten. Dabei wurden vier Verwaltungseinheiten geschaffen, die bis 1945 Bestand hatten und die deutsche Politik gegenüber Polen mit prägten: der Reichsgau Danzig-Westpreußen (21 237 Quadratkilometer, 1939 ca. 2,15 Millionen Einwohner), der die bis 1918 preußische Provinz Westpreußen und Teile Großpolens mit Bromberg bzw. die Wojewodschaft Pommerellen von 1938 umfaßte; der Reichsgau Wartheland (43 943 Quadratkilometer, ca. 4,2 Millionen Einwohner), der den überwiegenden Teil Großpolens und größere zentralpolnische Gebiete mit Kutno, Kalisz und Lodz darstellte; die nach Ostpreußen eingegliederten »südostpreußischen« Gebiete, der »Regierungsbezirk Zichenau« (Ciechanów), ein erheblicher Teil des historischen Masowiens, der (ehemals ostpreußische) Kreis Soldau und das Suwałkigebiet, insgesamt 16 144 Quadratkilometer, sowie die nach Schlesien eingegliederten »ostoberschlesischen« Gebiete (10 578 Quadratkilometer, ca. 2,5 Millionen Einwohner), die jedoch nicht nur aus dem bis 1914 deutschen Ostoberschlesien, sondern auch aus weiteren Territorien wie dem Teschener Land, Żywiec (Saybusch) und dem Dąbrowabecken bestanden.

Vom Altreich unterschied sich die Zivilverwaltungsstruktur in den eingegliederten Gebieten vor allem dadurch, daß die Parallelstrukturen von Territorial- und Parteiverwaltung weitgehend aufgehoben wurden. Die beiden »Reichsgaue« verbanden Merkmale einer preußischen Provinz bzw. eines Landes mit denen eines Parteibezirks der NSDAP (»Gau«). Das Oberhaupt dieser Einheiten war Reichsbeamter (Reichsstatthalter) und Parteifunktionär (Gauleiter) zugleich und auch auf niedrigerer Ebene waren Verwaltungs- und Parteiämter wie NSDAP-Kreisleiter und Landrat in einer Hand vereint. Bei der Besetzung kamen fast ausschließlich Parteigenossen zum Zuge, so daß noch stärker als im Altreich NSDAP- und SS-Funktionäre einen direkten Zugriff auf die Zivilbevölkerung besaßen. Sowohl unter den obersten Verwaltungsbeamten (Reichsstatthalter Albert Forster und Arthur Greiser, Gauleiter Erich Koch) wie auch auf der Landratsebene dominierten durchweg nationalsozialistisch eingestellte Personen. Eine demonstrativ zur Schau getragene Unerbittlichkeit stellte den Schlüssel zur Karriere im Besatzungsregime dar. Lediglich in Ostoberschlesien scheinen unter Oberpräsident Josef Wagner und dessen Stellvertreter Fritz-Dietlof von der Schulenburg bis 1940 auch konservative Kandidaten zum Zuge gekommen zu sein⁴⁰.

³⁹ Detaillierte Darstellung der verschiedenen Etappen der deutschen Militärverwaltung: Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen* (wie Anm. 38), S. 85–272.

⁴⁰ Kaczmarek, *Pod rządami gauleiterów* (wie Anm. 6).

Bei den annektierten Territorien handelte es sich um die wirtschaftlich am höchsten entwickelten Gebiete Polens. Im Verlauf der Grenzziehung wurde keinerlei Rücksicht auf historische Grenzen oder die Wohnsitze der deutschen Minderheit genommen⁴¹. In Zentralpolen verlagerte sich die deutsche Grenze um 100 bis 200 Kilometer über die Grenzen von 1918 hinaus nach Osten. Die Annexion eines großen Teils des polnischen Staatsgebiets besaß sowohl wirtschaftliche wie volkstumpolitisch-geopolitische Gründe. In diesen beiden Belangen wurde in den eingegliederten Gebieten eine andere Politik als im Generalgouvernement verfolgt: Wirtschaftlich erfolgte die Eingliederung der wichtigsten Industriegebiete Polens (Ostoberschlesien, Lodz) wie auch der landwirtschaftlich am weitesten entwickelten Regionen (Großpolen). Die bestehenden Industrieanlagen, insbesondere die Berg- und Stahlwerke Ostoberschlesiens, sollten sofort übernommen, für die deutsche Kriegführung genutzt und nach Möglichkeit ausgebaut werden; die landwirtschaftliche Produktion sollte für die Versorgung des Reichs intensiviert und das Arbeitskräftepotential zum Nutzen der deutschen Wirtschaft ausgebeutet werden.

Die restlichen zentralpolnischen Territorien (95 743 Quadratkilometer, 24,6 Prozent des polnischen Vorkriegsterritoriums, ab Sommer 1941 nach Einverleibung des Distrikts Galizien 145 180 Quadratkilometer, mit 12,1 Millionen Einwohnern im März 1941 bzw. 17,7 Millionen im Februar 1942) wurden zum »Generalgouvernement« zusammengefaßt, dessen Status weitgehend unklar war und das von der deutschen Zivilverwaltung je nach Situation als »deutsches Kolonialgebiet« oder als »letzter Ausläufer einer unmittelbar nach Reichsmethoden geführten Verwaltung« interpretiert wurde. An der Spitze stand Generalgouverneur Hans Frank (Stellvertreter bis Mai 1940 Arthur Seyß-Inquart, dann Josef Bühler) mit der in Krakau angesiedelten »Regierung des Generalgouvernements«; die mittlere Instanz bildeten die Distriktsverwaltungen Warschau, Lublin, Radom und Krakau (sowie ab 1941 Lemberg) mit einem Gouverneur (Distriktschef) an der Spitze des »Amts des Distrikts«; als untere Instanz bestanden die Kreis- und Stadthauptmannschaften, die als vollstreckende Organe der Deutschen Besatzungspolitik vor Ort fungierten⁴².

Mit der Einrichtung des Generalgouvernements wurden mehrere Ziele verfolgt: Einerseits ermöglichte die – in den Augen der NS-Planer befristete – Belassung eines »Polenreservats« eine Politik der brutalen Entmischung der Bevölkerung, indem die polnische und jüdische Bevölkerung der ins Reich eingegliederten Gebiete schnellstmöglich ins Generalgouvernement vertrieben werden sollte. Militär-

⁴¹ Erlaß des Führers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8.10.1939, abgedr. in Hitlerowskie »prawo« okupacyjne (wie Anm. 23), S. 84–88; zu den wirtschaftlichen Kriterien: Werner Röhr, Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten in Polen 1939–1945, in: Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945, hrsg. von Dietrich Eichholtz, Berlin 1999, S. 221–251, hier S. 223 f. mit Zahlenangaben.

⁴² Zu den Verwaltungsstrukturen und der Zivilverwaltung im GG vgl. Eisenblätter, Grundlinien (wie Anm. 8); Hans Frank, Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, hier die Einleitung; Musial, Deutsche Zivilverwaltung (wie Anm. 13), S. 23–79; Bömelburg/Musial, Deutsche Besatzungspolitik (wie Anm. 2), S. 71–84.

strategisch hatte die Region die Funktion eines Glacis und Aufmarschgebiets zu erfüllen, in dem ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung größere Truppenbewegungen durchgeführt werden konnten. Die wirtschaftlichen Ziele im Generalgouvernement waren zunächst ganz unklar: Die deutsche Verwaltung unterschätzte vor dem Hintergrund des traditionellen Stereotyps der »polnischen Wirtschaft« das Wirtschaftspotential der Region und sah eine wirtschaftliche Deindustrialisierung (Demontage) sowie die Nutzung des Arbeitskräftereservoirs vor, was angesichts von Arbeitszwang und deutsch-polnischem Gegensatz schnell zu Razzien zwecks Rekrutierung von Arbeitskräften und zur Zwangsarbeit führte.

Grundsätzlich wird aus diesem Überblick über die deutsche Besatzungsverwaltung erkennbar, daß im besetzten Gebiet keine Aufsichtsverwaltung wie in Teilen Westeuropas oder im besetzten Skandinavien, sondern eine rein deutsche (in den eingegliederten Gebieten) oder auf der mittleren und oberen Ebene ausschließlich deutsche (Generalgouvernement) Zivilverwaltung etabliert wurde: Polen durften keine leitenden Positionen bekleiden, und es durfte auch keine autonomen Bereiche polnischer Instanzen geben; die polnische Bevölkerung wurde einem Sonderrecht (Polenstrafrecht) unterworfen⁴³. Für eine polnische Selbstverwaltung war lediglich im Generalgouvernement – und dort auf lokaler Ebene – Platz. Gemeindevorsteher-, Schulzen- oder Bürgermeisterämter in kleineren Städten wurden von Polen besetzt. In größeren Städten stand ein deutscher Bürgermeister oder Stadthauptmann an der Verwaltungsspitze, wobei infolge von dessen fehlenden Sprachkenntnissen die tatsächliche Amtstätigkeit oft polnische Stellvertreter wahrnahmen⁴⁴. Erhalten blieb auch die polnische Ordnungspolizei, der jedoch in übergeordneten und politischen Fragen sowie gegenüber deutschen Staatsbürgern keinerlei Kompetenzen belassen wurden⁴⁵.

Angesichts der auf kurzfristige Ausbeutung und langfristige Germanisierung eingestellten deutschen Besatzungspolitik war die Stellung der in der Verwaltung beschäftigten Polen prekär: Sie befanden sich zwischen allen Fronten; auf der einen Seite standen die deutschen Besatzungsbehörden mit ihren Befehlen, auf der anderen Seite die Interessen der polnischen Bevölkerung sowie die Forderungen des polnischen Widerstands. Im Interesse der deutschen Besatzungsbehörden lag

⁴³ Diemut Majer, »Fremdvölkische« im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard 1981. – Zur Tätigkeit der nationalsozialistischen Sondergerichte: Gerd Weckbecker, Zwischen Freispruch und Todesstrafe. Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte Frankfurt/Main und Bromberg, Baden-Baden 1998; Edmund Zarzycki, Eksterminacja i dyskryminacja. Działalność hitlerowskich sądów okręgu Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939 – 1945, Bydgoszcz 1981; ders., Działalność hitlerowskiego Sądu Specjalnego w Bydgoszczy w latach 1939 – 1945, Warszawa 1987.

⁴⁴ Die Tätigkeit der polnischen Lokalverwaltungen und der hier tätigen polnischen Angestellten ist schlecht erforscht, da die Betroffenen nach 1945 verständlicherweise das Interesse hatten, ihren eigenen Tätigkeitsbereich als möglichst eingeschränkt zu beschreiben. Einige Einblicke ermöglichen die Aufzeichnungen des polnischen Bürgermeisters von Częstochowa (Tschenstochau), der direkt den deutschen Stadthauptleuten unterstand: Stanisław Rybicki, Pod znakiem lwa i kruka. Fragmenty wspomnień z lat okupacji, 2., erw. Aufl., Warszawa 1990 [Erstausgabe 1965].

⁴⁵ Adam Hempel, Pogrobowcy kłęski. Rzecz o policji »granatowej« w Generalnym Gubernatorstwie 1939 – 1945, Warszawa 1990.

es, die polnische Lokalverwaltung für sich zu gewinnen, was oft durch Strafandrohungen, Erpressungen und »Belohnungen« geschah, so daß die Lokalverwaltungen in einer Grauzone von Gewaltandrohung, Korruption und Kollaboration tätig waren. Im Generalgouvernement wurden die als »antipolnisch« angesehenen Verwaltungsangestellten und Funktionsträger seit 1942 zum bevorzugten Ziel von Anschlägen des polnischen Widerstands, so daß sich diese Personengruppe nach Möglichkeit jeglicher Aktivitäten enthielt, um nicht zwischen den verschiedenen Forderungen zerrieben zu werden⁴⁶.

Die deutschen Verwaltungsangestellten rekrutierten sich auf mittlerer und höherer Ebene fast ausschließlich aus reichsdeutschem Personal, da die Vertreter der deutschen Minderheit nicht über die nötigen formalen Qualifikationen verfügten, keine ausreichende Protektion besaßen und gegen entsprechende Bewerber oft Sicherheitsbedenken vorgebracht wurden. Dieses Personal war häufig in erster Linie an einer eigenen schnellen Karriere interessiert und besaß keinerlei Landes- und Sprachkenntnisse. Gegenüber dem durchschnittlichen deutschen Verwaltungspersonal dominierten überzeugte Nationalsozialisten, die sowohl von den Verwaltungsspitzen infolge der Verschmelzung von NSDAP und deutscher Verwaltung bevorzugt wurden wie auch selbst ein größeres Interesse an einer Tätigkeit in den »im Volkstumskampf stehenden« oder »volksfremden« Territorien hatten⁴⁷.

Diese landes- und sprachunkundige Verwaltung blickte durchweg abwertend und geringschätzig auf die polnische Bevölkerung, die, als zivilisatorisch niedrigerstehend (»polnische Wirtschaft«) angesehen, durch Ge- und Verbote zahllose Beschränkungen erfuhr. So herrschte in den eingegliederten Gebieten teilweise Grußzwang gegenüber deutschen Uniformträgern und Beamten, und es gab Geschäfte, Stadtparks und Verkehrsmittel »Nur für Deutsche«. Bei der polnischen Bevölkerung verstärkten diese im Alltagsleben einschneidend spürbaren Maßnahmen den Haß und die Ablehnung gegen die deutschen Besatzer und begünstigten die Entstehung einer polnischen Parallelgesellschaft, von der die anwesenden Deutschen ausgeschlossen blieben. Indirekt beförderte diese Segregation auf allen Ebenen auch den polnischen Widerstand, da jegliche vermittelnden Zwischenschichten durch den deutschen Zugriff desavouiert und zerrieben wurden, so daß

⁴⁶ Leszek Gondek, *Polska karząca 1939–1945. Polski podziemny wymiar sprawiedliwości w okresie okupacji niemieckiej*, Warszawa 1988.

⁴⁷ Prosopographische Studien liegen nur für wenige Gruppen vor; für die Kreis- und Stadthauptleute: Musiał, *Deutsche Zivilverwaltung* (wie Anm. 13), S. 79–100, 379–400; für die oberschlesischen Beamten: Kaczmarek, *Pod rządami* (wie Anm. 6), S. 197–211, weiter 225–242. – Die in der Literatur häufig erhobene These, die deutschen Verwaltungsangestellten im Osten seien schlechter qualifiziert oder in höherem Maße »kriminell« gewesen, ist kaum quantifizierbar bzw. wurden bisher keine Versuche zu einer Quantifizierung unternommen. Die Argumentationsfigur verliert auch vor dem Hintergrund einer allgemeinen Korruption im Nationalsozialismus an Gewicht. Vgl. Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt a.M. 2001. Treffender erscheint die Überlegung, daß ein erheblicher Teil der Kompetenz von Verwaltungspersonal in der Kenntnis regionaler und örtlicher Strukturen besteht. Fehlen diese Kenntnisse, und werden weiterhin vor dem Hintergrund eines generellen Überlegenheitsgefühls keinerlei Versuche zu einer Aneignung solchen Wissens unternommen, so ist das Personal zwingend unqualifiziert.

nur noch die Option für die deutsche Besatzungsherrschaft oder den polnischen Widerstand verblieb.

Die deutschen Besatzungsorgane zerfielen in drei voneinander weitgehend unabhängige und in vielen Bereichen miteinander konkurrierende Verwaltungen: die Zivilverwaltung, den SS- und Polizeiapparat sowie die Wehrmacht⁴⁸. Neben der bereits skizzierten Zivilverwaltung besaßen der SS- und Polizeiapparat wie die Wehrmacht eigene Hierarchien und Befehlsstränge und betrieben auch eine eigene Besatzungspolitik. Der SS- und Polizeiapparat unterstand in den eingegliederten Gebieten und im Generalgouvernement Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF). Ihnen waren die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS), die Befehlshaber der Ordnungspolizei (BdO) sowie die SS- und Polizeiführer unterstellt. Formal gesehen unterstanden die HSSPF persönlich den Reichstatthaltern bzw. dem Generalgouverneur Frank einerseits wie auch dem Reichsführer SS Heinrich Himmler andererseits. De facto besaß jedoch die Einbindung in die SS- und Polizeihierarchie erheblich größeres Gewicht, so daß tendenziell zwischen allen Leitern der Zivilverwaltung und den HSSPF Konflikte zu verzeichnen waren. Sachlich lag diesen Konflikten zugrunde, daß die HSSPF in erster Linie in den Kategorien des Volkstums- und Rassenkampfes dachten, während die Zivilverwaltung auch eine langfristige Befriedung und Perspektiven einer ebensolchen Ausbeutung im Auge haben mußte⁴⁹.

Die Wehrmacht spielte nach dem Ende der Militärverwaltung zunächst nur eine untergeordnete Rolle und konnte lediglich in den kriegswichtigen Rüstungsbetrieben (vor allem in Ostoberschlesien, aber auch im Industrievier in Zentralpolen in der Umgebung von Kielce und Radom) direkte Vorrechte bewahren. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wuchsen die Kompetenzen der Wehrmacht, da die polnischen Territorien direktes Aufmarsch- und Nachschubgebiet wurden. Ab 1942 kamen die im Generalgouvernement stationierten Wehrmachteinheiten auch bei der Partisanenbekämpfung, bei Razzien und »Befriedungsaktionen« zum Einsatz, insbesondere in der Region um Zamość. Mit dem Zurückweichen der Front auf die polnischen Territorien ab Sommer 1944 verstärkte sich der Einfluß der Wehrmachtinstanzen; die Besatzungspolitik, in wachsendem Maße von Chaos und Improvisation geprägt, veränderte sich dadurch jedoch nicht grundlegend. Insgesamt konnte die Wehrmacht in den von ihr beherrschten Bereichen teilweise mäßigend auf das Besatzungsregime einwirken; die wenigen Juden, die die deutsche Besatzung überlebten, gelang dies zum größten Teil in den Rüstungsbetrieben der Wehrmacht. Dem steht jedoch die Verantwortung für Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, die »Partisanenbekämpfung« sowie in der letzten Kriegsphase für die blutige Niederschlagung des Warschauer Aufstan-

⁴⁸ Überblick für das GG bei Bömelburg/Musial, Deutsche Besatzungspolitik (wie Anm. 2), S. 7–75.

⁴⁹ In der Literatur dominiert bis heute ein personalistischer Zugang, der die Differenzen als Konflikte zwischen einzelnen Personen beschreibt; prosopographischer Überblick zu den HSSPF: Ruth Bettina Birn, Die höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986.

des unter Bruch zahlreicher Normen der Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung gegenüber⁵⁰.

In der deutschen Besatzungspolitik sind keine ausgeprägten Phasen zu erkennen, zumal die Grundeinstellung zwischen 1939 und 1945 keinen Veränderungen unterlag. Sichtbar sind aus der internationalen politischen Lage und der Situation des kriegführenden Deutschlands resultierende begrenzte Kurswechsel und teilweise taktische Zugeständnisse⁵¹, die folgende Einteilung nahelegen: 1939–1940: eine deutsche Besatzungspolitik, die durch Terror sowie schnelle und kurzsichtige wirtschaftliche Ausplünderung eine gänzliche Unterordnung des besetzten Landes erreichen will; 1941–1943: Die besetzten polnischen Territorien werden zu einem militärischen Auf- und Durchmarschgebiet, in dessen Gefolge der Völkermord an den polnischen Juden ausgeführt und die endgültige ethnische Neuordnung Osteuropas durch den Generalplan Ost und das Zamość-Projekt vorbereitet wird; 1944–1945: Das Heranrücken der Front und die Einbeziehung in die totale Mobilmachung legen der deutschen Besatzungspolitik einerseits taktische Zugeständnisse nahe, etwa durch publizistische Angebote in der kontrollierten Presse oder geheime Sondierungen beim polnischen Widerstand über mögliche gemeinsame Interessen. Zugleich erfolgt allerdings entlang den Imperativen der deutschen Kriegführung im Osten eine Zerstörung der gesamten technischen Infrastruktur des Landes sowie im Anschluß an den Warschauer Aufstand die gezielte Vernichtung der zentralen Kultur- und Kunstgüter Polens.

Wichtiger als die chronologischen sind die grundsätzlichen regionalen Unterschiede in der deutschen Besatzungspolitik: Während in einigen eingegliederten Gebieten der Akzent auf einer raschen Germanisierung unter Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und technischen Infrastruktur lag (Ostoberschlesien, teilweise auch Danzig-Westpreußen), dominierte im Wartheland und im Regierungsbezirk Zichenau eine Politik der ethnischen Segregation mittels Deportation und Ermordung der polnischen Juden und der polnischen Intelligenz. Noch brutaler wurde diese Politik im Generalgouvernement durchgeführt, wo ihr in vieler Hinsicht ein klares Ziel fehlte, während andererseits die Anwesenheit eines polnischen Untergrundstaates und einer Widerstandsbewegung von der Besatzungspolitik als Vorwand oder vielmehr Auslöser für großangelegte Terror- und »Befriedungs«-Maßnahmen herhalten mußte. In den östlichen Regionen des polnischen Staates (Wilnagebiet, westliches Weißrußland, Wolhynien, Ostgalizien), die erst ab dem Sommer 1941 von deutschen Truppen besetzt wurden, suchte die deutsche

⁵⁰ Die Rolle der Wehrmacht ab dem Oktober 1939 wurde (im Unterschied zur Rolle in der Sowjetunion) niemals Gegenstand größerer Forschungen. Die folgende Literatur kann als Arbeitsgrundlage dienen: Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt a.M. 1991; zum Warschauer Aufstand jetzt als deutschsprachige Einführung: Borodziej, *Der Warschauer Aufstand 1944* (wie Anm. 7); zum Vorgehen des deutschen Militärs weiterhin unentbehrlich Hanns von Krannhals, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt a.M. 1962.

⁵¹ Dazu liegt jetzt eine umfangreiche Darstellung vor: Tomasz Głowiński, *O nowy porządek europejski. Ewolucja hitlerowskiej propagandy politycznej wobec Polaków w Generalnym Gubernatorstwie 1939–1945*, Wrocław 2000.

Besatzungspolitik die ethnischen Konflikte, z.B. zwischen Polen und Ukrainern oder zwischen Polen und Litauern, zu instrumentalisieren, um so als Schiedsrichter zwischen einander bekämpfenden Gruppierungen eine prekäre Machtbasis aufrechterhalten zu können.

Die Wirtschaftspolitik

Entsprechend der regionalen Differenzierung gestaltete sich insbesondere die Wirtschaftspolitik in den einzelnen deutschen Verwaltungseinheiten sehr unterschiedlich⁵². In den ins Reich eingegliederten Gebieten, wo ca. vier Fünftel insbesondere der polnischen Schwerindustrie angesiedelt waren⁵³, wurden sämtliche höheren Beamten aus den Wirtschafts- und Verwaltungsbetrieben entfernt. Zugleich wurden private Banken, Firmen und Grundbesitzer nichtdeutscher Nationalität enteignet und das Vermögen in den Besitz der staatlichen deutschen Treuhandverwaltung überführt. Die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) – zwecks »Erfassung des Vermögens des polnischen Staates [...] und Privatvermögen polnischer und jüdischer Hand« am 19. Oktober 1939 gegründet – erhielt das alleinige Recht, Beschlagnahmen und Enteignungen polnischen Vermögens durchzuführen⁵⁴. Enteignungen des Vermögens polnischer Staatsbürger ließen sich mit der »Polenvermögensordnung« vom 17. September 1940 problemlos umsetzen. In ihrer Aufgabenstellung und Struktur war die HTO eine neue Form wirtschaftlicher Lenkung, welche die Erfassung, Verteilung und Ausnutzung des polnischen Eigentums steuerte. Dabei erreichte die Tätigkeit der Beschlagnahme und Umverteilung gigantische Ausmaße: Bis Ende 1941 hatte die HTO 214 000 Immobilien, 38 000 Industrieobjekte sowie Wertpapiere beschlagnahmen lassen; Ende Februar 1942 waren in der Landwirtschaft 897 000 Wirtschaften mit einer Gesamtfläche von 8,1 Millionen Hektar enteignet worden⁵⁵. Nutznießer und Begünstigte dieser Enteignungen waren deutsche Unternehmen, reichsdeutsche Neusiedler, volksdeutsche Aktivistinnen wie auch – oft ohne eigenes Zutun – die volksdeutschen Umsiedler, die aus dem Baltikum oder aus Osteuropa in den ins Reich eingegliederten Gebieten angesiedelt wurden.

Die zweite Säule der NS-Wirtschaftspolitik bildete die intensive Ausbeutung der Landwirtschaft, da aus den eingegliederten Gebieten die Versorgung der deutschen Bevölkerung im Westen aufrechterhalten werden sollte. Eine drastische Politik kam in dieser Hinsicht im Wartheland zum Tragen, da Großpolen als Agrarüberschußgebiet galt: Die vorhandenen agrarischen Großbetriebe wurden

⁵² Überblick: Röhr, Zur Wirtschaftspolitik (wie Anm. 41).

⁵³ Zur Wirtschaftspolitik gegenüber der polnischen Schwerindustrie: Alfred Sulik, *Przemysł ciężki rejencji katowickiej w gospodarce Trzeciej Rzeszy (1939–1945)*, Katowice 1984.

⁵⁴ Gründungserlaß abgedr. in *Europa unterm Hakenkreuz* (wie Anm. 4), Bd 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939–1945, Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr, Berlin 1989, S. 132 f. Eine Monographie zur HTO fehlt bislang.

⁵⁵ Zahlen: Röhr, Zur Wirtschaftspolitik (wie Anm. 41), S. 235.

durchweg an NS-Eliten und hohe Offiziere vergeben, die mittelbäuerlichen Betriebe erhielten volksdeutsche Umsiedler, und auf den schlechtesten Böden in den »Polenreservaten« wurde die polnische Landbevölkerung konzentriert⁵⁶. In Danzig-Westpreußen und Südostpreußen erfolgte die Abschöpfung der Agrarproduktion in erster Linie durch Ablieferungskontingente landwirtschaftlicher Produkte; diese mildere Form der Ausbeutung gab der polnischen Bevölkerung größere Spielräume zur Sicherung der eigenen Existenz. Die Politik der Ausbeutung und des Hungers gegenüber der ortsansässigen Bevölkerung erwies sich als durchaus erfolgreich: 1942/43 erbrachte allein das Wartheland drei Millionen Tonnen Getreide (13 Prozent des Solls für das Deutsche Reich) und 30 Prozent der Zuckerproduktion⁵⁷.

Im Generalgouvernement beschränkte sich die deutsche Wirtschaftspolitik dagegen zunächst auf die Ausbeutung und Ausplünderung des Landes unter Abtransport aller für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Vorräte und Maschinen. Die Region sollte als agrarisch geprägtes Hinterland des Großdeutschen Reichs nur billige Arbeitskräfte liefern, wobei der Grundsatz galt, daß der Besatzungsapparat aus dem Lande finanziert werden müsse. Währungspolitisch wurde durch den Zudruck polnischer Währung (Złoty) ohne Gegendeckung die schnell wuchernde Besatzungsbürokratie finanziert. Steuererhöhungen, Kriegsabgaben sowie Sonder- und Strafbzahlungen sollten die Kosten für die Stationierung und Besoldung von Wehrmacht und Polizei sowie für das aus militärischen Gründen notwendige Verkehrswegebauprogramm decken⁵⁸.

Die Folgen dieser kurzfristigen Ausbeutungspolitik erwiesen sich rasch als verheerend: Die Währungspolitik löste eine Hyperinflation aus. Deutsche Gegenmaßnahmen wie Preisstopps, Kontrollen gegen »Wucher« und die Rationierung der Lebensmittel führten zu einem Verschwinden der Waren aus den Geschäften und zur Entstehung eines enormen Schwarzmarktes, auf den zudem ein wachsender Teil der polnischen und jüdischen Bevölkerung zur Deckung des Existenzminimums angewiesen war⁵⁹. Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Konsequenzen suchten die deutschen Behörden ab 1940 gegenzusteuern und im Generalgouvernement eine Kernstruktur aufrechtzuerhalten. Diese stützte sich ab dem Sommer 1941 insbesondere auf Versorgungs- und Rüstungsbetriebe der Wehr-

⁵⁶ Darstellung aus der Perspektive der polnischen Dorfgesellschaft: Tadeusz Janicki, *Wieś w kraju Warty 1939–1945*, Poznań 1996.

⁵⁷ Zahlen nach Röhr, *Zur Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 41), S. 243.

⁵⁸ Übersicht über die Wirtschaftspolitik im GG bei Bömelburg/Musial, *Deutsche Besatzungspolitik* (wie Anm. 2), S. 78–85; Eisenblätter, *Grundlinien* (wie Anm. 8), S. 110–130, 306–313. – Zum Banken- und Finanzwesen: Franciszek Skalniak, *Bank Emisyjny w Polsce 1939–1945*, Warszawa 1966; ders., *Polityka pieniężna i budżetowa tzw. Generalnego Gubernatorstwa narzędziem finansowania potrzeb III Rzeszy*, Warszawa 1976. Der Berliner Historiker Ingo Loose bereitet zu dem Thema gerade eine Monographie vor. – Zu den Sonder- und Strafbzahlungen: Andrzej Dmitrzak, *Hitlerowskie kontrybucje w okupowanej Polsce 1939–1945*, Poznań 1983.

⁵⁹ Łuczak, *Polityka ludnościowa* (wie Anm. 5), S. 535–566; Czesław Łuczak, *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*, Poznań 1993, S. 270–277. Zahlreiche Beobachtungen finden sich in den Tagebüchern des Wirtschaftswissenschaftlers Ludwik Landau, *Kronika lat wojny i okupacji*, 3 Bde, Warszawa 1962 f.

macht, die die Wirtschaft des Generalgouvernements immer stärker in die Kriegswirtschaft des »Dritten Reichs« integrierten. In der Rüstungswirtschaft wurden in wachsendem Ausmaß polnische und jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt⁶⁰.

Das Territorium des Generalgouvernements, bis 1939 wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse ein agrarisches Zuschußgebiet, verwandelte sich infolge der Repressions- und Vernichtungspolitik unter deutscher Besatzung ab 1941 in ein Exportgebiet: Die Rationen für die polnische und jüdische Bevölkerung waren so niedrig angesetzt, daß diese für die Überschüsse hungerten. Zudem schrieb die deutsche Verwaltung den Bauern durch Zwangskontingente hohe Lebensmittelablieferungen vor, die vielfach mit Zwangsmitteln (Plünderungen, physische Gewalt, Strafexpeditionen) erzwungen wurden. Schließlich machte der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung ab 1941 Nahrungsmittel frei, die nun ins Reich exportiert werden konnten. Die Ausbeutung der polnischen Landbevölkerung und der Völkermord an den Juden trugen in erheblichem Maße dazu bei, daß im Deutschen Reich bis 1945 die Lebensmittelversorgung gesichert blieb⁶¹.

Einen gesonderten Aspekt der deutschen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik in den ins Reich eingegliederten Gebieten wie im Generalgouvernement bildete die massenhafte Anwendung von Arbeitszwang und Zwangsarbeit vor Ort oder durch Deportationen nach Deutschland. Schätzungen gehen von rund 2,8 Millionen Zwangsarbeitern aus allen Territorien des polnischen Staates aus, wobei schwerpunktmäßig die agrarisch strukturierten (Regierungsbezirk Zichenau, Wartheland, Generalgouvernement) betroffen waren⁶². So hatte das Wartheland durch die Deportationen einen Bevölkerungsschwund von 12,2 Prozent zu verzeichnen; die deutsche Verwaltung wollte hier die »überflüssige« Bevölkerung loswerden. Aus dem Regierungsbezirk Zichenau wurden Zwangsarbeiter insbesondere zur Arbeit auf ostpreußische Bauernhöfe verschickt⁶³.

⁶⁰ Als Indikator kann der Warenwert der Lieferungen aus dem Generalgouvernement für die deutsche Kriegswirtschaft gelten: 12 550 000 RM (Oktober 1940), 26 860 000 (Oktober 1941), 42 686 000 (Oktober 1942), 58 950 000 (Oktober 1943), 86 084 000 RM (Mai 1944). Zahlen nach Bömelburg/Musial, Deutsche Besatzungspolitik (wie Anm. 2), S. 79; Eisenblätter, Grundlinien (wie Anm. 8), S. 313. – Zur Hugo Schneider AG (HASAG), einem Leipziger Unternehmen, das zum größten Rüstungslieferanten im Generalgouvernement aufstieg, und der Ausbeutung jüdischer Zwangsarbeiter vgl. Felicia Karay, *Death Comes in Yellow*. Skarzysko-Kamienna Slave Labor Camp, Amsterdam 1997.

⁶¹ Konkrete Beispiele und Statistiken bei Bömelburg/Musial, Deutsche Besatzungspolitik (wie Anm. 2), S. 79–84. Das Kalkül der nationalsozialistischen Ernährungs- und Vernichtungspolitik wurde zuletzt umfassend bei Christian Gerlach, *Krieg, Ernährung, Völkermord*. Forschungen zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, Hamburg 1998, dargestellt. Weiterhin sind folgende polnische Studien heranzuziehen: Czesław Rajca, *Walka o chleb 1939–1944*. Eksploatacja rolnictwa w Generalnym Gubernatorstwie, Lublin 1980.

⁶² Bis heute nicht überholte Gesamtdarstellung: Władysław Rusiński, *Położenie robotników polskich w czasie wojny 1939–1945 na terenie Rzeszy i »obszarach wcielonych«*, 2 Bde, Poznań 1949 und 1955; wichtigste Dokumentensammlungen: *Położenie polskich robotników przemysłowych w Rzeszy 1939–1945*, hrsg. von Czesław Łuczak, Poznań 1975 (*Documenta Occupationis*, 9); *Praca przymusowa Polaków pod panowaniem hitlerowskim 1939–1945*, hrsg. von Alfred Konieczny und Herbert Szurgacz, Poznań 1976 (*Documenta Occupationis*, 10).

⁶³ Bohdan Kozieł-Poklewski, *Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, Warszawa 1977.

Während 1939 noch freiwillige Rekrutierungen vorkamen, wurden ab 1941 verstärkt Polinnen und Polen zum Arbeitseinsatz durch deutsche Vermittlungsstellen zwangsverpflichtet. Als sich bei deutschen Stellen auf entsprechende Bekanntmachungen kaum mehr Arbeitskräfte meldeten, und auch die polnische Lokalverwaltung angesichts des wachsenden Widerstands der Betroffenen keine Arbeitskräfte mehr stellte, griffen die deutschen Besatzungsorgane zu Razzien und Verhaftungen auf offener Straße. Eine neue Welle von Verschleppungen löste die Niederschlagung des Warschauer Aufstandes aus. Die Lebensbedingungen in den Industriebetrieben im Reich wurden zuletzt auf der Basis von Aktenüberlieferungen *und* lebensgeschichtlichen Interviews mit den Opfern sorgfältig erforscht⁶⁴.

Wesentlich schlechter bekannt ist die Zwangsarbeit vor Ort – sei es in deutschen Firmen oder von Treuhändern verwalteten Betrieben, sei es in der Landwirtschaft bei deutschen Bauern oder für die Wehrmacht und die Zivilverwaltung, in Arbeitslagern bei Verkehrsprojekten (Baudienst) und der Auslagerung von Wirtschaftsbetrieben. Besonders in den Arbeitslagern herrschten oft menschenverachtende Arbeitsbedingungen infolge von katastrophalen sanitären Zuständen und unzureichender Lebensmittelversorgung⁶⁵.

Auch die deutsche Besatzungswirtschaft wies in den bis 1939 polnischen Territorien erhebliche Unterschiede auf; grundsätzlich muß die Politik in den ins Reich eingegliederten Gebieten von derjenigen im Generalgouvernement und in den ostpolnischen Territorien unterschieden werden. Während in ersteren eine Erhaltung des wirtschaftlichen Potentials und eine Eingliederung in die deutsche Wirtschaft unter radikaler Entfernung der polnischen Eigentümer und wirtschaftlichen Eliten durchgeführt wurde, unterlag die Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement erheblichen Schwankungen, die von einer rücksichtslosen Raubwirtschaft (1939/40) bis zu einer Nutzbarmachung der Ressourcen für die Kriegswirtschaft des Deutschen Reichs reichten. In allen Fällen blieben jedoch die Interessen der Eigentümer und der polnischen Bevölkerung unberücksichtigt, so daß der in deutschen Quellen wie in der Forschung verwandte Begriff einer »Kolonialwirtschaft« berechtigt ist.

⁶⁴ Methodische Pionierstudie: Valentina Maria Stefański, Zwangsarbeit in Leverkusen. Polnische Jugendliche im I.G. Farbenwerk, Osnabrück 2000; Karl Liedke, Gesichter der Zwangsarbeit. Polen in Braunschweig 1939–1945, Braunschweig 1997. – Polnische Selbstzeugnisse: *Dziesięćstwo i młodość ze znakiem »P«*. Wspomnienia, hrsg. von Bohdan Kozieli-Poklewski und Bohdan Łukasiewicz, Olsztyn 1982; zweisprachige Ausgabe zu nach dem Warschauer Aufstand verschleppten Warschauerinnen: Angela Martin, »Ich sah den Namen Bosch.« Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH, Berlin 2002.

⁶⁵ Der Einsatz von Zwangsarbeitern in Ostoberschlesien ist wenig erforscht, grundlegend Alfred Sulik, Volkstumspolitik und Arbeitseinsatz. Zwangsarbeiter in der Großindustrie Oberschlesiens, in: *Europa und der »Reichseinsatz«*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, hrsg. von Ulrich Herbert, Essen 1991, S. 106–126. Zur Zwangsarbeit im oberschlesischen Bergbau bereitet Valentina Maria Stefański eine Studie vor. – Zwangsarbeitslager: Józef Marszałek, *Obozy pracy w Generalnym Gubernatorstwie w latach 1939–1945*, Lublin 1998 (mit Übersicht über die ältere Literatur); Mściśław Wróblewski, *Służba budowlana (Baudienst) w Generalnym Gubernatorstwie 1940–1945*, Warszawa 1984.

Lebensraumpolitik: Völkermord an den Juden,
Deportationen, »Einsiedlungen« und »Germanisierung«

Die jüdische Bevölkerung wurde seit Ende 1939 unter erniedrigenden Umständen in nur für Juden vorgesehene Hunderte von Arbeitslagern und in Kleingettos konzentriert. In den Lagern und Gettos leistete sie Zwangsarbeit für deutsche Betriebe und die Zivilverwaltung. Die Unterbringungs- und Ernährungsbedingungen sowie die Behandlung durch die deutschen Wachmannschaften gestalteten sich so katastrophal, daß Schätzungen von Zehntausenden jüdischer Opfer allein in den Lagern im Wartheland ausgehen⁶⁶. Seit 1940 ließen hier die Deutschen die jüdische Bevölkerung in größeren Gettos in einigen Städten sammeln, insbesondere in Lodz; das dortige Getto bestand fast vier Jahre vom April 1940 bis zum Sommer 1944.

Im Generalgouvernement wurde die jüdische Bevölkerung aus dem regulären Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen, in die schlechtesten Wohnbezirke verdrängt und zur Zwangsarbeit herangezogen. Erst nachdem die Pläne einer territorialen Aussiedlung (»Madagaskar-Plan«) bzw. von »Judenreservaten« (»Nisko-Plan«, »Judenreservat« im Distrikt Lublin) aufgegeben worden waren⁶⁷, erfolgte auch im Generalgouvernement und im Regierungsbezirk Zichenau 1941/42 die vollständige Errichtung »jüdischer Wohnbezirke«.

Da einerseits die Gettos überquollen, Abschiebungen nicht mehr möglich waren und andererseits SS und Zivilverwaltung ihren Ehrgeiz daran setzten, die Region möglichst schnell »judenfrei« zu machen, entstanden im Sommer und Herbst 1941 im Wartheland und im Generalgouvernement Konzepte zum Völkermord an den noch in der Region lebenden Juden⁶⁸. Zugleich begannen die Planungen und der Bau der Vernichtungslager in Kulmhof (Chełmno nad Nerem) im Wartheland sowie Belzec, Sobibór und schließlich Treblinka im Generalgouvernement⁶⁹. Par-

⁶⁶ Luczak, *Pod niemieckim jarzmem* (wie Anm. 5), S. 41–51.

⁶⁷ Hans Jansen, *Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar*, München 1997; Magnus Brechtken, »Madagaskar für die Juden«. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1998; Pohl, *Judenpolitik* (wie Anm. 13), S. 47–51; Christian Gerlach, *Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilew, Belorussia*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, 11 (1997), S. 60–78; Peter Longerich, *Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur »Endlösung«*, München, Zürich 2001, S. 78–85 (Übersicht über die Reservatspläne).

⁶⁸ Wartheland: Ian Kershaw, *Improvised genocide? The Emergence of the »Final Solution« in the »Warthegau«*, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 6th Series (1992), S. 51–78; Peter Witte, *Two Decisions concerning the »Final solution« to the Jewish Question. Deportations to Lodz and mass murder in Chełmno*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, 9 (1995), S. 293–317. Eine Freiburger Dissertation von Michael Alberti beschreibt detailliert die Entstehung der Völkermordpläne im Wartheland und wird 2003 in der Reihe »Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau« erscheinen. Generalgouvernement: Bogdan Musiał, *The Origins of »Aktion Reinhard«. The Decision-making Process for the Mass Murder of the Jews in the Generalgouvernement*, in: *Yad Vashem Studies*, 28 (2000), S. 113–153.

⁶⁹ Die Geschichte der Vernichtungslager wurde erst in den letzten Jahren u.a. durch archäologische Ausgrabungen näher erforscht. Vgl. zu Kulmhof: Janusz Gulczyński, *Obóz śmierci w Chełmnie nad Nerem*, Konin 1991; *Mówią świadkowie Chełmna*, hrsg. von Shmuel Krakowski, Konin,

allel dazu wurden die Juden im Distrikt Galizien durch Massenerschießungen und Deportation in das Vernichtungslager Belżec ermordet⁷⁰.

Der Völkermord an den Juden muß auch im Kontext des deutsch-polnischen Verhältnisses berücksichtigt werden, denn die brutale Enteignung, Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden fand vor den Augen der deutschen und polnischen Zivilbevölkerung statt. Die Konsequenzen für das alltägliche Zusammenleben können nur thesenhaft nachgezeichnet werden: Die Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsgruppe mit Männern, Frauen und Kindern bewirkte eine Brutalisierung der Täter, zu der als mittelbare Zuarbeiter, Profiteure und Mitwisser die Masse der in der Region lebenden Deutschen zählte, wie auch eine Abstumpfung der Mehrheit der polnischen Bevölkerung, die die Vernichtung der jüdischen Nachbarn sah, ohne etwas dagegen unternehmen zu können. Mehr noch: Die polnische Bevölkerung, die zu einem erheblichen Teil das herrenlose jüdische Eigentum übernahm, wurde ebenfalls zu Teilhabern eines Verbrechens, das möglichst schnell verdrängt werden mußte⁷¹. Schließlich herrschte in der ebenfalls verfolgten und in ihrer Existenz bedrohten polnischen Bevölkerung die Überzeugung vor, nach der Vernichtung der Juden käme die Reihe an sie.

Denn eine zentrale Erfahrung auch der polnischen Bevölkerung bildete die dauernde Bedrohung durch Deportationen, Vertreibungen und massenhaften Terror. Die ins Reich eingegliederten Gebiete waren ausschließlich als »Heimstätte für Deutsche« vorgesehen; das Generalgouvernement sollte als Auffanggebiet dienen, wofür allerdings keinerlei strukturelle Voraussetzungen geschaffen wurden. In der Umsetzung der Bevölkerungspolitik verbanden sich Germanisierung, Be-

Lódz 1996; zu Belżec: Michael Tregenza, *Belżec Death Camp*, in: Wiener Library Bulletin, 30 (1977), S. 8–25; ders., *Christian Wirth a pierwsza faza »Akcji Reinhard«*, in: *Zeszyty Majdanka*, 14 (1992), S. 7–28; ders., *Belżec – okres eksperymentalny. Listopad 1941 – kwiecień 1942*, in: ebd., 21 (2001), S. 165–209. – Forschungsüberblick zu Sobibór: Robert Kuwałek, *Obóz zagłady w Sobiborze w historiografii polskiej i obcej*, in: ebd., 21 (2001), S. 115–165; Jules Schelvis, *Vernichtungslager Sobibór*, Berlin 1998 [Erstausgabe 1993].

⁷⁰ Vgl. Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung* (wie Anm. 13); Sandkühler, »Endlösung« (wie Anm. 13). Das Schlüsseldokument zum Mord an den galizischen Juden, der Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei Lemberg, liegt jetzt in einer zweisprachigen Edition vor: Friedrich Katzmann, *Rozwiązanie kwestii żydowskiej w dystrykcie Galicji. Lösung der Judenfrage im Distrikt Galizien*, hrsg. von Andrzej Żbikowski, Warszawa 2001.

⁷¹ Der Literaturwissenschaftler Kazimierz Wyka erfaßte diesen Sachverhalt bereits 1945 in dem Essay »Gospodarka wyłączona« (Die ausgegliederte Wirtschaft): »Aber eine viel kompliziertere Frage ist es, ob die Formen, in der sich diese Beseitigung [der jüdischen Bevölkerung] vollzog, und die Art und Weise, in welcher unsere Gesellschaft sie ausnutzte und ausnutzt, wirklich moralisch gerechtfertigt und anzunehmen waren. Und, selbst wenn ich dieses nur für mich sage und niemanden finde, der es wiederholte, werde ich immer sagen: Nein und hundertmal nein. Die Art und Weise und die Hoffnungen waren schändlich, demoralisierend und voll niedriger Antriebe. Der wirtschaftlich-moralische Standpunkt des Durchschnittspolen gegenüber der Tragödie der Juden sah nämlich so aus: Die Deutschen, die die Juden umbrachten, begingen ein Verbrechen. Wir haben das nicht getan. Für dieses Verbrechen werden die Deutschen bestraft werden, die Deutschen beschmutzen ihr Gewissen, aber wir, wir ziehen daraus jetzt nur Nutzen und werden in Zukunft Nutzen daraus ziehen, ohne unser Gewissen zu belasten, ohne unsere Hände mit Blut zu beschmutzen. Es ist schwer, sich ein abstoßenderes moralisches Beispiel vorzustellen, als diese Auffassung unserer Gesellschaft.« Zit. nach Kazimierz Wyka, *Życie na niby. Szkice z lat 1939–1945*, Warszawa 1957, S. 130–131.

völkerungsverschiebungen und der Mord an den polnischen Eliten wie an der gesamten jüdischen Bevölkerung, wobei der Zusammenhang zwischen diesen Maßnahmen oft übersehen oder zumindest nicht in seiner ganzen Totalität wahrgenommen wird.

Bereits im Zuge der ersten NS-Maßnahmen im Herbst 1939 kam es zu wilden Austreibungen insbesondere in Danzig-Westpreußen. Ausgesiedelt wurden vor allem polnische Zuwanderer aus der Zwischenkriegszeit. Die erste »planmäßige« Massendeportation fand in der ersten Dezemberhälfte 1939 im Wartheland statt: Innerhalb von 17 Tagen traf 87 838 Polen und Juden die Aussiedlung ins Generalgouvernement. In den Anweisungen über mitzunehmende persönliche Habe hieß es: »Pro Pole ein Koffer mit Ausrüstungsstücken (kein sperrendes Gut), vollständige Bekleidung, pro Pole eine Decke (keine Betten), Verpflegung für 14 Tage [...] Es können pro Person 20 Złoty mit in das Generalgouvernement genommen werden⁷².« In der Realität fanden wilde Austreibungen statt, Straßenzüge und Dörfer wurden von Polizeieinheiten umstellt, und die Bevölkerung mußte binnen einer Stunde ihre Wohnungen räumen.

Im Wartheland liefen diese Aussiedlungen 1940 in Abhängigkeit von den Transportkapazitäten der Reichsbahn weiter, um Platz für deutsche Umsiedler zu schaffen. Im Herbst 1940 kamen Vertreibungen aus anderen Territorien hinzu: In Ostoberschlesien wurden im Rahmen der »Saybusch-Aktion« vom 23. September bis zum 14. Dezember 1940 17 413 Polen deportiert⁷³. Im Regierungsbezirk Zichenau fanden erste Umsiedlungen im November und Dezember 1940 innerhalb des Regierungsbezirks statt; an Stelle der 36 900 »verdrängten« Polen wurden 7460 Volksdeutsche angesiedelt. Hinter dem beschönigenden Terminus der »Verdrängung« verbarg sich eine Vertreibung aus Häusern und Wohnungen, wobei die Betroffenen sich ohne Unterstützung auf die Straße gesetzt fanden.

Insgesamt wurden bis zum 15.3.1941, als es der Verwaltung des Generalgouvernements und der Wehrmacht angesichts fehlender Unterbringungsmöglichkeiten und Transportkapazitäten gelang, die Vertreibungen vorläufig zu stoppen, mindestens 365 000 Einwohner der eingegliederten Gebiete ins Generalgouvernement deportiert. Dort fanden die Vertriebenen zumeist keine Versorgung vor, so daß viele zur Zwangsarbeit ins Reich kamen oder unter katastrophalen Bedingungen lebten, die durch die polnischen und jüdischen Selbsthilfeorganisationen nur gelindert werden konnten. Da ab dem Frühjahr 1941 Abschiebungen nach Osten nicht mehr möglich waren, wandte die deutsche Zivilverwaltung nun andere Methoden an: Sie enteignete polnische Bauern, die dann als Landarbeiter auf ihrem ehemaligen eigenen Hof oder in der Nachbarschaft verblieben. Teilweise wurden sie auch in Regionen ausgesiedelt, die als »fremdvölkische Reservate« noch eine begrenzte Zeit bestehen sollten, bzw. erfolgte die Einweisung in Wohnungen, in der zuvor die jüdische Bevölkerung gelebt hatte. Als »Treuhand« für die enteigneten Immobilien fungierten Deutsche, wobei diese erhebliche Spielräume besa-

⁷² Zit. nach Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 8), S. 94.

⁷³ Alfred Konieczny, Wąsiedlenia ludności polskiej powiatu żywieckiego w 1940 r. (Saybusch-Aktion), in: Studia Śląskie, 20 (1971), S. 231–249.

ßen: Sie konnten die enteignete polnische Bevölkerung auf deren ehemaligen Gütern belassen oder für deren rasche Deportation sorgen.

Im Wartheland wurden zwischen 1. April 1941 und 31. Dezember 1943 ca. 280 000 Menschen innerhalb des Warthegaus umgesiedelt und 180 000 zur Zwangsarbeit ins Reich verschickt. Teilweise wurden die enteigneten Polen in Industriegebieten auch in Arbeitslager oder »Polenlager« eingewiesen: In Ostoberschlesien wurden bis 1942 21 Lager errichtet, wo 9000 Polen geschlossenen Zwangsarbeit leisten mußten. Zahlen über Lagerinsassen liegen zum Wartheland vor, wo die Deutschen in Polizeigefängnissen, Arbeitserziehungs- und Jugendverwahrlagern 50 000 Personen bei niedrigsten Lebensmittelrationen festhielten.

Insgesamt sah die Umsetzung der Bevölkerungsverschiebungen in den eingegliederten Gebieten typologisch unterschiedlich aus. Als ein Extremfall kann das Wartheland gelten, wo von 1939 bis 1945 von den Aussiedlungen, Lagereinweisungen, Deportationen und »Verdrängungen« über 50 Prozent der Bevölkerung betroffen waren⁷⁴. Am wenigsten von den Verschiebungen berührt war der Regierungsbezirk Zichenau; wegen der kleinbäuerlichen Struktur und der schlechten Böden hieß man nur wenige Deutsche sich dort ansiedeln. Weniger stark war auch die Bevölkerung des ostoberschlesischen Industriegebiets von den Aussiedlungen betroffen, da diese als Arbeitskräfte in der Schwerindustrie zur Verfügung stehen sollten. Eine Mittelstellung nimmt Danzig-Westpreußen ein, wo nach den Massenausweisungen die verbliebene Bevölkerung zwangsweise eingedeutscht wurde.

In den eingegliederten Gebieten, insbesondere im Wartheland, wurden ab Herbst 1939 »Volksdeutsche« von den Behörden »eingesiedelt«, wobei es sich um Minderheiten aus Ostmittel- und Osteuropa handelte, die im Zuge der deutsch-sowjetischen Abkommen »Heim ins Reich« geholt werden sollten. Auch hierbei blieben die Bedürfnisse der Betroffenen zur Gänze unberücksichtigt; sie bildeten zunächst Opfer der NS-Politik, bevor sie durch die Ansiedlung in ehemals polnischen und jüdischen Häusern und Wohnungen auch zu Nutznießern dieser Politik wurden⁷⁵. Diese Enteignungen der polnischen und Ansiedlungen von deutscher Bevölkerung vergifteten das Klima zwischen den beiden Gruppen zusätzlich.

Das Generalgouvernement war zunächst als Aufnahmegebiet der deportierten Polen und Juden vorgesehen, wobei die deutsche Besatzungsverwaltung keinerlei Maßnahmen zur Versorgung der ohne Hab und Gut Deportierten unternahm. In der zweiten Jahreshälfte 1941 entwickelten jedoch Reichssiedlungshauptamt und SS Pläne, im Süden des Distrikts Lublin in der Region um Zamość eine deutsche

⁷⁴ Jerzy Marczewski, *Hitlerowska koncepcja polityki kolonizacyjno-wysiedleńczej i jej realizacja w »Okręgu Warty«*, Poznań 1979.

⁷⁵ Insgesamt wurden bis Januar 1944 ca. 370 000 »volksdeutsche Umsiedler« – vor allem aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien, Bessarabien und der Ukraine – angesiedelt, davon 245 000 im Wartheland, 58 000 in Danzig-Westpreußen, 40 000 in Ostoberschlesien und 10 000 im Regierungsbezirk Zichenau. Zahlen nach Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik* (wie Anm. 8), S. 134. Vgl. auch Janusz Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia ludności niemieckiej w dobie II wojny światowej*, Poznań 1966 (NS-»Rücksiedlungen« der deutschen Bevölkerung; erste Monographie zu dem Thema, in der deutschen Literatur kaum beachtet), sowie Janusz Wróbel, *Przemiany ludnościowe spowodowane polityką okupanta hitlerowskiego w tzw. regencji łódzkiej w latach 1939 – 1945*, Warszawa 1989.

»Siedlungsbrücke« zwischen den »nordischen« baltischen Staaten und dem »deutschbesiedelten Siebenbürgen« zu errichten⁷⁶. Diese Pläne wurden ab November 1941 durch die Aussiedlung polnischer Dörfer in die Tat umgesetzt; bis zum Sommer 1943 wurden in der Region Zamość ungefähr 110 000 polnische Bauern vertrieben, was konkret die Deportation in »Polenreservate« oder die Flucht der Betroffenen bedeutete. Vor allem die Vertreibungen im Bereich Zamość führten zu einem deutlichen Anwachsen des polnischen Widerstands, da die vertriebenen Bauern, sei es aus materieller Not, sei es im Bewußtsein der Ausweglosigkeit ihrer Lage, die Untergrundeinheiten in der Region verstärkten⁷⁷.

Die Vertreibungen in der Region Zamość standen im größeren Zusammenhang des 1940/41 in der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung des Deutschen Volkstums und im Reichssicherheitshauptamt konzipierten »Generalplans Ost«, der, 1942/43 zum »Generalsiedlungsplan« weiterentwickelt, die Deportation von 30 bis 45 Millionen Polen, Ukrainern und Russen vorsah⁷⁸. Diese Planungen erfaßten das gesamte Gebiet des polnischen Staates von 1939 und sprachen für die Nachkriegszeit der polnischen Bevölkerung jegliches Existenzrecht ab. Im Rahmen der deutschen Besatzungspolitik wurden sie nur in der Region Zamość und im Wartheland ansatzweise realisiert, schürten aber durch die Radikalität der Umsetzung den Eindruck, die NS-Politik plane auch den Völkermord an der polnischen Bevölkerung.

Die systematische Ermordung der polnischen Eliten wurde im Generalgouvernement im Mai/Juni 1940 wiederaufgenommen, als in der »Außerordentlichen Befriedungsaktion« (»AB-Aktion«) ca. 4000 bis 6500 Menschen ums Leben kamen. Zugleich wurden etwa 20 000 Personen in Konzentrationslager deportiert⁷⁹. Ähn-

⁷⁶ Zur Kennzeichnung des Denkstils vgl. das Schreiben des SS-Hauptsturmführers Hellmut Müller an Otto Hoffmann, Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, vom 15.10.1941: »Der Gedanke des Brif. [Odilo Globocnik] ist nun, aus einem Teilstück heraus die Deutschbesiedlung des gesamten Distrikts Lublin durchzuführen und darüber hinausgehend [...] im Anschluß an die nordisch bzw. deutschbesiedelten baltischen Länder über Distrikt Lublin einen Anschluß an das deutschbesiedelte Siebenbürgen herzustellen. Er will so im westlichen Zwischengebiet das verbleibende Polentum siedlungsmäßig »einkesseln« und allmählich wirtschaftlich und biologisch erdrücken.« Zit. nach Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej, hrsg. von Czesław Madajczyk, 2 Bde, Lublin 1977, hier Bd 1, S. 29–31.

⁷⁷ Zu Zamość liegt keine deutschsprachige monographische Darstellung vor, heranzuziehen sind: Janina Kielboń, *Migracje ludności w dystrykcie lubelskim w latach 1939–1944*, Lublin 1995; *Materiały do dziejów Zamojszczyzny w latach wojny 1939–1945*, hrsg. von Zygmunt Klukowski, 4 Bde, Zamość 1946 f.; Zygmunt Klukowski, *Dziennik z lat okupacji Zamojszczyzny (1939–1944)*, hrsg. von Zygmunt Mańkowski, Lublin 1958 (engl. Ausgabe: *Diary from the years of occupation 1939–1944*, ed. by Andrew Klukowski and Helen Klukowski-May, Urbana, Chicago 1993); Nachtrag der zensierten Teile: Zygmunt Klukowski, *Dziennik 1944–1945*, Lublin 1990. Das Tagebuch ist eine erstrangige Quelle für die Alltagsgeschichte der Region in der Besatzungszeit.

⁷⁸ Grundlegende Akteneidition: *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, hrsg. von Czesław Madajczyk, München 1994; Darstellung: *Der »Generalplan Ost« Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, hrsg. von Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher, Berlin 1993.

⁷⁹ Frank, *Diensttagebuch* (wie Anm. 42), S. 202 f., 211–214; zum Hintergrund *Eisenblätter, Grundlinien* (wie Anm. 8), S. 173–178. Die Zahl von 4000 Opfern geht auf eine Bemerkung Hans

liche Massenverhaftungen erfolgten in den eingegliederten Gebieten in mehreren Wellen: im Wartheland im April/Mai 1940 (5000 Verhaftete), in Ostoberschlesien im Oktober 1941 (1000 Verhaftete)⁸⁰. Ab 1942 konzentrierte sich im Generalgouvernement der Terror gegen Bevölkerungsgruppen, die ihre Ablieferungspflichten nicht erfüllten oder im Verdacht standen, mit dem polnischen Untergrund zusammenzuarbeiten, durch »Vergeltungsaktionen« für Anschläge gegen deutsche Beamte oder die volksdeutsche Bevölkerung. Im Januar 1943 fand eine neue Verhaftungs- und Deportationswelle statt. Zwischen Oktober 1943 und Februar 1944 wurden wöchentlich allein in Warschau 3000 Personen ermordet. Eine neue massive Terrorwelle löste der Warschauer Aufstand im August 1944⁸¹ sowie der überhastete und Züge eines Zusammenbruchs annehmende deutsche Rückzug im Winter 1945 aus: Kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen ermordeten die Deutschen zu großen Teilen die in den Lagern in Lublin, Mława und Płock einsitzenden Gefangenen. In Radogoszcz bei Lodz wurden am 17./18. Januar 1945 über 900 Insassen des dortigen Gefängnisses hingerichtet⁸². Andere Lager wurden in »Todesmärschen« evakuiert, bei denen ein großer Teil der Häftlinge umkam⁸³.

Die »Germanisierung«, die durch Zwangsmaßnahmen begleitete und oft von materiellen Vorteilen unterstützte Eindeutschung eines erheblichen Teils der polnischen Bevölkerung, verlief in einer Grauzone zwischen Freiwilligkeit, Opportunismus und massivem Druck von seiten der deutschen Verwaltung mit deutlichen regionalen Abweichungen und entzieht sich einer Schwarz-Weiß-Darstellung, da die individuelle Situation der Betroffenen berücksichtigt werden muß. Grundsätzlich nötigte die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik allen Bewohnern des besetzten Polen ein ethnisches Bekenntnis ab, womit besonders die Angehörigen gemischter Familien und ein großer Personenkreis, der sowohl Bezüge zur deutschen wie zur polnischen Kultur aufwies, unter Druck gesetzt wurden. Die Selektionskriterien für die Germanisierung verbanden »rassische« mit psychologischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kriterien. Da dieses Kriterienbündel äußerst unscharf war, verfolgten die Regionalverwaltungen je nach Situation und Tagesbedürfnissen eine unterschiedliche Politik. Ausgeschlossen blieb nur die allein nach rassistischen Kriterien eingestufte jüdische Bevölkerung.

Franks, Dienstagebuch (wie Anm. 42), S. 214, zurück. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* (wie Anm. 5), Bd 2, S. 237, spricht von 6500 Opfern.

⁸⁰ Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* (wie Anm. 5), Bd 2, S. 237 f.; Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem* (wie Anm. 5), S. 38 f.

⁸¹ Siehe dazu den Beitrag von Włodzimierz Borodziej in diesem Band.

⁸² Antoni Galiński, *Zbrodnica likwidacja więzienia w Radogoszczu 17–18 I 1945 r.*, in: *Biuletyn Głównej Komisji*, (1989), 1, S. 64–70.

⁸³ Im Regierungsbezirk Zichenau z.B. bei der Evakuierung des KZ in Soldau, vgl. Aleksander Drwęcki und Ryszard Juszkiewicz, *Zbrodnie hitlerowskie w powiecie przasnyskim w latach 1939–1945*, in: *Eksterminacja ludności polskiej w okresie okupacji hitlerowskiej: wyniki badań ośrodków terenowych*, Warszawa 1979, S. 5–63, hier S. 17–22. Eine Einführung mit Verweisen auf die umfangreiche polnische Literatur liefert Daniel Blatman, *Die Todesmärsche – Entscheidungsträger, Mörder und Opfer*, in: *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur*, hrsg. von Ulrich Herbert, Karin Orth und Christoph Dieckmann, Göttingen 1998, Bd 2, S. 1063–1092.

Als Beispiel für ein erzwungenes politisches Bekenntnis kann in Ostoberschlesien die Einwohnererfassung vom 17. bis 23. Dezember 1939 gelten, wo unter Androhung der Aussiedlung für diejenigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit annahmen, 95 Prozent der Bevölkerung sich zu diesem Schritt bereit erklärten. Bei der Planung der Erfassung spielte in Kreisen der NS-Verwaltung auch die Vorstellung eine Rolle, »Wasserpolen und Slonsaken« seien »abstammungsmäßig polonisierte Deutsche«, die für das Deutschtum zurückgewonnen werden müßten. Die oberschlesische Regionalverwaltung schlug deshalb vor, diese Bevölkerung als deutsche Staatsangehörige anzusehen⁸⁴.

Dagegen bildete im Wartheland die erste Einrichtung einer »Deutschen Volksliste« im Oktober 1939 vor allem eine Konsequenz der dortigen Nationalitätenpolitik, die von den Volkstumskampfprinzipien der »Polenabwehr« geleitet war: Das Privileg der Aufnahme in die »Deutsche Volksliste« sollten nur diejenigen erhalten, die sich aktiv für das Deutschtum eingesetzt hatten bzw. unzweifelhaft eine deutsche Herkunft nachweisen konnten. Kontingente der Aufzunehmenden wurden auf der Basis von »geheimen Volkszählungen« durch die deutsche Minderheit im Zwischenkriegspolen festgelegt. Bis Mai 1940 enthielt die »Deutsche Volksliste« im Wartheland deshalb nur zwei Gruppen: »Bekennnisdeutsche« und »Deutschstämmige«. Eine Ausdehnung der Eindeutschung war nicht vorgesehen, da damit eine »Unterminierung der Position des Deutschtums und Gefahr für die Partei«⁸⁵ verbunden sei.

Solche differierenden Vorstellungen erforderten eine Abstimmung auf der Ebene der für die »Festigung des deutschen Volkstums« zuständigen Zentralbehörden, die durch Heinrich Himmlers »Erlaß für die Überprüfung und Aussonderung der Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten«⁸⁶ vom 12. September 1940 und endgültig durch die »Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten«⁸⁷ vom 4. März 1941 erfolgte. Grundsätzlich war die Volkslistenzugehörigkeit nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichzusetzen, da die nationalsozialistische Gesetzgebung zwischen »Reichsbürgerrecht«, welches nur die Personen besaßen, die am 1. September 1939 auf dem Reichsterritorium lebten, und »Deutscher Staatsangehörig-

⁸⁴ »Ich schlage deshalb vor, alle Oberschlesier als deutsche Volkszugehörige und damit als deutsche Staatsangehörige anzusehen, die sich jetzt zum Deutschtum bekennen, sofern im Einzelfalle keine besonderen Bedenken dagegen bestehen.« Brief des Polizeipräsidenten in Kattowitz an den Oberpräsidenten Wagner vom 16.1.1940, abgedr. in *Położenie ludności w Rejencji Katowickiej w latach 1939 – 1945*, hrsg. von Waclaw Długoborski, Poznań 1983 (*Documenta Occupationis*, 11), S. 10 f.

⁸⁵ Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik* (wie Anm. 8), S. 122 f. – Zur Entstehung der »Deutschen Volksliste« im Wartheland: Karol Marian Pospieszalski, *Niemiecka lista narodowa w »Kraju Warty«*, Poznań 1949 (*Documenta Occupationis Teutonicae*, 4), S. 15–130, sowie mit neuerer Literatur Michael G. Esch, »Gesunde Verhältnisse«. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998, S. 229–246.

⁸⁶ RFSS und RKF vom 12.9.1940, abgedr. in *Położenie ludności* (wie Anm. 84), S. 21–25.

⁸⁷ *Hitlerowskie »prawo« okupacyjne* (wie Anm. 23), S. 119–122. Zusätzlich heranzuziehen ist: »Grundsätze und Ausführungsbestimmungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch ehemalige polnische und Danziger Staatsangehörige« vom 13.3.1941, in: *Położenie ludności* (wie Anm. 84), Bd 11, S. 38–49.

keit« unterschied. Von den insgesamt vier Gruppen der »Deutschen Volksliste« erhielten lediglich die Gruppen 1 und 2 automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, Gruppe 3 erhielt diese bis zum 31. Januar 1942 nur auf individuellen Antrag, anschließend automatisch mit einer zehnjährigen Widerrufsfrist⁸⁸.

In die Gruppe 1 sollten »Volksdeutsche« aufgenommen werden, die in Polen vor 1939 ansässig waren, sich durch »Bekanntnis zum Deutschtum« hervorgetan hatten bzw. aus dem Baltikum, der Sowjetunion und Südosteuropa ausgesiedelt worden waren. Gruppe 2 umfaßte deutschsprachige Staatsbürger Polens, die sich vor 1939 nicht aktiv zum »Deutschtum« bekannt hatten. Die Gruppe 3 sollte »deutschstämmige« und »eindeutschungsfähige« Staatsbürger Polens umfassen. Mitglieder dieser Gruppe waren aus führenden Lebensbereichen des »Dritten Reichs« ausgeschlossen und konnten keine NSDAP-Mitgliedschaft, kein Beamtenverhältnis und keine leitenden Positionen einnehmen, erhielten jedoch steuerliche Privilegien und Zulagen. Männliche Mitglieder der Gruppe 3 unterlagen ab Mai 1941 der Wehrpflicht. In Gruppe 4 sollten »deutschstämmige Personen [...], die politisch im Polentum aufgegangen sind« eingetragen werden; diese Gruppe, auch als »Renegaten« bezeichnet, besaß kein Recht auf Urlaub, erhielt niedrigere Lebensmittelrationen und wurde mit der »Polenabgabe« belastet; für Kinder war nur der Besuch der Grundschule vorgesehen.

Bereits aus diesem kurzen Durchgang wird sichtbar, wie sehr sich bei der Rekrutierung zur »Deutschen Volksliste« politische (»Bekanntnis zum deutschen Volkstum«), ethnische und soziale (Abstammung, »rassische Eignung«) Kriterien miteinander vermischten, die in detaillierten Fragebögen überprüft werden sollten. In der Praxis handhabte die Verwaltung in den einzelnen Gebieten die Richtlinien entsprechend den eigenen ideologischen Vorstellungen und den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen. Im Reichsgau Wartheland diente die »Deutsche Volksliste« einer strikten Ausgrenzung, so daß die Zahl der aufgenommenen Personen klein blieb und sich auf die »volksdeutsche« Bevölkerung beschränkte. Die Masse der polnischen Bevölkerung wurde diskriminiert, und begrenzte Vergünstigungen für die benötigten polnischen Arbeitskräfte wie die Gründung eines »Verbands der Leistungspolen« im Wartheland am 22. Dezember 1942 fanden keinen Anklang. Dagegen wurden in Danzig-Westpreußen und in Ostoberschlesien unter Druck – durch Androhung der Ausweisung und Enteignung – große Gruppen der polnischsprachigen Bevölkerung sowie die von der NS-Bevölkerungspolitik als eigenständige Gruppen erachteten Kaschuben und Oberschlesier in die »Deutsche Volksliste« aufgenommen.

Im Generalgouvernement war der Anteil der sich zum Deutschtum bekennenden volksdeutschen Bevölkerung mit etwa 100 000 Personen – weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung – relativ gering. Bis 1941, als nach dem Überfall auf die Sowjetunion der »Endsieg« in greifbare Nähe gerückt schien und auch das Generalgouvernement zu deutschem Siedlungsgebiet gemacht worden war, wurden hiervon etwa 25 000 Personen in die ins Reich eingegliederten Gebiete umge-

⁸⁸ Marek Romaniuk, *Podzwoone okupacji. Deutsche Volksliste w Bydgoszczy (1945–1950)*, Bydgoszcz 1993, S. 47–50.

siedelt. Ab 1942 suchten die deutschen Behörden den Anteil der deutschen Bevölkerung zu erhöhen und führten zu diesem Zweck die Kategorie der »Deutschstämmigen« (analog zu den Gruppen 3 und 4 der Volksliste) ein, in der im Sommer 1943 etwa 100 000 Personen registriert waren. Die privilegierte Behandlung wie bessere Entlohnung und höhere Lebensmittelzuteilungen bildete Anreize, sich eintragen zu lassen, und schuf eine Grauzone zwischen Germanisierung und Kollaboration⁸⁹. Insgesamt verschärfte die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik die Gegensätze zwischen den ethnischen Gruppen und schuf neue, kaum zu überwindende Trennlinien.

Deutsche Besatzungspolitik, Alltagsleben und polnischer Widerstand

Die Gesellschafts- und Kulturpolitik im besetzten Polen zielte darauf ab, dessen polnischen Charakter durch Ausrottung oder Deportation der Intelligenz, durch die Auflösung oder Germanisierung aller Universitäten und Schulen, durch die Konfiszierung der polnischen Bibliotheken und die Einstellung der polnischen Presse zu vernichten. In den eingegliederten Gebieten wurden keinerlei polnischsprachige Presseerzeugnisse geduldet, im Generalgouvernement nur eine zensierte polnischsprachige Presse mit einer Mischung von Propaganda und Unterhaltung auf niedrigem Niveau⁹⁰. Diese umfassende »kulturpolitische« Zielsetzung griff kontinuierlich in das Alltagsleben der gesamten Bevölkerung und die zwischenmenschlichen Beziehungen ein und löste Veränderungen in den Einstellungen der polnischen Mehrheit zu der als dominant auftretenden deutschen Minderheit und deren Kultur aus.

Ein Ziel bestand in der kulturellen Entwurzelung der polnischen Bevölkerung: Die Zerstörung bzw. Schließung der polnischen Bibliotheken, Denkmäler, Museen und aller Objekte, die deutlich und symbolträchtig an die polnische Vergangenheit der Territorien erinnerten, sollte die Polen ihrer Ausdrucksmöglichkeiten berauben und atomisiert dem Zugriff der deutschen Verwaltung aussetzen⁹¹. Intensiviert wurde dieser Prozeß durch die Einstellung des höheren und die Einschränkung des gesamten Schulwesens; »Polenschulen«, die jedoch ohne ihre – teilweise ermordeten oder deportierten – Lehrer selten funktionierten, waren nur vom 9. bis zum 14. Lebensjahr vorgesehen. Hinzu kam noch die weitgehende Einstellung katholischer Seelsorge insbesondere in Danzig-Westpreußen und im Wartheland, wo nur einzelne katholische Geistliche ihr Amt ausüben konnten⁹². Im General-

⁸⁹ Madajczyk, *Polityka III Rzeszy* (wie Anm. 5), Bd 1, S. 453–457.

⁹⁰ Vgl. den Beitrag von Lars Jockheck in diesem Band.

⁹¹ Übersichten über die Verluste polnischer Kulturgüter: *Straty bibliotek polskich w czasie II wojny światowej*, bearb. von Barbara Bieńkowska, Warszawa 1994; *Straty wojenne. Malarstwo olejne, pastele, akwarele utracone w latach 1939–1945 w granicach polskich po 1945 r.*, Poznań 1998; *Informator o stratach bibliotek i księgozbiorów domowych na terytoriach polskich okupowanych w latach 1939–1945 (bez ziem wschodnich)*, Poznań 2000.

⁹² Bernhard Stasiewski, *Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Wartheland 1939–1945*, in: *VjZ*, 7 (1959), S. 46–74.

gouvernement war in dieser Hinsicht die Situation erheblich günstiger; trotz Repressionen blieb die Seelsorge intakt, und im Hochschulbereich wurden die technischen Hochschulen – teilweise zu »Technikerschulen« degradiert – mit deutscher Unterrichtssprache fortgeführt⁹³.

Ein weiterer Schritt zur Verwirklichung des Vorhabens war die lebensweltliche Trennung zwischen Deutschen und Polen. Die Politik einer kulturellen Germanisierung vertrat den »Grundsatz der klaren Trennung von deutschem und polnischem Volkstum«. In allen Lebensbereichen wurden deutsche und polnische Bevölkerung »entmischt«: Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Polen war nur mit Genehmigung zulässig; Geschäfte wurden in – mit hochwertigerem Angebot ausgestattete – »Deutsche Geschäfte« und »Polnische Geschäfte« unterteilt; auf den öffentlichen Märkten herrschten getrennte Marktzeiten für deutsche und polnische Nutzer, bei den Gaststätten eine Trennung in solche, die »Für Polen verboten« und solche, die »Nur für Polen zugelassen« waren, und in manchen Orten bestanden Polizeistunden nur für die polnische Bevölkerung. Mit Flugblättern wurden Maßregeln zur strikten Trennung von Deutschen und Polen der deutschen Bevölkerung eingepflegt⁹⁴. Die Ausgrenzung und Marginalisierung der polnischen Bevölkerung mündete vielerorts in eine schikanöse Verwaltungspraxis: So bestand im Wartheland eine Grußpflicht der polnischen Bevölkerung gegenüber deutschen Uniformträgern; erstere hatten »durch Abnehmen der Kopfbedeckung bzw. durch Verbeugung zu grüßen«⁹⁵. In einigen Kreisen wurde die Ausgrenzung öffentlich sichtbar gemacht, etwa durch eine Verordnung vom 15. November 1940 zur »Kennzeichnung der Bevölkerung in Stadt und Kreis Leslau« im Wartheland, »um eine vollständige Trennung zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevölkerungsteil herbeizuführen«: »deutsche Uniformträger«, »deutsche Abzeichenträger« (»Wer im Stadt- und Landkreis Leslau künftig ohne Abzeichen angetroffen wird, gilt als Pole«); »fremdvölkische Abzeichenträger« (Ukrainer); »Zivilisten ohne Erkennungszeichen« (Polen); »gelber Fleck« (Juden)⁹⁶.

An dem skizzierten allgemeinen Bild sind regionale Differenzierungen vorzunehmen: In Ostoberschlesien verhielt sich die deutsche Verwaltung aus pragmatischen Gründen gegenüber der polnischen Bevölkerung zurückhaltender, da diese als Arbeitskräfte benötigt wurden. Eine flexiblere Politik gegenüber der als eindeutschungsfähig angesehenen polnischen Bevölkerung führte zum Verzicht auf eine »Grußpflicht der Polen gegenüber Hoheitsträgern von Staat und Partei« wie in den anderen eingegliederten Gebieten. Der Gebrauch der polnischen Sprache im

⁹³ Janina Kazimińska, Politechnika warszawska w latach okupacji hitlerowskiej, in: 150 lat wyższego szkolnictwa technicznego w Warszawie 1826–1976, hrsg. von Edward Domański [u.a.], Warszawa 1979, S. 109–123. Für die Kontakte mit den deutschen Besatzungsbehörden und die Aufrechterhaltung des Unterrichts zahlten die Hochschullehrer einen hohen Preis. International bedeutende Wissenschaftler wie Jan Czochralski (1885–1953) oder Mieczysław Wolfke (1883–1947) wurden nach 1945 der Kollaboration beschuldigt und konnten nur im Ausland weiter lehren.

⁹⁴ Abdruck eines solchen NS-Merkblatts bei Schenk, Hitlers Mann (wie Anm. 36), S. 186.

⁹⁵ Verordnung Kreisleiter Konin Margull, abgedr. in Hitlerowskie »prawo« okupacyjne (wie Anm. 23), S. 301 f.

⁹⁶ Schulpolitik als Volkstumspolitik. Quellen zur Schulpolitik der Besatzer in Polen 1939–1945, hrsg. von Georg Hansen, Münster, New York 1994, S. 38–40.